

Bericht

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen

(2002 – 2010)

Von

Sylja Wandschneider
Dipl. Soz

Bielefeld, November 2010

Gefördert durch das



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



beratungs
Netzwerk hessen

Mobile Intervention
gegen Rechtsextremismus

im Rahmen des Bundesprogramms



kompetent. für Demokratie

Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

beratungsNetzwerk hessen - Landeskoordinierungsstelle
Hölderlinstr. 5
65187 Wiesbaden
Tel.:0611/834483
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Internet: <http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de>

Inhalt

Vorwort

Wilhelm Heitmeyer

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	3
1.1 Das Konzept	3
1.2 Das Projekt und der Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	7
1.3 Erfassung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	8
2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen.....	10
2.1 Die hessische Stichprobe	10
2.2 Zur Analyse.....	13
2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in sozialräumlichen Kontexten.....	15
3. Auswertungen für Hessen	16
3.1 Zustimmung zu den Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit	16
3.2 Mittelwerte der Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.....	26
3.4 Zustimmung zu den Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den drei hessischen Regierungsbezirke	29
3.5 Mittelwerte der Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den hessischen Regierungsbezirken	37
4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Hessen	40
4.1 Junge und Alte	40
4.2 Frauen und Männer	44
4.3 Schulbildung	46
4.4 Religion.....	49
4.5 Politische Orientierung und Parteipräferenz	52
5. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt	58
5.1 Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft in Hessen.....	59
5.2. Gewaltbilligung und -bereitschaft in den hessischen Regierungsbezirken.....	62
6. Soziale Desintegration als Boden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	64
6.1 Soziale Desintegration in Hessen.....	65
6.2 Soziale Desintegration in den drei hessischen Regierungsbezirken	72
7. Autoritäre Einstellungsmuster	77
7.1 Autoritäre Einstellungsmuster in Hessen.....	78
7.2 Autoritäre Einstellungsmuster in den drei hessischen Regierungsbezirken	81
8. Soziale Dominanzorientierung	83
8.1 Soziale Dominanzorientierung in Hessen.....	83
8.2 Soziale Dominanzorientierung in den drei hessischen Regierungsbezirken	86
9. Fazit.....	87
Literaturverzeichnis.....	91
Anhang	93

Vorwort

von Wilhelm Heitmeyer

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Dieser kann sich in vielen Facetten ausdrücken: Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber den Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante besteht darin, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen, mithin sie nicht anzuerkennen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann dazu auch die „Schuldumkehr“ eingesetzt werden, womit die Ursachen für Abwertungen – quasi gesellschaftsentlastend – den Gruppen selbst zugeschrieben werden. Zugleich ist ihre Existenz latent im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft wachzuhalten, gleichsam als Disziplinierungsinstrument für die restliche Bevölkerung, mit der unausgesprochenen Warnung, nicht „abzuweichen“. Das ist – nur scheinbar paradoxerweise – zur Sicherung von Stabilität umso nötiger, desto mehr eine Entwicklung von einer Konsens- zu einer Konfliktgesellschaft fortschreitet. Dies ist besonders dann riskant, wenn Solidargemeinschaften von starken Gruppen aufgekündigt werden, so dass Spaltungstendenzen und Ungleichheiten zunehmen und soziale Status- und Abstiegsängste grassieren.

Hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen lagert eines der zentralen Probleme auch dieser Gesellschaft: Die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Menschen sowie die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen. Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber sich feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sehen.

Die Ergebnisse der Langzeitstudie *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* zeigen in den Entwicklungen von 2002-2006 eine z. T. wachsende Abwertung gegenüber schwachen Gruppen (Deutsche Zustände, Folge 4, Suhrkamp-Verlag). Im Zeitraum nach 2006 zeigte sich dann eher wieder ein Rückgang abwertender Einstellungen. Die Entwicklung ist nicht abzukoppeln vom gesellschaftlichen Zustand, also von ökonomischen, politischen und sozialen Prozessen – oder anders gesagt, vom Integrationszustand dieser Gesellschaft bzw. drohender Desintegration, die im Zusammenhang mit der Abwertung schwacher Gruppen zu sehen ist.

Mit diesem Bericht liegt eine Analyse vor, in dem regionale Vergleiche durchgeführt werden, um die Ergebnisse für zielgenauere Präventionsansätze heranzuziehen.

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Fokus des Forschungsprojekts *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld steht eine Menschenfeindlichkeit, die sich auf die Ablehnung und Abwertung von Menschen aufgrund einer zugeschriebenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen bezieht. Nicht individuelle Merkmale, sondern die Gruppenzugehörigkeit ist ausschlaggebend dafür, dass Menschen als ungleichwertig markiert und Feindseligkeiten ausgesetzt werden. In ihrer Auswirkung können feindselige Mentalitäten, die Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen, zur passiven oder aktiven Diskriminierung dieser Gruppen führen, im schlimmsten Fall zu Verfolgung und Gewalt. Die Würde der betroffenen Menschen wird durch die ihnen entgegenbrachte Feindlichkeit antastbar, kann im extremsten Fall zerstört werden.

Das Besondere am Begriff der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) ist seine Spannweite, die sich aus dem Phänomen selbst ergibt. Denn Menschen können aufgrund von ganz unterschiedlichen Merkmalen, seien sie frei gewählt, zugewiesen, offen sichtbar oder verborgen, als abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität und damit als ungleich markiert werden. Sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit, ihrer sexuellen Orientierung, aufgrund ihrer Verhaltensweisen oder ihres Lebensstils. Das, was jeweils in einer Gesellschaft als „normal“ gilt wird von Normen und von der Mehrheit definiert, entsprechend wird auch die Abweichung und eben auch eine damit nicht selten verbundene Abwertung und Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt.

1.1 Das Konzept

Die Ausgangskonzeption der Untersuchung (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.) beruhte zunächst auf sieben Elementen, in denen sich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland zeigt. Inzwischen wurde das Syndrom weiter ausdifferenziert, so dass anstatt des ursprünglich zusammenfassenden Elementes der „Heterophobie“ drei von einander getrennte Elemente – die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen – beobachtet werden. Zudem wurden langzeitarbeitslose Personen als eine weitere schwache Gruppe in das Syndrom integriert, da diese im Zuge der Debatten um Hartz IV vermehrt zur Zielscheibe von Abwertungen wurden. Diese Weiterentwicklung in theoretischer Hinsicht und auf der Basis empirischer Analysen hat dazu geführt, dass nun zehn Elemente das Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bilden:

- *Fremdenfeindlichkeit* bezieht sich auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz

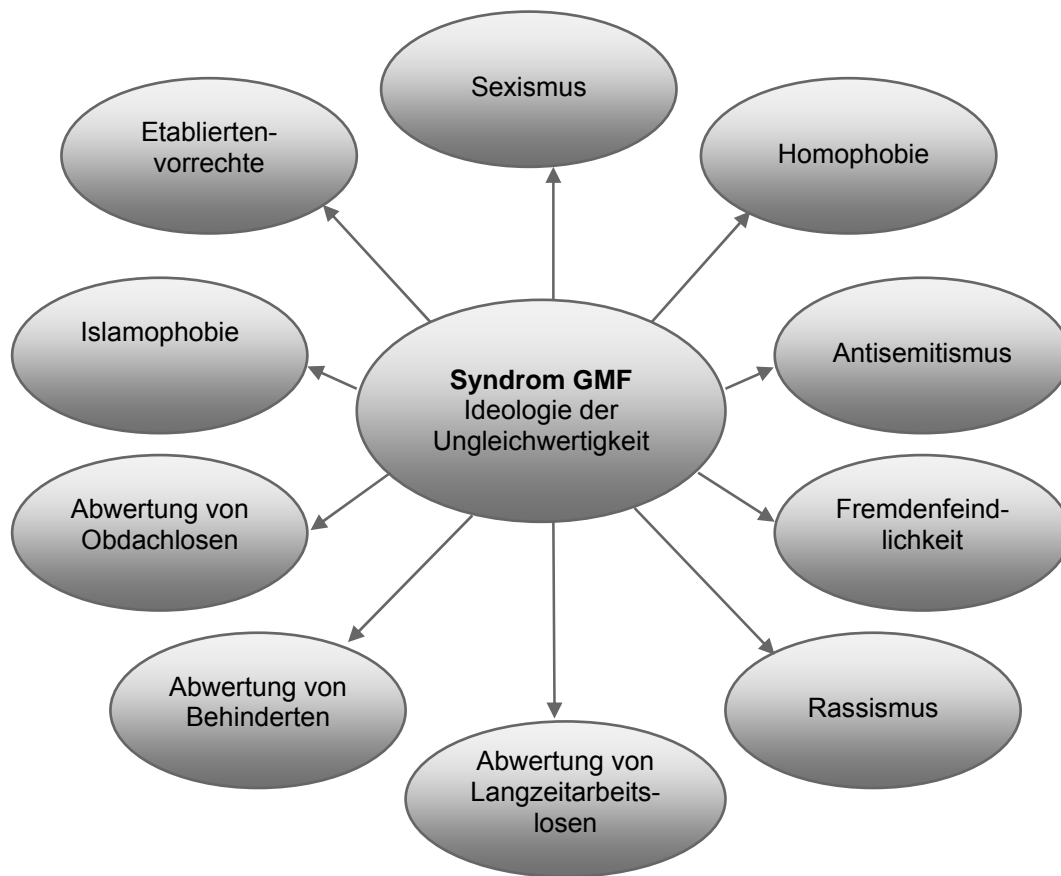
und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen.

- *Rassismus* umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gruppen aufgrund von scheinbar biologischen Unterschieden, wie der Hautfarbe oder der Abstammung abwerteten und auf eine konstruierte „natürliche“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe verweisen.
- *Antisemitismus* ist eine feindselige Mentalität, die gegen Juden und jüdische Symbole gerichtet ist.
- *Sexismus* betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht.
- *Islamophobie* bezeichnet Bedrohungsgefühle durch Muslime und ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- *Etabliertenvorrechte* umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- *Homophobie* bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung.
- *Abwertung von Behinderten* meint feindselige Einstellungen, die sich gegen Menschen richten, die aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit als von der „Norm“ abweichend definiert werden.
- *Abwertung von Obdachlosen* zielt auf jene Menschen, die nicht vorherrschenden Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nachkommen.
- Die Gruppe der *Langzeitarbeitslosen* wird unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft in den Fokus der Abwertung gerückt.

Das *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* basiert auf der Annahme, dass die einzelnen Elemente miteinander verknüpft sind und aus einem gemeinsamen Kern, einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, gespeist werden. Ferner wird angenommen, dass das Ausmaß der unterschiedlichen Elemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* von teilweise gleichen Faktoren vorhergesagt wird; dazu gehören beispielsweise die soziale Desintegration als ein gesellschaftlicher Faktor oder Autoritarismus als ein tiefer in der Person des Einzelnen verankerter Faktor. Zum anderen sprechen die empirischen Befunde dafür, dass die unterschiedlichen GMF-Elemente ähnliche Konsequenzen wie etwa Diskriminierung nach sich ziehen. Empirisch ließ sich die Vorstellung eines Syndroms im Rahmen der Unter-

suchung erfolgreich bestätigen. So belegen die Ergebnisse, dass die einzelnen Elemente nicht unabhängig voneinander ausgeprägt sind. Feindselige Einstellungen richten sich also, wenn sie vorhanden sind, in der Regel nicht nur gegen eine, sondern gegen mehrere schwache Gruppen der Gesellschaft. Das heißt beispielsweise, dass Personen, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, auch eher rassistischen, antisemitischen und sexistischen Aussagen zustimmen (z. B. Heitmeyer 2002, Zick et al. 2008). Zudem ließ sich auch nachweisen, dass alle hier genannten Elemente etwas miteinander gemeinsam haben, was sich in seinem Kern als Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt (Zick et al. 2008). Trotz des gemeinsamen Kerns aller Syndrom-Elemente sind die Zusammenhänge zwischen einzelnen Elementen unterschiedlich eng. So sind etwa die Korrelationen zwischen Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten stärker als die zwischen den drei verschiedenen Facetten der Heterophobie, d. h. der Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten, und dem Rassismus. Ferner konnte gezeigt werden, dass Autoritarismus, als eine relativ stabile Einstellung, die Unterordnung und Anpassung betont und relative Deprivation, als eine Einstellung, die eine gesellschaftliche Situation aus Sicht des Individuums einbezieht, vermittelt über den gemeinsamen Kern, jedes einzelne GMF-Element beeinflusst. Abbildung 1 zeigt das *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*.

Abbildung 1: Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit



Langjährigen Forschungstraditionen folgend verlief die Forschung über Vorurteile und Diskriminierung weitgehend getrennt, je nachdem, welche Adressatengruppe von Vorurteilen im Mittelpunkt stand. So hatte bislang die Antisemitismusforschung nur wenig mit der Forschung zu Fremdenfeindlichkeit zu tun, diese wiederum zog kaum Parallelen etwa zum Sexismus. Mit der Konzeption eines Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bietet das Projekt einen völlig neuen Ansatz, der sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für die Praxis innovativ sein will. Forschungsergebnisse aus einem spezifischen Zweig der Vorurteilsforschung und Erfahrungen aus der Praxis mit der Diskriminierung bestimmter Opfergruppen können nun zusammenfließen und auf ihre Tauglichkeit auch für andere Adressatengruppen geprüft werden, bzw. Verwendung finden.

Die im Forschungsprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* fokussierten Merkmale, deren Träger mit höherer Wahrscheinlichkeit der Gefahr ausgesetzt sind, zu Opfern von Vorurteilen und Diskriminierung zu werden, decken sich weitgehend mit jenen Merkmalen, die in der europäischen Richtlinie zur Antidiskriminierung genannt sind. In Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam, in Ergänzung des EU-Vertrags (1999), heißt es, dass der Rat geeignete Vorkehrungen treffen kann, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der

ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen. Dass es sich bei den im Syndrom angesprochenen Gruppen tatsächlich um schwache Gruppen der Gesellschaft handelt, bzw. diese in der Tat als solche wahrgenommen werden, konnte eine ergänzende Studie zum Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bestätigen. Gefragt nach dem sozialen Status einer ganzen Reihe unterschiedlicher sozialer Gruppen unserer Gesellschaft, den diese vermeintlich in den Augen der Mehrheit einnehmen, wiesen Probanden alle im Syndrom benannten Gruppen auf die unteren Plätze der sozialen Rangliste.

Denkbar ist, dass mit veränderten gesellschaftlichen Debatten in Zukunft neue Gruppen hinzukommen, auch könnten Gruppen aus dem Syndrom herausfallen, die nicht mehr in der Schusslinie von Vorurteilen und Diskriminierung stehen. Eine zunehmend harschere öffentliche Debatte um Hartz-IV-Empfänger, Arbeitslose und Wanderarbeiter aus Osteuropa rückt diese Gruppen als Zielscheibe von Vorurteilen und Diskriminierung ins Blickfeld. Mit der Öffnung Europas nach Osten könnten auch Sinti und Roma wieder erneut gefährdet sein. Umgekehrt ist erfreulicherweise eine Abnahme des klassischen Sexismus und der Homophobie zu beobachten, so dass Frauen und Homosexuelle zukünftig möglicherweise immer weniger zu den Adressaten von Vorurteilen und Diskriminierung gezählt werden müssen.

1.2 Das Projekt und der Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Seit 2002 wird jährlich eine große, repräsentative Bevölkerungsumfrage (GMF-Survey) zur Untersuchung des Ausmaßes, der Entwicklung und der Erklärung der GMF am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Das Projekt "*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland" wird von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung gefördert und steht in Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag. Darüber hinaus fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Graduiertenkolleg mit ca. 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten, die besondere Fragestellungen in Zusammenhang mit der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in eigenen Arbeiten analysieren. Das Projekt unter der Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer wird von einem Team junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Kooperation mit den Universitäten Marburg, Gießen und Göttingen durchgeführt. Jährlich werden die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit durch vielfache Medienberichte und ausführlich in dem Herausgeberband „Deutsche Zustände“ (Suhrkamp-Verlag) berichtet, flankiert von Essays über ausgewählte Themen, Interviews und Fallgeschichten, die beispielhaft den z. T. auch gewalttätigen Ausdruck von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* und den Umgang der Gesellschaft damit schildern.

Grundlage des jährlichen GMF-Surveys ist eine telefonisch durchgeführte standardisierte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung. Die Interviews werden von Infratest im Auftrag des GMF-Projekts durchgeführt. Jedes Interview dauert im Durchschnitt eine halbe Stunde und wird unter der Zusicherung absoluter Anonymität von geschulten InterviewerInnen durchgeführt.

1.3 Erfassung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die einzelnen Elemente des GMF-Syndroms werden jeweils mit Hilfe von Indikatoren erfasst, die den Bedeutungsgehalt des jeweiligen Elements umreißen. In der Regel wird ein GMF-Element mit zwei Indikatoren, d. h. über die Zustimmung zu zwei Aussagen, die Vorurteile gegenüber der jeweiligen Gruppe widerspiegeln, erfasst. Ergänzend werden weitere Aussagen, die einen erweiterten Bedeutungsgehalt eines Elements erfassen, zur Beschreibung von Entwicklungen und Besonderheiten berücksichtigt, wie beispielsweise weitere Facetten des Antisemitismus oder des modernen Sexismus.

Seit 2002 hat sich die Art und Weise der Erfassung einiger Elemente durch neu entwickelte oder ergänzte Indikatoren geändert, so dass ein unmittelbarer Vergleich hierbei nur noch bedingt möglich ist. Dies ist der Fall bei der Islamophobie, die erst seit dem Jahr 2003 auf die gleiche Art und Weise gemessen wird, und beim Sexismus, der seit dem Jahr 2003 durch eine weitere Aussage ergänzt und von da an ebenfalls über zwei Indikatoren erhoben wird. Als weitere Besonderheit wurde bis 2004 ein zusammenfassendes Element Heterophobie erfasst, gebildet aus der Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten. Inzwischen haben nähere Analysen gezeigt, dass eine Trennung dieser drei Elemente sinnvoll ist. Im GMF-Survey 2005 wurde eine neue Skala zur Erfassung dieser drei Elemente entwickelt und eingesetzt, wobei nun die Abwertung von Behinderten durch völlig neue Aussagen erfasst wird; nur eine der beiden alten Indikatoren wurde auch in 2005 beibehalten.

In die Auswertungen für Hessen gehen die neuen Indikatoren für die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen ein, entsprechend werden hier nur die Surveys 2005-2010 berücksichtigt. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen wurde erstmalig im Jahr 2007 erfasst, die Auswertungen für Hessen basieren für dieses Syndromelement deshalb auf einer entsprechend geringeren Fallzahl.

Die zur Erfassung der GMF verwendeten Indikatoren beruhen auf Messinstrumenten, die sich in der Vorurteilsforschung bewährt haben und durch umfangreiche Vortests noch einmal überprüft worden sind. Bei der einen oder anderen Aussage mag manchem jedoch vielleicht fragwürdig erscheinen, inwieweit hier eine Zustimmung tatsächlich die Bereitschaft zur GMF widerspiegelt. In der Tat mag der eine oder die andere Befragte mancher Aussage aus einer

ganz bestimmten Perspektive oder vor einem ganz bestimmten Hintergrund zugestimmt haben, ohne dass dies in jedem Einzelfall eine Affinität für Vorurteile bedeutet. Hierbei ist immer zu bedenken, dass die hier vorgestellten Ergebnisse auf Durchschnittswerten beruhen, d. h. also auch immer nur Aussagen über einen Durchschnitt von Befragten zulassen. Abweichungen aus den unterschiedlichsten Gründen, z. B. weil eine Frage nicht oder anders verstanden wurde, weil der oder die Interviewte abgelenkt war oder bei der Beantwortung einen völlig anderen Hintergedanken hatte, sind möglich, mitteln sich aber bei der hier vorliegenden großen Stichprobe weitgehend aus.

Die Aussagen, die als Indikatoren für ein GMF-Element dienen, spiegeln jeweils „typische“ Ansichten wider. Dabei gilt es zu beachten, dass einige „weicher“ ausgedrückt sind, andere Aussagen eine Gruppe hingegen „härter“ und direkter abwerten. Entsprechend leichter oder schwerer ist die Zustimmung zu bzw. Ablehnung einer Aussage. Aus diesem Grund können die einzelnen Elemente der GMF nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, d. h., es ist z. B. nicht möglich zu sagen, Menschen aus Hessen sind weniger rassistisch, dafür fremdenfeindlicher. Zulässig ist hingegen sowohl der Vergleich des Ausmaßes an Zustimmung zu einem Element zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa ob Menschen aus Hessen fremdenfeindlicher oder weniger fremdenfeindlich sind als andere Deutsche) und der zeitliche Vergleich, d. h. inwiefern die Zustimmung zu einem bestimmten GMF-Element über den Beobachtungszeitraum stabil geblieben ist, zu- oder abgenommen hat.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen

Die folgenden Analysen basieren auf den Daten des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und werfen einen detaillierten Blick auf das Ausmaß der GMF in Hessen. Der Vergleich mit den übrigen Bundesländern, geteilt in neue und übrige alte, ermöglicht es hierbei einzuschätzen, ob sich Einstellungen und Einschätzungen der Bewohner Hessens von denen der übrigen Bundesrepublik unterscheiden, um entsprechend konkreten Handlungsbedarf abzuleiten. So kann im Weiteren der Frage nachgegangen werden, ob innerhalb Hessens bestimmte Gruppen besonders zu abwertenden Haltungen gegenüber Minderheiten neigen. Aufgrund des langen Untersuchungszeitraums werden die Daten, wenn möglich, in zwei Zeitabschnitte unterteilt um einen Eindruck von eventuellen Entwicklungen im Zeitverlauf vermitteln zu können.

2.1 Die hessische Stichprobe

Basis der im Folgenden berichteten Ergebnisse sind alle Befragten ohne Migrationshintergrund der bislang durchgeführten neun GMF-Surveys. Im Rahmen von bundesweiten Repräsentativbefragungen wurden bis einschließlich 2010 insgesamt 18664 Personen befragt (n = 2722 in 2002, n = 2722 in 2003, n = 2656 in 2004, n = 1778 in 2005, n= 1740 in 2006, n= 1757 in 2007, n= 1763 in 2008, n= 1746 in 2009, n= 1780 in 2010). Disproportionale Verteilungen bezüglich des Alters, demographischer Verteilungen innerhalb der Bundesländer sowie der Schulbildung wurden durch entsprechende Gewichtungsfaktoren ausgeglichen. Die folgenden Analysen beruhen, soweit nicht anders vermerkt, immer auf dem nach Repräsentativität gewichteten Datensatz¹.

Insgesamt wurden im Rahmen der GMF-Surveys von 2002 bis 2010 1043 (1049 gewichtet) Personen aus Hessen befragt, im Zeitraum von 2002 bis 2005 sind das 559 (569) im Zeitraum 2006 bis 2010 484 (480) Personen². Damit machen die hessischen Befragten 5,6% der gesamten Stichprobe dieser neun Jahre aus. Die im Folgenden berichteten Ergebnisse beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die gewichteten Werte der in Hessen befragten Personen ohne Migrationshintergrund.

Als Teil der repräsentativen Gesamtstichprobe aller Bundesländer ist die hessische Substichprobe zwar nicht gezielt aufgrund ihrer Repräsentativität für Hessen ausgewählt, die Daten werden jedoch von TNS Infratest mittels ADM Verfahren bis auf Bundeslandebene

¹ Auf das zusätzliche Ost-/Westgewicht wurde verzichtet, da alle Auswertungen getrennt nach Ost- und Westdeutschland durchgeführt wurden.

² Befragte in Hessen (gewichtete Werte in Klammern): 2002 n = 148 (154), 2003 n = 146 (140), 2004 n = 149 (157), 2005 n = 116 (113), 2006 n = 90 (90), 2007 n = 104 (104), 2008 n = 86 (85), 2009 n = 104 (102) 2010 n = 100 (103)

repräsentativ erhoben. Aufgrund der großen Anzahl hessischer Befragter, liefern die Daten durchaus verlässliche und interpretierbare Ergebnisse für Hessen. In Tabelle 1 wird die hessische Substichprobe mit der Gesamtstichprobe aller deutschen Befragten verglichen und Abweichungen in den zentralen demographischen Merkmalen Alter, Geschlecht und Bildung werden betrachtet.

Tabelle 1: Die hessische Stichprobe im Vergleich zur gesamtdeutschen Stichprobe

Befragte aus	Geschlecht	Alter ^a	Bildung
Hessen	43,5 (47,8)% Männer 56,5 (52,2)% Frauen	m = 47,2 (50,5) s = 16,4 (17,8) 6,7 (6,4)% 16-21 J. 17,0 (14,1)% 22-34 J. 33,3 (28,8)% 35-49 J. 25,2 (25,3)% 50-64 J. 17,8 (25,4)% >= 65 J.	22 (50,8)% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluß, Polytechnische Oberschule bis 8. Klasse) 33,3 (25,5)% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 44,7 (23,7)% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)
Übriges Deutschland	43,9 (47,8)% Männer 56,1 (52,2)% Frauen	m = 47 (49,2) s = 16,3 (17,9) 6,1 (7,3)% 16-21 J. 17,7 (15,8)% 22-34 J. 33,6 (29,2)% 35-49 J. 25,3 (23,2)% 50-64 J. 17,2 (24,6)% >= 65 J.	21,6 (50)% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluß, Polytechnische Oberschule bis 8. Klasse) 34,8 (28,9)% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 43,6 (21,1)% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)

Anm.: ungewichtete Angaben, gewichtete Angaben in Klammern;
^a m = Mittelwert, s = Standardabweichung

Nach der Bevölkerungsstatistik für Gesamtdeutschland (vgl. Statistisches Bundesamt; Fläche und Bevölkerung der Länder) hatten im Jahr 2008 49,8% der Deutschen einen niedrigen Bildungsabschluss, knapp 21,1% einen mittleren und knapp 24,4% einen höheren Bildungsabschluss (ohne Bundesdeutsche, die noch in der schulischen Ausbildung sind oder keine Angaben gemacht haben). Knapp 49% der Bundesbürger mit deutscher Staatsangehörigkeit sind männlich, gut 51% weiblich. Die hessischen Befragten entsprechen im Altersdurchschnitt mit 47,2 Jahren ziemlich genau dem des übrigen Deutschlands. Auch hinsichtlich des Bildungsniveaus bestehen keine nennenswerten Unterschiede zwischen der hessischen Stichprobe und dem übrigen Deutschland. Wie im übrigen Deutschland überwiegt auch in

Hessen der Anteil weiblicher Befragter. Damit unterscheidet sich die hessische Stichprobe in den wesentlichen demographischen Faktoren kaum von der Stichprobe aus dem übrigen Deutschland und ist somit grundsätzlich vergleichbar.

Um dennoch Verzerrungen der Stichprobe hinsichtlich demographischer Merkmale zu vermeiden, wird die Gesamtstichprobe entsprechend gewichtet, so dass mit dem GMF-Survey eine Repräsentativerhebung vorliegt. Für Hessen wurde keine gesonderte Gewichtung vorgenommen. Der mögliche Einfluss von demographischen Faktoren – in aller erster Linie der Bildung als ein besonders durchschlagender Einflussfaktor (s. u.) – wird im Einzelnen geprüft und berichtet. Dies ist insofern wichtig, als dass mögliche Unterschiede zwischen Gruppen (wie etwa zwischen Alten und Jungen) auch Artefakte widerspiegeln könnten, die allein durch ein unterschiedliches Bildungsniveau zustande kommen.

Die GMF-Daten lassen zwar keinen Rückschluss auf den direkten Wohnort der befragten Personen zu, es besteht jedoch die Möglichkeit, anhand der Kreiskennziffern die Befragten den entsprechenden Kreisen und so den Regierungsbezirken zuzuordnen, sodass auch auf die drei hessischen Regierungsbezirke Darmstadt, Gießen und Kassel eingegangen werden kann. Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen in den einzelnen Regierungsbezirken³, sind die Ergebnisse zwar unter Vorbehalt zu betrachten, jedoch geben sie durchaus einen Eindruck von der Situation in und Unterschieden zwischen den Regierungsbezirken. Die demographischen Merkmale der nach Regierungsbezirken aufgeteilten hessischen Stichprobe werden in Tabelle 2 wiedergegeben.

Tabelle 2: Die hessische Stichprobe aufgeteilt nach Regierungsbezirken

Befragte aus	Geschlecht	Alter ^a	Bildung
Darmstadt N = 655 (596)	43,7 (45,2)% Männer 56,3 (54,8)% Frauen	m = 47,6 (50,8) s = 16,16 (17,57) 5,8 (6,1)% 16-21 J. 17,2 (14,2)% 22-34 J. 33,7 (28,6)% 35-49 J. 25,4 (26,2)% 50-64 J. 17,9 (24,9)% >= 65 J.	18,4 (46,4)% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule bis 8. Klasse) 32,7 (26,7)% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 48,9 (26,9)% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)
Gießen N = 179 (196)	43,6 (56,9)% Männer 56,4 (43,1)% Frauen	m = 45,5 (48,7) s = 17,56 (19,07) 11,2 (10,1)% 16-21 J. 17,3 (17,5)% 22-34 J. 31,8 (26,4)% 35-49 J. 21,8 (19,2)% 50-64 J. 17,9 (26,8)% >= 65 J.	23,5 (45,2)% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule bis 8. Klasse) 36,3 (28)% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse)

³ Befragte in Darmstadt n = 655 (596), Gießen n = 179 (196), Kassel n = 209 (256); gewichtete Werte in Klammern.

			40,2 (26,9)% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)
Kassel N = 209 (256)	43,1 (46,6)% Männer 56,9 (53,4)% Frauen	m = 47,2 (51,17) s = 16,03 (17,4) 5,7 (4,1)% 16-21 J. 16,3 (11,9)% 22-34 J. 33,5 (30,5)% 35-49 J. 27,3 (27,8)% 50-64 J. 17,2 (25,7)% >= 65 J.	31,9 (65,7)% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule bis 8. Klasse) 32,9 (20,5)% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 35,3 (13,8)% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)

Anm.: ungewichtete Angaben, gewichtete Angaben in Klammern.

Die demographischen Merkmale variieren nur gering in den hessischen Regierungsbezirken. Auffallend ist vor allem der deutlich höhere Anteil an niedrig gebildeten Befragten im Regierungsbezirk Kassel. Zudem sind die Befragten im Regierungsbezirk Gießen durchschnittlich etwas jünger als die Befragten in den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel. Auch für die hessischen Regierungsbezirke wird der Einfluss der demographischen Faktoren im Einzelnen geprüft und berichtet. Die im Folgenden berichteten Analysen für die hessischen Regierungsbezirke beruhen immer auf dem nach Repräsentativität gewichteten Datensatz.

2.2 Zur Analyse

Um für die spezifische Auswertung für Hessen eine hinreichend große Stichprobe zu erhalten, gleichzeitig jedoch auch einen Einblick in eventuelle Entwicklungen der verschiedenen Syndromelemente zu bekommen, werden die Daten der GMF-Surveys 2002-2010 nicht immer zusammengefasst, sondern, wenn möglich, in zwei Gruppen geteilt, von denen die eine den Zeitraum 2002-2005 und die andere die Jahre 2006-2010 umfasst. Ausnahmen bilden die GMF-Elemente Islamophobie und Sexismus, die in der aktuellen Version erst seit 2003 erhoben werden; für diese beiden Elemente umfasst der erste Zeitraum also die Jahre 2003-2005. Die GMF-Elemente Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen gehen in der vorliegenden Form erst seit 2005 in das GMF-Syndrom ein und die Abwertung Langzeitarbeitsloser ergänzt das Syndrom seit 2007 (s. Kapitel 1.3 zur Erfassung der GMF). Diese vier GMF-Elemente weisen deswegen eine geringere Fallzahl auf und können nicht im Zeitverlauf betrachtet werden, sodass sich die entsprechenden Werte immer auf den gesamten Erhebungszeitraum von 2005-2010 bzw. 2007-2010 beziehen. Auch für die Auswertungen bezüglich der drei hessischen Regierungsbezirke kann aufgrund der geringen Fallzahl

kein Zeitvergleich vorgenommen werden.

Neben den Angaben zur Häufigkeit, mit der die Befragten den einzelnen vorgelegten Aussagen zustimmen, wurden die einzelnen Indikatoren für das entsprechende Element der GMF zu einer Skala zusammengefasst (Mittelwert aus der Zustimmung zu den Indikatoren). Die Skala der Indizes reicht von 1 = keine Zustimmung, bis 4 = maximale Zustimmung.

Die Auswertung folgt, soweit nicht anders angegeben, den folgenden Schritten:

- Erstens werden die Ergebnisse aus Hessen mit denen aus den übrigen alten Bundesländern und den neuen Bundesländern verglichen und Besonderheiten in Hessen hervorgehoben.
- Zweitens werden die Mittelwerte der Elemente des GMF-Syndroms bzw. ergänzender Konstrukte in Hessen berichtet. Unterschiede zwischen Gruppen innerhalb Hessens werden geprüft. Analysiert werden jeweils die Häufigkeit, mit der die Befragten ihre Zustimmung geben, bzw. die Mittelwerte der zusammengefassten Skalen.

Insbesondere Abbildungen legen häufig nahe, dass sich Zustimmungsraten zwischen den verschiedenen Bezugsgruppen unterscheiden. Von Interesse ist hier immer, inwieweit diese scheinbaren Unterschiede auch im statistischen Sinne signifikant sind oder ob sie lediglich zufällige Schwankungen ausdrücken. Daher folgt immer eine statistische Überprüfung der gefundenen Unterschiede. Die Prüfung der Signifikanz der Unterschiede erfolgt mit Hilfe von univariaten Varianzanalysen (Scheffé-Test). Dies erlaubt beispielsweise die Feststellung, bezüglich welcher spezifischen Elemente sich die Befragten aus Hessen von anderen substantiell unterscheiden. Das Signifikanzmaß p gibt an, inwieweit ein vermeintlicher Unterschied tatsächlich statistisch signifikant, also kein Zufallsprodukt ist. Ein $p < .001$ (durch *** gekennzeichnet) drückt eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 0,1% aus, d. h., das Ergebnis ist sehr sicher. Ein $p < .01$ (**) bedeutet eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 1% und ein $p < .05$ eine Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 5% (*). In allen drei Fällen ist das Ergebnis als statistisch signifikant zu werten.

Abweichungen zu den in „Deutsche Zustände“ berichteten Ergebnissen sind darauf zurückzuführen, dass sich dort die Ergebnisse a) auf die einzelnen jährlichen Surveys beziehen, b) immer für die Gesamtstichprobe der deutschen Bevölkerung, nicht getrennt nach Hessen/übrige alte Länder/ neue Länder berechnet werden und c) im Laufe der Zeit einige Skalen verändert wurden bzw. neue Elemente hinzukamen.

2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in sozialräumlichen Kontexten

Im Hinblick auf die Frage, wieso sich in bestimmten Gebieten menschenfeindliche Einstellungen verdichten können, haben sich zwei entscheidende Faktoren herauskristallisiert. Zum einen die wirtschaftliche Entwicklung in der Region und zum anderen die Ortsgröße.

Werden die Regionen in wirtschaftlich aufwärtsstrebende, gleichbleibende und abwärtsdriftende Regionen unterteilt, festgemacht an der Entwicklung der Arbeitslosenquote, dem Steueraufkommen und dem Nettoeinkommen im Kreis, dann zeigt sich, dass in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen die menschenfeindlichen Einstellungen häufig stärker ausgeprägt sind, als in wirtschaftlich gleichbleibenden oder aufwärtsstrebenden Regionen (Hüpping/Reinecke, 2007). In den wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen zeigen sich auch vermehrt Desintegration und Desintegrationsängste. Offenbar schlagen sich die wirtschaftlichen Entwicklungen auf der Individualebene nieder und beeinflussen die Ausprägung von Desintegrationsängsten und menschenfeindlichen Einstellungen. Hüpping und Reinecke (2007) konnten zeigen, dass die auffallenden Unterschiede im Ausmaß der GMF zwischen Ost- und Westdeutschland zu einem großen Teil auf diesen Umstand zurückzuführen sind, denn ein Großteil der abwärtsdriftenden Regionen liegt im Osten Deutschlands. Eine weitere Rolle spielt die Ortsgröße. Insbesondere das Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen fällt in kleinen Gemeinden und kleinen Dörfern häufig höher aus, als in großen Städten (vgl. Petzke/Endrikat/Kühnel, 2007). Auch hier spielen verschiedene Faktoren eine Rolle, in unseren Untersuchungen haben sich vor allem die größere Homogenität und der stärkere Konformitätsdruck in dörflichen Gemeinden als bedingende Faktoren erwiesen. Die größere Homogenität, die in kleinen dörflichen Gemeinden herrscht und die durch den Abwanderungsprozess noch unterstrichen wird, geht einher mit vermehrten Desintegrationspotentialen, die wiederum die Anfälligkeit für feindliche Mentalitäten erhöhen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass in kleinen Gemeinden ein höherer Konformitätsdruck herrscht, der es dem einzelnen zusätzlich erschwert, sich anders zu positionieren, wenn sich erst einmal entsprechende feindselige Einstellungen verfestigt haben (Petzke/ Endrikat/Kühnel, 2007).

Zwar können diese Faktoren im Folgenden nicht explizit für Hessen untersucht werden, es ist jedoch davon auszugehen, dass auch in Hessen die regionalen Besonderheiten im Hinblick auf das Ausmaß der menschenfeindlichen Einstellungen eine Rolle spielen.

3. Auswertungen für Hessen

Im Folgenden wird das Antwortverhalten der Befragten aus Hessen bezüglich der Aussagen, aus denen die Indizes zur Messung der verschiedenen Elemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* gebildet werden, berichtet. In der letzten Spalte wurden die Prozentanteile der Befragten, die der jeweiligen Aussage eher oder voll und ganz zustimmen, addiert. Dieser zusammengefasste Wert als Kriterium für die „Zustimmung“ zu einer Frage, spiegelt die jeweilige Tendenz des Ausmaßes der Menschenfeindlichkeit in der entsprechenden Dimension. Darüber hinaus geht aus den Tabellen 3-12 hervor⁴, welche der Meinungen über schwache Gruppen der Gesellschaft die Befragten in Hessen mit anderen Deutschen teilen bzw. worin sie sich unterscheiden, ob es zu einer signifikanten Veränderung im Zeitverlauf gekommen ist und wie sich eventuelle Schwankungen in Hessen im Vergleich zu den übrigen alten Bundesländern und den neuen Ländern darstellen.

3.1 Zustimmung zu den Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die Zustimmung zu den Indikatoren des GMF-Elementes Fremdenfeindlichkeit ist in Tabelle 3 abzulesen.

Tabelle 3: Fremdenfeindlichkeit

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10
Erhebungszeitraum											
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	Hessen	16,5	12,8	28,4	36,3	30,2	31,1	24,9	19,8	55,1	50,9
	Übrige alte Bundesländer	13,0	15,4	30,4	34,5	29,8	26,2	26,7	23,9	56,5	50,1***
	neue Bundesländer	8,7	10,5	23,2	28,6	27,8	27,6	40,3	33,3	68,1	60,9***
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	Hessen	27,1	29,0	43,0	51,3	17,0	12,4	12,9	7,3	29,9	19,7**
	übrige alte Bundesländer	24,6	29,5	46,3	44,9	16,1	14,3	13,1	11,4	29,2	25,7***
	neue Bundesländer	15,4	19,5	40,5	46,7	19,6	16,0	24,5	17,9	44,1	33,9***

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

⁴ Alle Angaben in den Tabellen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die zusammengefassten Stichproben der GMF-Surveys 2002-2005 und 2006-2010. Die hier angeführten Prozentzahlen beziehen sich auf die nach Repräsentativität gewichteten Stichproben. Geringfügige Abweichungen in der Spalte „Zustimmung Gesamt“ sind auf Rundungen zurückzuführen. Zur Prüfung von signifikanten Unterschieden zwischen Hessen und den übrigen alten Bundesländern sowie den neuen Bundesländern wurde für jede Aussage ein Vergleich der Mittelwerte mit Scheffé-Test berechnet. Die Gruppen unterscheiden sich***auf dem 0,1%-Niveau, ** auf dem 1%-Niveau oder * auf dem 5%-Niveau.

Es wird ersichtlich, dass 55,1% aller Befragten in Hessen zwischen 2002-2005 der Aussage, „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ eher oder voll und ganz zustimmten. In den übrigen alten Bundesländern lag der Anteil der zustimmenden Befragten mit 56,5% ähnlich hoch und in den neuen Bundesländern mit 68,1% deutlich darüber. Ähnlich sieht es für die zweite Aussage aus, „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“. Diesem Indikator für das Maß fremdenfeindlicher Einstellungen stimmten im selben Zeitraum etwa gleich viele Befragte in Hessen und den übrigen alten Ländern zu. Die Zustimmung in den neuen Bundesländern fiel mit 44,1% deutlich höher aus⁵.

Werden die Werte mit denen aus den Jahren 2006-2010 verglichen, so fällt zunächst auf, dass die Zustimmung zu beiden Indikatoren in allen drei Gruppen rückläufig ist und mit Ausnahme der Zustimmung zur ersten Aussage in Hessen, ist dieser Rückgang auch statistisch signifikant. Die Tendenz bleibt jedoch gleich. So weisen die neuen Bundesländer immer noch signifikant höhere Werte auf als die beiden anderen Gruppen. Insbesondere die Zustimmung zur Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ ist nach wie vor sehr hoch, über die Hälfte der Befragten stimmen dieser Aussage zu. Der zu verzeichnende Rückgang in den Zustimmungsprozentsen im Zeitverlauf ist hier für Hessen statistisch nicht signifikant. Für die andere Aussage zur Fremdenfeindlichkeit sind trotz immer noch recht hoher Werte, durchweg signifikant geringere Zustimmungen zu verzeichnen. Im Vergleich mit den übrigen alten und den neuen Bundesländern weist Hessen mit einer Zustimmungsrate von 19,7% für die Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ den geringsten Wert auf.

Die Zustimmungsprozente für die beiden Indikatoren zur Messung des Rassismus werden in Tabelle 4 wiedergegeben.

Tabelle 4: Rassismus

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10
Erhebungszeitraum											
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	Hessen	41,4	38,1	35,5	43,7	16,2	15,0	7,0	3,2	23,2	18,2
	Übrige alte Bundesländer	38,4	39,1	41,4	43,6	13,0	11,7	7,2	5,6	20,2	17,3**
	Neue Bundesländer	31,4	32,8	42,4	42,8	17,4	15,5	8,8	8,9	26,2	24,4
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	Hessen	52,6	59,5	32,1	28,7	8,8	6,2	6,5	5,6	15,3	11,8*
	übrige alte Bundesländer	53,6	58,8	31,5	29,1	9,2	8,1	5,7	4,0	14,9	12,1***
	neue Bundesländer	48,6	54,0	33,9	32,6	11,1	8,4	6,4	5,0	17,5	13,4***

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

⁵ Im Mittelwertvergleich erweisen sich die Werte der neuen Länder stets signifikant höher bei $p < .001$.

Im Zeitraum 2002-2005 stimmen 23,2% der Hessen der Aussage „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind“ eher oder voll und ganz zu, damit liegen sie knapp über den Zustimmungswerten der übrigen alten Länder (20,2%) und unter denen der neuen Länder (26,2%). Ebenso sieht es in diesem Zeitraum für die Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ aus, auch wenn hier die Werte insgesamt etwas geringer ausfallen.

Für den Zeitraum 2006-2010 zeigen sich auch die rassistischen Einstellungen rückläufig. Die hessischen Befragten unterscheiden sich kaum von denen in den übrigen Bundesländern. Der Veränderungen über die Zeit erweisen sich für Hessen und die neuen Länder nur für die Aussage „Die Weißen sind zurecht führend in der Welt“ als signifikant. In den übrigen alten Ländern geht die Zustimmung zu beiden Aussagen signifikant zurück. .

Auch hier ist die Zustimmung in den neuen Bundesländern am höchsten. Während die Zustimmung in den übrigen alten Ländern stets signifikant geringer ausfällt als in den neuen Ländern, zeigt sich in Hessen ein signifikanter Unterschied nur bezüglich der Aussage „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind“⁶.

Von den übrigen alten Ländern unterscheidet sich Hessen nicht signifikant.

Tabelle 5 gibt die Zustimmung zu den Aussagen zur Messung des Antisemitismus wieder.

Tabelle 5: Antisemitismus

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10
Erhebungszeitraum		02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	Hessen	37,6	43,8	41,0	38,6	12,1	11,4	9,2	6,2	21,3	17,6*
	Übrige alte Bundesländer	38,0	48,9	39,2	35,6	13,6	8,5	9,3	6,9	22,9	15,4***
	neue Bundesländer	35,5	46,5	45,8	39,2	10,4	9,0	8,4	5,3	18,8	14,3***
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	Hessen	49,2	58,6	32,1	30,6	15,6	9,1	3,1	1,7	18,7	10,8***
	übrige alte Bundesländer	49,4	59,9	33,9	28,3	11,0	8,1	5,6	3,6	16,6	11,7***
	neue Bundesländer	47,7	59,6	37,4	31,6	9,9	4,5	5,0	4,2	14,9	8,7***

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

Im Zeitraum von 2002 bis 2005 stimmen die Hessen der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ mit 21,3% eher oder voll und ganz zu. Damit liegen sie knapp unter

⁶ Für die Aussage „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind“. Im Mittelwertvergleich erweisen sich die Werte der neuen Länder im Vergleich mit Hessen als signifikant höher bei $p < .01$ in 2002-2005 und $p < .001$ in 2006-2010. Beide Aussagen fallen in den neuen Ländern signifikant höher aus als in den alten, für die Aussage „Die Weißen sind zu recht führend in der Welt“ bei $p < .01$ in 2006-2010, ansonsten stets bei $p < .001$.

dem Wert der übrigen alten Bundesländer (22,9%) und etwas über dem der neuen Länder (18,8%).

Die Aussage „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“ wird im gleichen Zeitraum von den hessischen Befragten mit 18,7% im Vergleich mit den übrigen alten (16,6%) und den neuen Ländern (14,9%) am häufigsten zugestimmt.

Auch für die Aussagen zum Antisemitismus zeigt sich im späteren Untersuchungszeitraum ein deutlicher und für alle Gruppen signifikanter Rückgang der Zustimmung. Die Tendenz bleibt jedoch gleich: Die neuen Bundesländer weisen hier die geringsten Werte auf, während sich Hessen und die übrigen alten Bundesländer in der Zustimmung ähneln. Es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Gruppen.

In Tabelle 6 sind die Zustimmungsprozente zu den Sexismus Indikatoren abgebildet.

Tabelle 6: Sexismus^a

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10
Erhebungszeitraum		03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	Hessen	30,2	33,5	39,9	44,1	15,0	15,6	15,0	6,9	30,0	22,5**
	Übrige alte Bundesländer	29,1	34,2	39,4	40,0	19,7	15,5	11,9	10,3	31,6	25,8***
	neue Bundesländer	36,6	40,7	40,2	41,9	14,7	10,1	8,6	7,4	23,3	17,5***
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	Hessen	34,9	37,3	40,3	43,2	13,3	9,8	11,5	9,8	24,8	19,6
	übrige alte Bundesländer	32,9	41,5	41,7	40,7	14,9	11,0	10,5	6,9	25,4	17,9***
	neue Bundesländer	38,7	48,9	42,1	39,1	12,0	7,1	7,3	4,8	19,3	11,9***

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

^a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2005 und 2006-2010.

In 2003-2005 zeigt sich für Hessen mit 30% und für die übrigen alten Bundesländer mit 31,6% nur ein marginaler Unterschied in der Befürwortung eines traditionellen Rollenbildes, wie es die Aussage „Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“ nahelegt. Ähnlich sieht es auch für die andere Aussage „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ aus. Hier fällt die Zustimmung insgesamt geringer, in der Tendenz aber gleich aus.

Für den Zeitraum 2006-2010 weisen auch die beiden Sexismus Indikatoren im Vergleich zum früheren Zeitraum geringere Zustimmungswerte auf. Auch hier handelt es sich, mit Ausnahme der hessischen Werte für die zweite Aussage, stets um signifikante Veränderungen. Trotz der Reduktion im Vergleich zu den Vorjahren, weist nun Hessen für die zweite Aussage

ge mit geringem Abstand zu den übrigen alten Ländern den höchsten Wert auf.

Die Zustimmung zu beiden Aussagen ist in den neuen Ländern signifikant geringer als in Hessen und den übrigen Ländern⁷, während sich Hessen von den übrigen alten Bundesländern nicht signifikant unterscheidet.

Hinsichtlich der beiden Aussagen zur Messung von Islamophobie zeichnet sich in Tabelle 7 im Vergleich zu den anderen GMF-Indikatoren ein etwas anderes Bild ab.

Tabelle 7: Islamophobie^a

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10	03-05	06-10
Erhebungszeitraum											
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	Hessen	26,2	29,7	52,1	46,4	13,2	15,9	8,4	8,1	21,6	24,0
	Übrige alte Bundesländer	28,9	32,8	48,3	43,2	12,3	14,3	10,5	9,8	22,8	24,1
	neue Bundesländer	20,2	22,8	45,4	43,8	15,7	16,6	18,7	16,8	34,4	33,4*
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	Hessen	24,6	23,9	40,8	37,4	18,9	23,7	15,6	15,0	34,5	38,7
	übrige alte Bundesländer	27,2	29,1	39,7	33,8	16,2	18,6	16,8	18,4	33,0	37,0
	neue Bundesländer	25,5	29,3	41,3	35,0	13,5	15,6	19,8	20,0	33,3	35,6

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

^a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2005 und 2006-2010.

Während im früheren Zeitraum der Anteil der Zustimmung zur Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ in Hessen und den übrigen alten Bundesländern ähnlich ausfällt und signifikant unter der Zustimmung in den neuen Bundesländern liegt, stimmen die Hessen der Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ etwas häufiger zu (34,5%), als alle anderen Deutschen. Dieser Unterschied ist jedoch nicht signifikant.

Im Zeitvergleich zeigt sich in den neuen Bundesländern für die Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ eine signifikante Abnahme. Dennoch erweist sich die Zustimmung zu dieser Aussage in den neuen Ländern als signifikant stärker ausgeprägt als in den beiden anderen Gruppen⁸. Die Zustimmung zur Islamophobie nimmt im Gegensatz zu den bisher berichteten GMF-Elementen, insbesondere in Hessen und den

⁷ Im Mittelwertvergleich erweisen sich die Werte der neuen Länder signifikant geringer.

Im Vergleich mit Hessen für die Aussage „Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen“ bei $p < .05$ in 2002-2005 und bei $p < .001$ in 2006-2010; für die Aussage „Für eine Frau sollte es wichtiger sein ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ bei $p < .05$ in 2002-2005 und $p < .001$ in 2006-2010. Im Vergleich mit den übrigen Bundesländern ist der Unterschied stets bei $p < .001$ signifikant.

⁸ Stets bei $p < .001$.

übrigen alten Bundesländern deutlich zu. Zwar erweist sich die Zunahme als nicht signifikant, die Tendenz ist dennoch bemerkenswert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zustimmung zu anderen Vorurteilen sinkt. Dieses Ergebnis scheint auf ein sich verfestigendes Meinungsbild gegenüber Muslimen hinzuweisen.

Tabelle 8 gibt die Werte für die Einforderung von Etabliertenvorrechten wieder.

Tabelle 8: Etabliertenvorrechte

Stimme überhaupt nicht zu		... eher nicht zu		... eher zu		... voll und ganz zu		Zustimmung gesamt	
		02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10	02-05	06-10
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	Hessen	12,2	10,4	25,4	28,4	35,1	36,6	27,3	24,7	62,4	61,3
	Übrige alte Bundesländer	11,8	13,9	27,2	27,3	32,6	34,8	28,5	24,0	61,1	58,8***
	neue Bundesländer	10,7	16,4	27,6	28,5	30,9	30,6	30,8	24,5	61,7	55,1***
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	Hessen	30,5	30,0	32,4	33,5	16,3	23,2	20,8	13,2	37,1	36,4
	übrige alte Bundesländer	30,0	29,7	33,3	34,2	20,2	20,2	16,5	16,0	36,7	36,2
	neue Bundesländer	31,0	27,9	34,5	36,0	16,8	17,4	17,7	18,7	34,5	36,1*

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent; die Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwertveränderungen über die Zeit.

Im ersten Zeitraum zeigen sich kaum Unterschiede in der Zustimmung zwischen den Gruppen. Insgesamt sind die Zustimmungswerte jedoch bemerkenswert hoch. Insbesondere die Zustimmung zu der Aussage „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ fällt in Gesamtdeutschland mit über 60% in allen drei Gruppen sehr hoch aus. Für die Jahre 2006-2010 sind rückläufige Werte für die übrigen alten und die neuen Bundesländer zu verzeichnen. Hier fällt die Zustimmung in den neuen Ländern signifikant geringer aus als in Hessen und den übrigen alten Bundesländern⁹. Die Zustimmung zur Aussage „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind“ fällt zwar deutlich geringer aus, als die Zustimmung zur ersten Aussage, es stimmen aber auch hier über ein Drittel der Befragten in allen drei Gruppen eher oder voll und ganz zu. In Hessen bleiben die Werte für die Einforderung von Etabliertenvorrechten über die Zeit stabil. In den übrigen alten Bundesländern nimmt nur die Zustimmung zur ersten Aussage im Zeitverlauf signifikant ab und in den neuen Ländern zeigt sich ein Rückgang in der Zustimmung zur ersten Aussage und eine Zunahme in der zur zweiten Aussage.

Tabelle 9 zeigt die Zustimmung zu den Homophobie-Indikatoren.

⁹ In 2006-2010 unterscheiden sich Hessen und die übrigen alten Länder signifikant von den neuen bezüglich der Aussage „Wer irgendwo neu ist sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ bei $p < .05$.

Tabelle 9: Homophobie^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	Hessen	39,3	31,5	11,1	18,1	29,2
	übrige alte Bundesländer	35,7	32,7	11,5	20,0	31,5
	Neue Bundesländer	32,9	33,4	11,4	22,4	33,8
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. ^b	Hessen	19,2	18,1	18,5	44,1	37,3
	übrige alte Bundesländer	15,5	15,9	23,6	45,0	31,4
	neue Bundesländer	15,5	14,5	23,7	46,3	30,0
Homosexualität ist unmoralisch.	Hessen	51,5	29,6	7,2	11,7	18,9
	übrige alte Bundesländer	48,6	34,8	7,3	9,2	16,5
	neue Bundesländer	45,7	35,5	7,5	11,3	18,8

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Homophobie wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010.

^b Hier verweist die Ablehnung der Aussage auf feindliche Einstellungen, unter *Zustimmung gesamt* finden sich deswegen für diese Aussage die zusammengefassten Werte der Antwortkategorien ‚stimme eher nicht zu‘ und ‚stimme überhaupt nicht zu‘.

Da diese GMF-Dimension in dieser Form erst seit 2005 erhoben wird, wird hier kein Zeitvergleich vorgenommen und die Daten beziehen sich auf die zusammengefassten Datensätze 2005-2010.

Gut 30% aller Befragten empfinden es als ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen, mit 33,8% ist die Zustimmung zu dieser Aussage in den neuen Ländern signifikant höher als in beiden anderen Gruppen¹⁰.

Bezüglich der Vorstellung Homosexualität sei unmoralisch, zeigen sich zwischen Hessen und den neuen Ländern keine Unterschiede, die Zustimmung ist in den neuen Ländern jedoch signifikant höher als in den alten¹¹. Insgesamt wird dieser Aussage deutlich weniger zugestimmt als den beiden anderen. Ein interessantes Ergebnis für Hessen findet sich im Hinblick auf die zweite Aussage, welche die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen betrifft. Hier zeigt sich in Hessen die stärkste Ablehnung die mit 37,3% signifikant über dem Wert der neuen Länder liegt¹².

Auch für die Abwertung von Behinderten wird kein Zeitvergleich angestellt, sondern der gesamte Zeitraum 2005-2010 betrachtet (s. Tabelle 10).

¹⁰ Im Mittelwertvergleich erweist sich der Wert für die neuen Länder signifikant höher als in den übrigen alten Ländern und Hessen bei $p < .001$.

¹¹ Bei $p < .01$.

¹² Bei $p < .05$.

Tabelle 10: Abwertung von Behinderten^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	Hessen	52,7	40,8	2,8	3,8	6,6
	übrige alte Bundesländer	53,4	40,3	3,9	2,5	6,4
	neue Bundesländer	50,5	41,7	4,9	2,9	7,8
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	Hessen	39,1	48,0	7,5	5,4	12,9
	übrige alte Bundesländer	44,6	44,2	7,4	3,9	11,3
	neue Bundesländer	41,9	46,0	7,7	4,4	12,1
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	Hessen	46,9	48,3	3,7	1,1	4,8
	übrige alte Bundesländer	49,4	44,0	4,6	2,1	6,7
	neue Bundesländer	45,9	47,3	4,3	2,5	6,8

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Behinderten wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010.

Insgesamt fallen die Werte für die Abwertung Behinderter Deutschlandweit eher gering aus. Die hessischen Befragten sind signifikant häufiger der Meinung, dass viele Forderungen von Behinderten überzogen sind¹³.

Die Aussage „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen“ findet in den neuen Ländern signifikant mehr Zustimmung als in den übrigen Alten¹⁴. Hessen weist hier zwar einen geringeren Wert auf, die Unterschiede sind jedoch statistisch nicht signifikant.

Auch die Abwertung Obdachloser wird nicht im Zeitverlauf sondern über den gesamten Erhebungszeitraum von 2005-2010 betrachtet, in Tabelle 11 lassen sich die Ergebnisse ablesen.

¹³ Bei $p < .05$.

¹⁴ Bei $p < .05$.

Tabelle 11: Abwertung von Obdachlosen^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	Hessen	22,1	42,8	26,6	8,6	35,2
	übrige alte Bundesländer	18,0	43,6	26,3	12,1	38,4
	neue Bundesländer	16,5	39,6	26,4	17,5	43,9
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	Hessen	24,5	42,6	22,6	10,4	33,0
	übrige alte Bundesländer	21,8	44,8	19,6	13,8	33,4
	Neue Bundesländer	18,8	39,4	21,3	20,6	41,9
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	Hessen	19,8	51,3	20,9	7,9	28,8
	übrige alte Bundesländer	18,8	53,4	19,2	8,6	27,8
	neue Bundesländer	18,9	51,5	19,8	9,9	29,7

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Obdachlosen wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010.

Für die Aussage „Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm“ fällt die Zustimmung in Hessen mit 35,2% signifikant geringer aus als in den beiden anderen Substichproben. Hier weisen die Befragten in Ostdeutschland mit 43,9% die signifikant stärkste Zustimmung auf.¹⁵ Auch der zweiten Aussage stimmen die Befragten in den neuen Ländern signifikant häufiger zu¹⁶. In Hessen und den übrigen alten Bundesländern ist die Meinung „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“ nahezu gleich verbreitet. Ein Drittel der Befragten spricht sich damit für die Ausgrenzung einer der schwächsten gesellschaftlichen Gruppen aus. Für die Aussage „Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu“ bestehen zwischen allen drei Gruppen kaum Unterschiede, ein gutes Viertel aller Befragten stimmt dieser Aussage zu.

Die Abwertung Langzeitarbeitsloser wird in Tabelle 12 wiedergegeben.

¹⁵ Signifikanter Mittelwertsunterschied zwischen Hessen und den übrigen alten Ländern bei $p < .01$, zwischen den neuen Ländern und den beiden anderen Gruppen bei $p < .001$.

¹⁶ Signifikanter Unterschied zu Hessen und den übrigen alten Ländern bei $p < .001$.

Tabelle 12: Abwertung von Langzeitarbeitslosen^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		07-10	07-10	07-10	07-10	07-10
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	Hessen	9,8	38,8	30,7	20,7	51,4
	übrige alte Bundesländer	9,2	41,3	28,6	20,9	49,5
	neue Bundesländer	11,0	45,0	25,4	18,6	44,0
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	Hessen	9,2	30,7	23,8	36,5	60,3
	Übrige alte Bundesländer	9,6	30,1	28,3	31,9	60,2
	neue Bundesländer	9,5	30,8	25,7	34,1	59,8

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen wird seit 2007 erfasst, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2007-2010.

Diese GMF-Dimension wird erst seit 2007 erfasst. Insbesondere diese Gruppe scheint starken Abwertungen ausgesetzt zu sein. So stimmt die Hälfte der Befragten aus Hessen und den übrigen alten Bundesländern der Meinung zu, „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessierte einen Job zu finden“. In den neuen Bundesländern finden dies zwar signifikant weniger Befragte als in den alten Bundesländern¹⁷, jedoch ist die Zustimmung hier mit 44% ebenfalls hoch. Die Zustimmung zur Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ fällt mit ca. 60% für Gesamtdeutschland noch höher aus und es zeigen sich zwischen den Gruppen keine signifikanten Unterschiede.

Die ermittelten Unterschiede zwischen Hessen und den übrigen alten Bundesländern sind nur für zwei Aussagen signifikant: für die Zustimmung zur Aussage „Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm“, die in Hessen geringer ausfällt als in den übrigen alten Ländern und die Zustimmung zur Aussage „viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen“, der die Hessen etwas stärker zustimmen. Alle anderen Unterschiede erweisen sich statistisch nicht als signifikant und können auch ein zufälliges Ergebnis sein.

Hessen und die übrigen alten Bundesländer unterscheiden sich hingegen von den neuen Bundesländern in beiden Zeiträumen im Hinblick auf fast alle Aussagen signifikant. Ausnahmen bilden in 2002-2005 für beide Gruppen nur die Aussagen zum Antisemitismus, zu Etabliertenvorrechten, und zur Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“, sowie für Hessen bezüglich der rassistischen Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“. Im Zeitraum 2006-2010 ändert

¹⁷ Bei $p < .001$.

sich an diesem Bild nicht viel, es erweist sich nun lediglich die Aussage bezüglich der Etabliertenvorrechte „Wer irgendwo neu ist sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ als signifikant verschieden von den neuen Ländern. Für die Aussagen, die nicht im Zeitvergleich betrachtet werden, gilt Ähnliches: Hessen unterscheidet sich hier nicht signifikant von den neuen Ländern bezüglich der Abwertung von Behinderten, Langzeitarbeitslosen und einigen Einzelaussagen. Die übrigen Bundesländer weisen ebenfalls nur bezüglich einiger Einzelaussagen keinen signifikanten Unterschied zu den neuen Ländern auf.

Auffallend ist zudem, die deutliche, wenngleich nicht signifikante, Zunahme in der Zustimmung zu islamophoben Vorurteilen insbesondere in Hessen und den übrigen alten Bundesländern.

Insgesamt betrachtet zeigen die Hessen und die Befragten der übrigen alten Bundesländer ein sehr ähnliches Antwortverhalten. Die Zustimmungsraten dieser beiden Substichproben zu den Einzelaussagen der GMF weisen nur im Hinblick auf zwei Aussagen signifikante Unterschiede auf, während eine deutliche Differenz zu den Anteilswerten der Befragten aus den neuen Bundesländern besteht.

3.2 Mittelwerte der Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nicht mehr die Zustimmungswerte zu einzelnen Aussagen betrachtet, sondern die Zustimmung zu den Elementen der GMF. Tabelle 12 gibt einen Überblick über das Ausmaß der einzelnen GMF-Syndromelemente, die aus den jeweiligen Indikatoren gebildet wurden. Die Werte werden wieder getrennt für die drei Gruppen Hessen, übrige alte Bundesländer und neue Bundesländer¹⁸ angegeben. Ausgewiesen werden die Mittelwerte der Gruppen und es wird auch hier, soweit möglich, die Entwicklung über die Zeit betrachtet. Die Ausprägung der Mittelwerte kann im Bereich zwischen 1 und 4 liegen. Je höher der Wert, desto stärker ist die feindliche Einstellung ausgeprägt.

In der Spalte „Signifikant verschieden von“ wird angegeben, zu welcher Gruppe ein signifikanter Unterschied besteht. Fettgedruckte Mittelwerte weisen auf eine signifikante Zu- oder Abnahme im Zeitverlauf hin.

¹⁸ Ein Vergleich der Mittelwerte aller Syndromelemente nach einzelnen Bundesländern findet sich im Anhang. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen für Hamburg, Bremen und das Saarland sehr gering sind und deswegen nicht mit betrachtet werden können.

Tabelle 13: Mittelwerte der GMF-Elemente in Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern

GMF-Elemente	Gruppen	Mittelwert	Signifikant verschieden von	Mittelwert		Signifikant verschieden von	
				2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010
Fremdenfeindlichkeit				2002-2005		2006-2010	
	Hessen	2,40	Neue Länder***	2,40	2,27*	Neue Länder***	
	übrige alte Bundesländer	2,44	Neue Länder***	2,44	2,33***	Neue Länder***	
	neue Bundesländer	2,76		2,76	2,58***		
Rassismus				2002-2005		2006-2010	
	Hessen	1,78	Neue Länder***	1,78	1,71	Neue Länder***	
	übrige alte Bundesländer	1,79	Neue Länder***	1,79	1,71***	Neue Länder***	
	neue Bundesländer	1,90		1,90	1,83**		
Antisemitismus				2002-2005		2006-2010	
	Hessen	1,83		1,83	1,68**		
	übrige alte Bundesländer	1,83		1,83	1,65***		
	neue Bundesländer	1,82		1,82	1,63***		
Sexismus (ab 2003)				2003-2005		2006-2010	
	Hessen	2,12	Neue Länder*	2,12	1,95	Neue Länder***	
	übrige alte Bundesländer	2,10	Neue Länder***	2,10	1,93***	Neue Länder***	
	neue Bundesländer	1,93		1,93	1,76***		
Islamophobie (ab 2003)				2003-2005		2006-2010	
	Hessen	2,17	Neue Länder**	2,17	2,16	Neue Länder*	
	übrige alte Bundesländer	2,14	Neue Länder***	2,14	2,14	Neue Länder***	
	neue Bundesländer	2,30		2,30	2,27		
Etabliertenvorrechte				2002-2005		2006-2010	
	Hessen	2,52		2,52	2,47		
	übrige alte Bundesländer	2,50		2,50	2,46**		
	Neue Bundesländer	2,52		2,52	2,45**		
Homophobie (ab 2005)						2005-2010	
	Hessen				1,98		
	übrige alte Bundesländer				1,98		
	neue Bundesländer				2,0		
Behindertenabwertung (ab 2005)						2005-2010	
	Hessen				1,66		
	übrige alte Bundesländer				1,62	Neue Länder**	
	neue Bundesländer				1,67		
Obdachlosenabwertung (ab 2005)						2005-2010	
	Hessen				2,19	Neue Länder***	
	übrige alte Bundesländer				2,23	Neue Länder***	
	neue Bundesländer				2,33		
Abwertung von Langzeitarbeitslosen (ab 2007)						2007-2010	
	Hessen				2,74		
	übrige alte Bundesländer				2,72		
	neue Bundesländer				2,68		

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung

Die in Tabelle 13 berichteten Werte sind im Hinblick auf zwei Ergebnisse interessant. Zum einen werden signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen sichtbar (gekennzeichnet durch Angabe der signifikant verschiedenen Gruppe in der separaten Spalte). Zum anderen kann abgelesen werden, inwieweit sich die Mittelwerte innerhalb der Gruppen über die Zeit verändert haben, ob es zu signifikanten Zu- oder Abnahmen gekommen ist (gekennzeichnet durch fettgedruckte Mittelwerte).

Im Zeitraum von 2002 bis 2005 bestanden keine signifikanten Mittelwertunterschiede zwischen Hessen und den übrigen alten Bundesländern. Beide Gruppen unterschieden sich jedoch signifikant im Bezug auf einige GMF-Elemente von den neuen Ländern. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie sind demnach in den neuen Ländern signifikant stärker, und sexistische Einstellungen signifikant schwächer ausgeprägt als in Hessen und den übrigen alten Ländern. Der gleiche Befund findet sich auch in 2006-2010. Zudem zeigt sich im Zeitvergleich eine abnehmende Tendenz für einige Werte: In allen drei Gruppen sind die Werte für Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus signifikant gesunken. Im Gegensatz zu den übrigen alten Ländern und den neuen Ländern, sind die Werte in Hessen für Rassismus, Sexismus und Etabliertenvorrechte jedoch stabil geblieben.

Von den GMF-Elementen die nicht über die Zeit betrachtet werden können, erweist sich die Abwertung von Obdachlosen in den neuen Ländern signifikant höher als in den beiden anderen Gruppen. Gegenüber Behinderten herrscht in den neuen Ländern eine signifikant feindlichere Haltung als in den übrigen alten Ländern. Insbesondere gegenüber Langzeitarbeitslosen bestehen offensichtlich in ganz Deutschland starke feindliche Tendenzen - hier sind die Mittelwerte sehr hoch. Etabliertenvorrechte werden ebenfalls deutlich eingefordert und auch Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und die Abwertung von Obdachlosen weisen, trotz teilweise abnehmender Tendenzen im Zeitvergleich, stets hohe Werte auf.

Hessen unterscheidet sich kaum von den anderen alten Bundesländern. Im Vergleich zu den neuen Bundesländern sind die Hessen weniger rassistisch, fremdenfeindlich und islamophob eingestellt und werten seltener Obdachlose ab. Verbreiteter als in den neuen Ländern sind in Hessen wie in den übrigen alten Bundesländern hingegen sexistische Einstellungen.

Im Zeitvergleich haben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Hessen ebenso wie in Gesamtdeutschland signifikant abgenommen. Rassismus, Sexismus und Etabliertenvorrechte sind hingegen anders als in den übrigen alten und neuen Ländern in Hessen stabil geblieben.

3.4 Zustimmung zu den Indikatoren der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den drei hessischen Regierungsbezirke

Im Folgenden wird ein Blick auf die Zustimmung zu den GMF-Indikatoren innerhalb Hessens geworfen. Von Interesse ist hier, inwieweit zwischen den drei Regierungsbezirken Darmstadt, Gießen und Kassel Unterschiede in der Ausprägung von GMF auffallen. Da ein weiteres Aufteilen der drei Substichproben zu sehr geringen Fallzahlen führen würde, muss für die Analyse der Regierungsbezirke auf einen Zeitvergleich verzichtet werden, die Werte beziehen sich also immer auf den jeweiligen Gesamterhebungszeitraum.

Tabelle 14 gibt die Werte für die Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit wieder.

Tabelle 14: Fremdenfeindlichkeit

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	Darmstadt	17,5	36,5	28,7	17,3	46,0
	Gießen	14,8	30,0	33,0	22,1	55,1
	Kassel	8,4	23,4	33,2	35,0	68,2
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	Darmstadt	32,2	44,7	16,9	6,1	23,0
	Gießen	25,0	57,3	10,6	7,1	17,7
	Kassel	20,5	43,7	13,4	22,4	35,8

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

In allen drei Regierungsbezirken findet die Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ deutliche Zustimmung. Auffallend ist die starke Zustimmung im Regierungsbezirk Kassel mit annähernd 70%.

Die Zustimmung zur zweiten Aussage „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ fällt im Vergleich zwar geringer aus, dennoch findet auch diese Aussage mit 23% im Regierungsbezirk Darmstadt, knapp 18% im Regierungsbezirk Gießen und annähernd 36% im Regierungsbezirk Kassel hohe Zustimmung.

Somit stimmen die Befragten im Regierungsbezirk Kassel signifikant häufiger fremdenfeindlichen Aussagen zu als die Befragten in den beiden anderen Regierungsbezirken¹⁹, während sich die Regierungsbezirke Gießen und Darmstadt voneinander nicht signifikant unterscheiden.

¹⁹ „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“: Zustimmung im Regierungsbezirk Kassel signifikant über Darmstadt bei $p < .001$ und über Gießen bei $p < .01$; „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“: Zustimmung im Regierungsbezirk Kassel signifikant über den beiden anderen Regierungsbezirken bei $p < .001$.

Werden die Zustimmungsprozente zu den Rassismus Indikatoren betrachtet, so zeigt sich ein etwas anderes Bild (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15: Rassismus

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	Darmstadt	42,0	40,4	13,1	4,5	17,6
	Gießen	40,0	33,2	17,0	9,7	26,7
	Kassel	34,5	41,4	20,6	3,4	24,0
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	Darmstadt	59,6	28,9	5,7	5,8	11,5
	Gießen	46,8	32,9	12,9	7,3	20,2
	Kassel	53,8	32,5	7,9	5,8	13,7

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

Ungefähr ein Viertel der Befragten in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel stimmen der Aussage zu „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind“, im Regierungsbezirk Darmstadt sind 17,6% der Befragten dieser Meinung, die Unterschiede erweisen sich statistisch jedoch nicht als signifikant. Dass die Weißen zu Recht führend in der Welt sind, empfinden in den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel 11,5 bzw. 13,7% der Befragten, während ein Fünftel der im Regierungsbezirk Gießen befragten Personen diese Meinung vertreten. Damit unterscheidet sich Gießen hinsichtlich dieser Aussage signifikant von Darmstadt²⁰.

Tabelle 16 gibt die Zustimmungsprozente für die Indikatoren zum Antisemitismus wieder.

Tabelle 16: Antisemitismus

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	Darmstadt	42,7	39,1	11,0	7,2	18,2
	Gießen	43,1	40,5	11,3	5,1	16,4
	Kassel	33,4	41,1	14,2	11,3	25,5
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	Darmstadt	56,3	30,1	12,7	0,9	13,6
	Gießen	48,8	37,7	9,4	4,1	13,5
	Kassel	51,1	29,7	14,4	4,8	19,2

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

²⁰ Bei $p < .01$.

Insbesondere die Befragten im Regierungsbezirk Kassel stimmen den antisemitischen Aussagen zu, hier sind ein Viertel der Befragten der Meinung, dass Juden in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Die Zustimmung zu dieser Aussage fällt damit in diesem Regierungsbezirk signifikant höher aus als in den Regierungsbezirken Darmstadt (18,2%) und Gießen (16,4%)²¹.

Auch der anderen Aussage zum Antisemitismus stimmen die Befragten aus dem Regierungsbezirk Kassel häufiger zu als die Befragten in den beiden anderen Regierungsbezirken, die Unterschiede sind jedoch statistisch nicht signifikant.

Die Zustimmungen zu den Aussagen zum Sexismus fallen im Regierungsbezirk Kassel ebenfalls höher aus als in den beiden anderen Regierungsbezirken, wie in Tabelle 17 ersichtlich wird.

Tabelle 17: Sexismus^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2003-2010	2003-2010	2003-2010	2003-2010	2003-2010
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	Darmstadt	35,2	40,6	16,3	7,9	24,2
	Gießen	31,0	43,3	14,6	11,1	25,7
	Kassel	24,2	43,4	13,3	19,0	32,3
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	Darmstadt	42,0	40,1	8,7	9,3	18,0
	Gießen	31,5	42,2	16,9	9,4	26,3
	Kassel	26,3	45,7	13,5	14,4	27,9

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2010.

Über 30% Befragten im Regierungsbezirk Kassel sähen Frauen lieber in der Rolle der Ehefrau und Mutter, aber auch ein Viertel der Befragten in den anderen beiden Regierungsbezirken stimmt dieser Aussage eher oder voll und ganz zu.

Über ein Viertel der Befragten in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen sind zusätzlich der Meinung, dass es für eine Frau wichtiger sein sollte ihrem Mann bei der Karriere zu helfen als selbst Karriere zu machen. Im Regierungsbezirk Darmstadt findet diese Aussage bei 18% der Befragten eher oder voll und ganz Zustimmung.

Die Zustimmung zu beiden Sexismus Indikatoren fällt im Regierungsbezirk Kassel signifikant höher aus als im Regierungsbezirk Darmstadt²². Die Regierungsbezirke Kassel und Gießen unterscheiden sich hingegen nicht signifikant in der Ausprägung sexistischer Einstellungen.

²¹ Der Regierungsbezirk Kassel unterscheidet sich vom Regierungsbezirk Darmstadt bei $p < .05$ und vom Regierungsbezirk Gießen bei $p < .05$.

²² Bei $p < .001$.

Tabelle 18 zeigt, dass islamophobe Einstellungen in allen drei Regierungsbezirken stark ausgeprägt sind.

Tabelle 18: Islamophobie^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung Gesamt
Erhebungszeitraum		2003-2010	2003-2010	2003-2010	2003-2010	2003-2010
Muslimen sollte die Zu- wanderung nach Deutschland untersagt werden.	Darmstadt	30,1	50,4	11,8	7,6	19,4
	Gießen	28,3	42,0	20,1	9,6	29,7
	Kassel	23,0	51,3	17,1	8,5	25,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Frem- der im eigenen Land.	Darmstadt	25,3	39,0	20,9	14,8	35,7
	Gießen	22,3	39,4	27,0	11,3	38,3
	Kassel	23,2	38,6	18,8	19,5	38,3

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Erst ab 2003 erfasst; die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2003-2010.

Die Forderung, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen, findet bei knapp einem Fünftel der Befragten im Regierungsbezirk Darmstadt und einem guten Viertel derjenigen in den beiden anderen Regierungsbezirken Zustimmung. Noch stärker ausgeprägt ist die Tendenz, sich wegen der vielen Muslime wie ein Fremder im eigenen Land zu fühlen, über ein Drittel der Befragten in den drei Regierungsbezirken stimmen dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Zwischen den Regierungsbezirken zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Tabelle 19 gibt die Ergebnisse für die Indikatoren des GMF-Elementes Etabliertenvorrechte wieder.

Tabelle 19: Etabliertenvorrechte

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010	2002-2010
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	Darmstadt	13,2	28,3	33,3	25,2	58,5
	Gießen	9,3	26,0	39,1	25,5	64,6
	Kassel	8,6	23,8	38,9	28,6	67,5
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	Darmstadt	33,9	35,5	16,4	14,1	30,5
	Gießen	27,0	28,4	26,4	18,1	44,5
	Kassel	24,5	30,4	21,3	23,8	45,1

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

Hinsichtlich der Einforderung von Etabliertenvorrechten erweisen sich die Befragten der drei Regierungsbezirke als einig in der Meinung dass jemand der irgendwo neu ist, sich erst mal mit weniger zufrieden geben sollte. Hier fallen die Zustimmungsprozente extrem hoch aus und es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken.

In der Zubilligung der gleichen Rechte für neu Hinzugezogene zeigen sich dann, trotz ebenfalls hoher Zustimmungsraten in allen drei Regierungsbezirken, wieder Unterschiede, hier unterscheidet sich Darmstadt signifikant von Gießen und Kassel²³.

Aus Tabelle 20 geht hervor, dass auch homophobe Einstellungen in allen drei Regierungsbezirken stark vertreten sind.

²³ Von Gießen bei $p < .05$ und von Kassel bei $p < .001$.

Tabelle 20: Homophobie^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	Darmstadt	43,4	29,1	11,1	16,4	27,5
	Gießen	37,5	26,8	12,3	23,5	35,8
	Kassel	31,1	40,5	10,1	18,3	28,4
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein ^b .	Darmstadt	17,2	17,9	19,3	45,6	35,1
	Gießen	19,5	17,8	20,0	42,7	37,3
	Kassel	23,8	19,0	15,7	41,5	42,8
Homosexualität ist unmoralisch.	Darmstadt	57,6	27,7	8,5	6,3	14,8
	Gießen	45,2	34,3	4,9	15,6	20,5
	Kassel	42,4	30,8	6,1	20,7	26,8

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Homophobie wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

^b Hier verweist die Ablehnung der Aussage auf feindliche Einstellungen, unter *Zustimmung gesamt* finden sich deswegen für diese Aussage die zusammengefassten Werte der Antwortkategorien ‚stimme eher nicht zu‘ und ‚stimme überhaupt nicht zu‘.

In den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel empfinden es über ein Viertel der Befragten als ekelhaft wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen, im Regierungsbezirk Gießen stimmen hier sogar über ein Drittel der Befragten zu.

In allen drei Regierungsbezirken findet auch die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Menschen wenig Zustimmung. Weit über ein Drittel der Befragten, im Regierungsbezirk Kassel sogar über 40%, spricht sich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus.

Die Aussage „Homosexualität ist unmoralisch“ wird in den Regierungsbezirken Darmstadt (14,8%) und Gießen (20,5%) von vergleichsweise weniger Befragten geteilt, während im Regierungsbezirk Kassel auch dieses Vorurteil bei einem guten Viertel der Befragten Zustimmung findet.

Signifikant fällt hier nur der Unterschied zwischen den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel für die Aussage „Homosexualität ist unmoralisch“ aus²⁴.

Die Ablehnung von Behinderten Menschen fällt in den hessischen Regierungsbezirken eher gering aus (vgl. Tabelle 21).

²⁴ Bei $p > .001$.

Tabelle 21: Abwertung von Behinderten^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	Darmstadt	54,1	37,9	2,8	5,2	8,0
	Gießen	48,8	49,6	1,6	-	1,6
	Kassel	52,3	41,5	3,3	2,9	6,2
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	Darmstadt	46,2	41,6	5,7	6,5	12,2
	Gießen	20,4	73,0	5,4	1,2	6,6
	Kassel	35,7	46,2	12,8	5,4	18,2
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	Darmstadt	52,3	41,8	5,2	0,7	5,9
	Gießen	44,8	55,0	0,2	-	0,2
	Kassel	36,2	58,3	2,7	2,7	5,4

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Behinderten wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

Insbesondere die Werte im Regierungsbezirk Gießen fallen sehr gering aus und auch in den beiden anderen Regierungsbezirken liegt die Zustimmung zu den beiden Aussagen „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben“ und „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen“ bei deutlich unter 10%. Die Aussage „Viele Forderungen von Behinderten halte ich für überzogen“ findet in den Regierungsbezirken Darmstadt (12,2%) und Kassel (18,2%) hingegen etwas mehr Zustimmung.

Ein signifikanter Unterschied ergibt sich jedoch nur zwischen den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel, für die Aussage „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen“²⁵.

Die Abwertung von obdachlosen Menschen findet hingegen in allen drei Regierungsbezirken sehr hohe Zustimmung, wie in Tabelle 22 abzulesen ist.

²⁵ Bei $p < .05$.

Tabelle 22: Abwertung von Obdachlosen^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010	2005-2010
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	Darmstadt	22,3	41,6	25,0	11,1	36,1
	Gießen	14,8	45,8	32,1	7,3	39,4
	Kassel	27,3	43,2	25,8	3,7	29,5
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	Darmstadt	24,8	44,8	22,1	8,3	30,4
	Gießen	19,8	39,5	30,8	9,9	40,7
	Kassel	27,3	39,7	17,6	15,4	33,0
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	Darmstadt	22,2	52,2	18,0	7,6	25,6
	Gießen	13,5	46,2	30,7	9,7	40,4
	Kassel	18,8	52,9	20,9	7,4	28,3

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Obdachlosen wird in dieser Form seit 2005 erhoben, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2005-2010, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

Hier fällt insbesondere der Regierungsbezirk Gießen durch hohe Zustimmungswerte auf. Die Aussage „Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm“ findet dort signifikant mehr Zustimmung als in den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel²⁶. Ebenso stimmen im Regierungsbezirk Gießen signifikant mehr Befragte der Aussage „Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu“ zu als im Regierungsbezirk Darmstadt²⁷.

Tabelle 23 zeigt, dass die Zustimmung zu den Indikatoren der Abwertung Langzeitarbeitsloser Menschen in den drei Regierungsbezirken extrem hoch ausfallen.

Tabelle 23: Abwertung von Langzeitarbeitslosen^a

Stimme überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Erhebungszeitraum		2007-2010	2007-2010	2007-2010	2007-2010	2007-2010
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	Darmstadt	5,6	42,3	33,0	19,2	52,2
	Gießen	16,3	29,9	27,8	26,0	53,8
	Kassel	16,1	36,0	27,1	20,7	47,8
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	Darmstadt	11,4	35,8	22,9	29,9	52,8
	Gießen	6,9	24,5	28,4	40,2	68,6
	Kassel	5,5	22,5	21,4	50,5	71,9

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung; Angaben in Prozent.

^a Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen wird seit 2007 erfasst, die Angaben beziehen sich auf die zusammengefassten Stichproben 2007-2010, entsprechend fällt der Stichprobenumfang geringer aus.

²⁶ Von Darmstadt bei $p > .05$ und von Kassel bei $p > .01$.

²⁷ Bei $p > .05$.

Über die Hälfte der Befragten in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen stimmen der Aussage zu „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert einen Job zu finden“. Im Regierungsbezirk Kassel fällt die Zustimmung mit 47,8% nur etwas geringer aus. Die Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ findet noch stärkere Zustimmung: 52,8% im Regierungsbezirk Darmstadt, 68,6% im Regierungsbezirk Gießen und 71,9% im Regierungsbezirk Kassel.

Signifikant unterscheidet sich hier nur der Regierungsbezirk Darmstadt von Kassel²⁸ bezüglich der Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“.

Werden die Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken betrachtet, so fällt vor allem Kassel auf, wobei die hohen Werte vor allem darauf zurückzuführen sind, dass in diesem Regierungsbezirk der Anteil an Befragten mit niedriger Bildung deutlich höher ausfällt, als in den beiden anderen Regierungsbezirken (s. u.). Beide Aussagen zur Fremdenfeindlichkeit und die Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ finden in Kassel signifikant höhere Zustimmung als in den beiden anderen Regierungsbezirken. Zudem unterscheidet sich Kassel signifikant vom Regierungsbezirk Darmstadt bezüglich beider Aussagen zum Sexismus und einzelner Aussagen zu Etabliertenvorrechten, Homophobie und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Der Regierungsbezirk Gießen unterscheidet sich vom Regierungsbezirk Kassel nur hinsichtlich einer Aussage zur Obdachlosenabwertung signifikant, ansonsten zeigen sich zwischen diesen beiden Regierungsbezirken keine statistisch signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Zustimmung zu den einzelnen GMF-Indikatoren. Der Regierungsbezirk Gießen unterscheidet sich jedoch von dem Regierungsbezirk Darmstadt signifikant hinsichtlich einzelner Aussagen zu Rassismus, Etabliertenvorrechten und Obdachlosenabwertung.

Der Regierungsbezirk Darmstadt weist somit meist die geringsten Werte auf, nur hinsichtlich einer Aussage zur Abwertung von Behinderten zeigen sich in Darmstadt signifikant höhere Zustimmungswerte als im Regierungsbezirk Kassel.

3.5 Mittelwerte der Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in den hessischen Regierungsbezirken

Auch hier ergibt sich ein ähnliches Bild, wenn man nicht mehr die Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen betrachtet, sondern die Zustimmung zu den Elementen der GMF. Das

²⁸ Bei $p < .01$.

Ausmaß der aus den Indikatoren gebildeten GMF-Syndromelemente in den drei hessischen Regierungsbezirken wird in Tabelle 24 wiedergegeben. Die Ausprägung der Mittelwerte liegt im Bereich zwischen 1 und 4, je höher der Wert desto stärker ist die feindliche Einstellung ausgeprägt.

In der Spalte „Signifikant verschieden von“ wird angegeben zu welcher Gruppe ein signifikanter Unterschied besteht. Fettgedruckte Mittelwerte weisen auf einen signifikanten Unterschied hin.

Tabelle 24: Mittelwerte der GMF-Elemente in den hessischen Regierungsbezirken

GMF-Elemente	Gruppen	Mittelwert	Signifikant verschieden von
Fremdenfeindlichkeit	Darmstadt (n= 595)	2,21	Kassel***
	Gießen (n= 196)	2,31	Kassel***
	Kassel (n= 256)	2,66	
Rassismus	Darmstadt (n= 595)	1,69	Gießen**
	Gießen (n= 196)	1,89	
	Kassel (n= 256)	1,78	
Antisemitismus	Darmstadt (n= 593)	1,71	Kassel**
	Gießen (n= 186)	1,74	
	Kassel (n= 247)	1,88	
Sexismus (ab 2003)	Darmstadt (n= 510)	1,91	Kassel**
	Gießen (n= 171)	2,06	
	Kassel (n= 213)	2,13	
Islamophobie (ab 2003)	Darmstadt (n= 509)	2,12	
	Gießen (n= 171)	2,21	
	Kassel (n= 211)	2,23	
Etabliertenvorrechte	Darmstadt (n= 594)	2,40	Kassel**
	Gießen (n= 196)	2,28	
	Kassel (n= 256)	2,66	
Homophobie (ab 2005)	Darmstadt (n= 340)	1,87	Kassel**
	Gießen (n= 101)	2,05	
	Kassel (n= 156)	2,17	
Behindertenabwertung (ab 2005)	Darmstadt (n= 340)	1,62	
	Gießen (n= 101)	1,66	
	Kassel (n= 156)	1,73	
Obdachlosenabwertung (ab 2005)	Darmstadt (n= 340)	2,16	Gießen*
	Gießen (n= 101)	2,39	
	Kassel (n= 156)	2,13	Gießen*
Abwertung von Langzeitarbeitslosen (ab2007)	Darmstadt (n= 232)	2,69	
	Gießen (n= 69)	2,80	
	Kassel (n= 92)	2,84	

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung

In Tabelle 24 bestätigt sich das bereits gezeichnete Bild. Der Regierungsbezirk Kassel weist meist die höchsten Werte auf und liegt dabei häufig signifikant über dem Regierungsbezirk Darmstadt. Der Regierungsbezirk Gießen weist hinsichtlich rassistischer Einstellungen höhere Werte auf als der Regierungsbezirk Darmstadt und bezüglich der Abwertung von Obdachlosen höhere Werte als beide anderen Regierungsbezirke.

Es sei hier kurz darauf hingewiesen, dass die geringe Fallzahl der Befragten im Regierungsbezirk Gießen dazu führen kann, dass bei einigen Aussagen keine signifikanten Unterschiede feststellbar sind, obwohl die Werte die der beiden anderen Regierungsbezirke über- oder unterbieten (bspw. Behindertenabwertung). D. h., es sind zu wenig Befragte aus diesem Regierungsbezirk in die Untersuchung eingegangen, als dass von deren Zustimmungsverhalten sicher auf die Situation in diesem Regierungsbezirk rückgeschlossen werden könnte und so Aussagen über überzufällige Unterschiede zu den anderen Regierungsbezirken zulässig wären.

Keine signifikanten Unterschiede bestehen zwischen den Regierungsbezirken hinsichtlich der GMF-Elemente Islamophobie, Abwertung von Behinderten und Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Insbesondere die Abwertung von Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen, aber auch die Islamophobie sind in allen drei Regierungsbezirken stark ausgeprägt.

Wird der Einfluss der demographischen Faktoren berücksichtigt, so zeigt sich ein ganz erheblicher Einfluss der Bildung. Das bedeutet, dass die Unterschiede im Ausmaß der GMF zwischen den Regierungsbezirken zu einem wesentlichen Teil durch das unterschiedliche Bildungsniveau der Befragten in den Regierungsbezirken zustande kommen. Im Vergleich zu den Regierungsbezirken Gießen und Darmstadt weisen die Befragten im Regierungsbezirk Kassel signifikant häufiger einen niedrigen Schulabschluss auf²⁹ (vgl. Tabelle 2), was wesentlich dazu beiträgt, dass in diesem Regierungsbezirk höhere Zustimmungswerte zu den Einstellungen der GMF zu verzeichnen sind.

²⁹ Bei $p < .001$.

4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Hessen

Wie aus der Forschung zu Vorurteilen bekannt ist und die bisherige Analyse der GMF-Surveys bestätigt hat, unterscheiden sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im Ausmaß ihrer Zustimmung zur GMF. Vor allem die Bildung hat einen ganz wesentlichen Einfluss. Im Durchschnitt stimmen Befragte mit höherer Schulbildung den Elementen weniger zu als Befragte mit geringerer Schulbildung (Heyder 2003). Auch der Einfluss des Alters wurde bereits im GMF-Survey analysiert. Anders als es die öffentliche Wahrnehmung und der Zuschnitt vieler Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vermuten lassen, sind es vielfach eher die Älteren, die zur Menschenfeindlichkeit neigen, während Jugendliche und junge Erwachsene häufig geringere Vorurteile äußern (Endrikat 2006). Als ebenso interessant und überraschend hat sich der Vergleich von Männern und Frauen erwiesen. Anders als es vielfach das Klischee von friedfertigen und mitfühlenden Frauen will, äußerten sich Frauen fremdenfeindlicher, rassistischer und islamophober als Männer (Küpper/Heitmeyer 2005). Neben den beschriebenen Faktoren hat sich auch die Konfessionszugehörigkeit als Prädiktor für GMF erwiesen – anders als vielleicht zunächst anzunehmen, erweisen sich Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen keineswegs als weniger feindselig (Küpper/Zick 2006). Keinesfalls gemäßigt erweist sich auch das Ausmaß von GMF bei Personen die sich in der politischen Mitte verorten (Zick/Küpper 2006a).

Im Folgenden wird das Ausmaß von GMF in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen für Hessen beschrieben. Unterschiede zu den entsprechenden Bevölkerungsgruppen in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern und Veränderungen im Zeitverlauf werden gegebenenfalls diskutiert.

4.1 Junge und Alte

Es wurden fünf Gruppen in Abhängigkeit ihres Alters miteinander verglichen: 16-21 Jährige (n = 67), 22-34 Jährige (n = 149), 35-49 Jährige (n = 300), 50-64 Jährige (n = 265) und Befragte über 65 Jahren (n = 267); die Angabe der Anzahl von Befragten in jeder Gruppe finden sich in Klammern und beziehen sich jeweils auf die nach Repräsentativität gewichtete Gesamtstichprobe für Hessen.

Da es nur geringe Veränderungen im Zusammenhang zwischen Alter und GMF im Zeitvergleich gibt, werden die folgenden Ergebnisse für den gesamten Zeitraum berichtet³⁰.

³⁰ In Hessen gab es folgende signifikant rückläufige Veränderungen im Zeitvergleich:

16-21 Jahre Antisemitismus bei $p < .05$;

22-34 Jahre Rassismus bei $p < .05$ und Behindertenabwertung bei $p < .01$;

35-49 Jahre Fremdenfeindlichkeit bei $p < .001$, Antisemitismus bei $p < .05$ und Islamophobie bei $p < .05$;

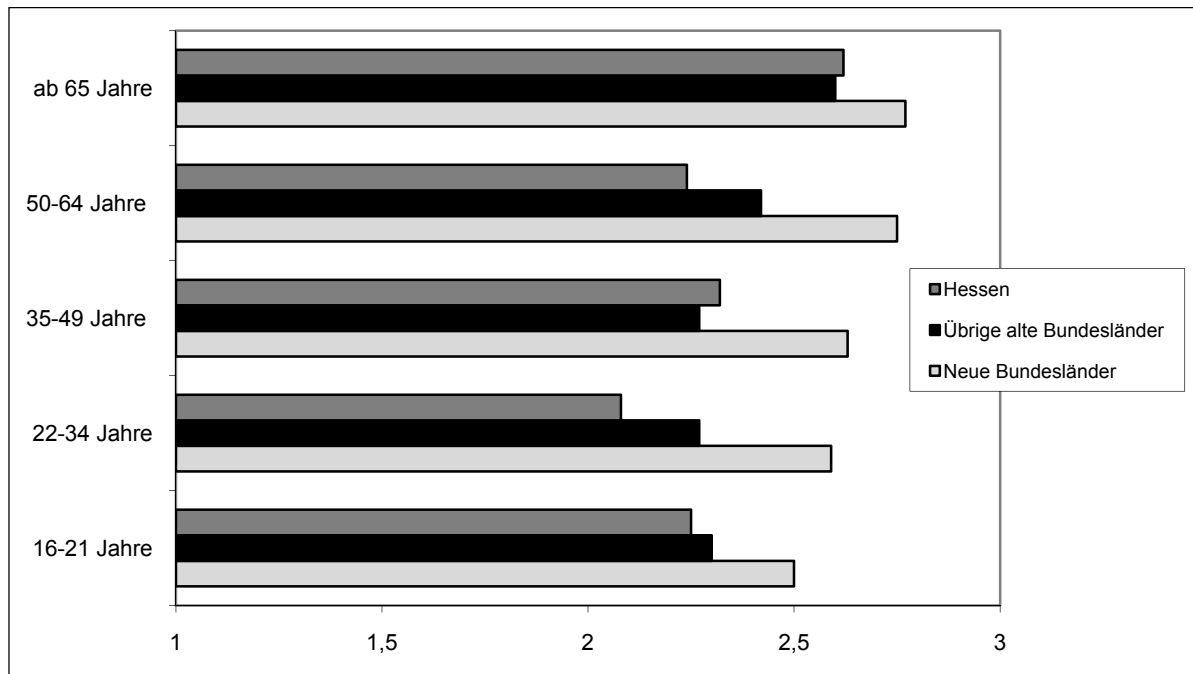
Tendenziell besteht für die gesamtdeutsche Stichprobe, bei fast allen Syndromelementen ein deutlicher Zusammenhang mit dem Alter, je älter die Befragten, desto stärker sind die Vorurteile ausgeprägt.

Diese Tendenz zeigt sich auch in Hessen. Die ab 65 Jährigen weisen für nahezu alle GMF-Elemente die signifikant höchsten Werte auf³¹. Ausnahmen bilden dabei lediglich die Abwertung Obdachloser, bei der sich nur die Befragten mittleren Alters von den ältesten unterscheiden und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, bei der es keinerlei signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt. Für Hessen zeigt sich jedoch auch ein deutlicher Einfluss des unterschiedlichen Bildungsniveaus der Befragten. Wird dieses mit berücksichtigt, so verliert das Alter deutlich an Einfluss auf die GMF-Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Etabliertenvorrechte, Islamophobie und Obdachlosenabwertung.

Exemplarisch wird im Folgenden auf die GMF-Elemente Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Altersgruppen getrennt für die drei Substichproben eingegangen, eine entsprechende Übersicht über alle GMF-Elemente findet sich im Anhang.

In Abbildung 2 werden die fremdenfeindlichen Einstellungen in allen drei Substichproben in Abhängigkeit vom Alter wiedergegeben.

Abbildung 2: Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit nach Altersgruppen



Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

50-64 Jahre Obdachlosenabwertung bei $p < .05$;

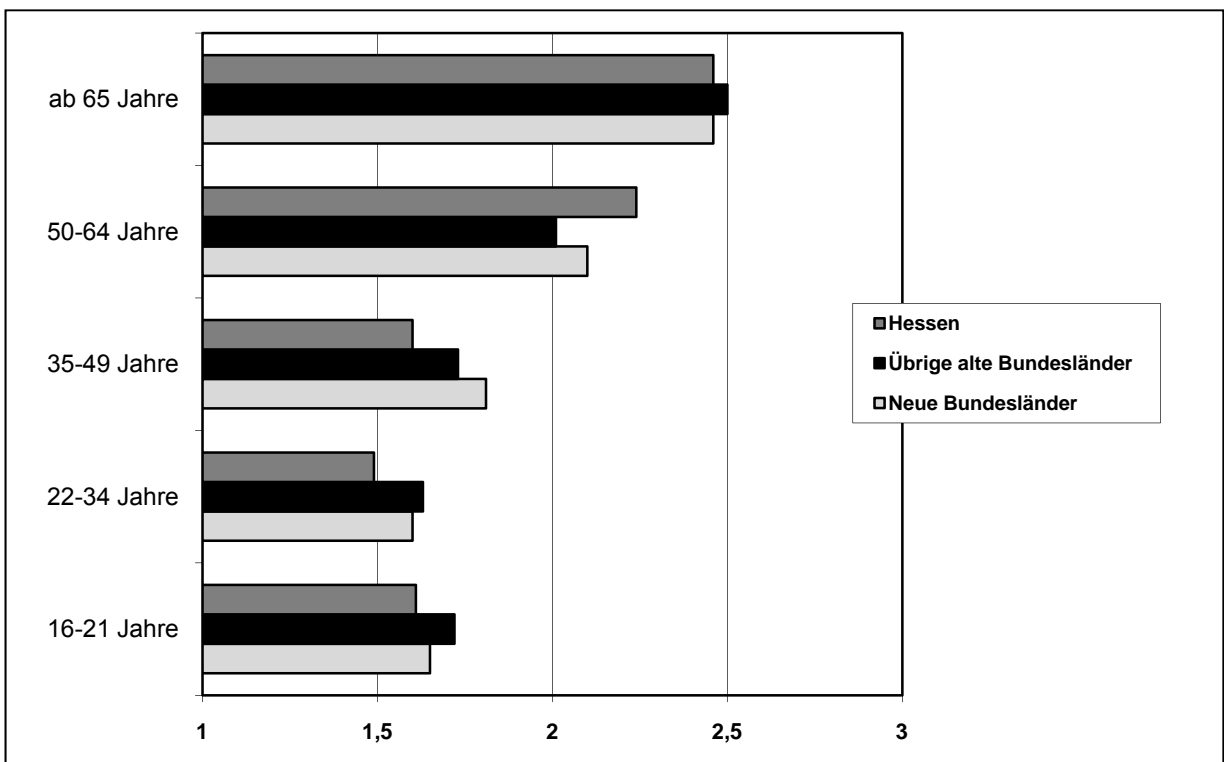
ab 65 Jahre für Antisemitismus bei $p < .01$. und Sexismus bei $p < .05$.

³¹ Eine Übersicht aller GMF Elemente in Abhängigkeit vom Alter der befragten Personen findet sich im Anhang.

In den neuen Ländern nehmen die fremdenfeindlichen Einstellungen mit dem Alter linear zu und es zeigen sich durchweg die höchsten Ausprägungen. Auch in Hessen und den übrigen alten Ländern weisen die ältesten Befragten die höchsten Werte auf. Hessen unterscheidet sich mit Ausnahme der jüngsten Altersgruppe stets signifikant von den neuen Ländern. Im Vergleich mit den übrigen alten Ländern äußern die 22-34 Jährigen sowie die 50-64 Jährigen Befragten in Hessen signifikant weniger fremdenfeindliche Vorurteile. Die übrigen alten Länder unterscheiden sich stets signifikant von den neuen Bundesländern.

Ein leicht U-förmiger Zusammenhang zwischen dem Ausmaß feindlicher Einstellungen und dem Alter zeigt sich bezüglich der homophoben Einstellungen (Abbildung 3).

Abbildung 3: Ausmaß von Homophobie nach Altersgruppen

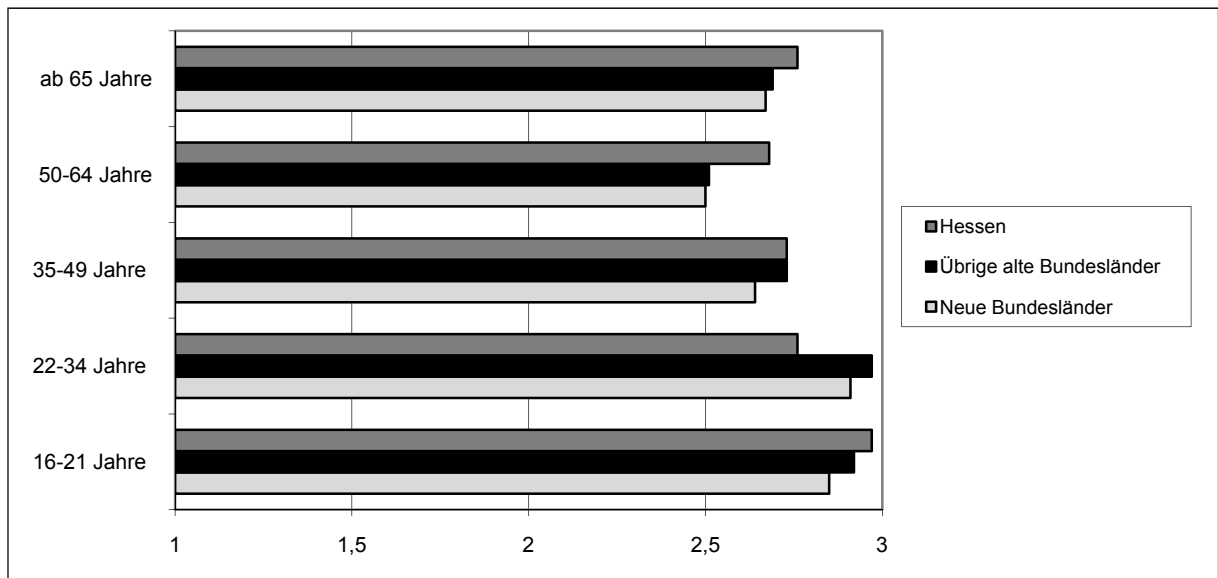


Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

In Hessen erweisen sich insbesondere die Befragten zwischen 22 und 34 Jahren als wenig homophob. In allen drei Gruppen zeigt sich mit dem Alter ein deutlicher Anstieg der feindlichen Einstellungen gegenüber Homosexuellen.

Eine auffallende Ausnahme stellen die feindlichen Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen dar. In Abbildung 4 werden die abwertenden Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen wiedergegeben.

Abbildung 4: Ausmaß der Abwertung Langzeitarbeitsloser nach Altersgruppen



Anm.: Mittelwerte; 1=min. Zustimmung; 4 = max. Zustimmung.

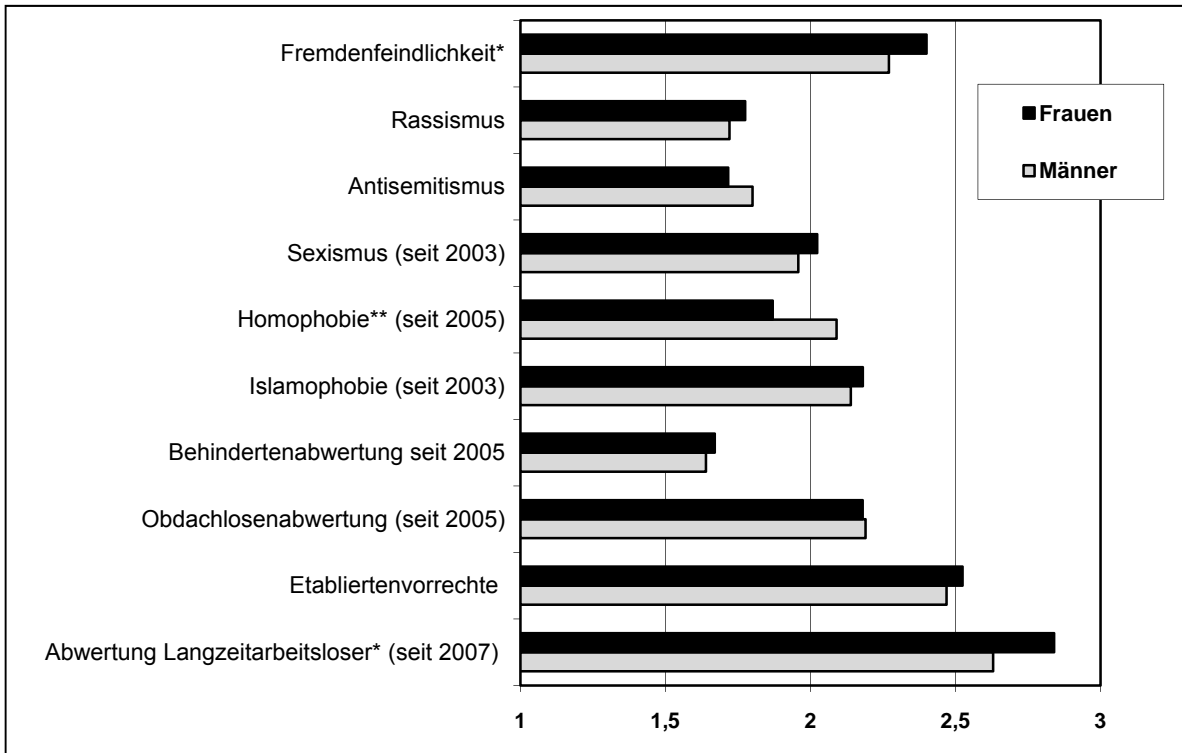
Es wird deutlich, dass abwertenden Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen in allen Altersgruppen stark ausgeprägt sind. Zwischen Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern bestehen keine signifikanten Unterschiede. Dieses GMF-Element stellt insofern auch eine Ausnahme dar, als dass insbesondere die beiden jüngsten Gruppen hohe Werte aufweisen. Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Deutschland zeigen deutlich feindliche Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen. In Hessen weisen die jüngsten und die beiden ältesten Gruppen die höchsten Werte auf, die Unterschiede sind jedoch nicht signifikant. Ähnlich sieht es bezüglich der abwertenden Einstellungen gegenüber Obdachlosen aus. Damit ist eine deutliche Tendenz in ganz Deutschland auszumachen, gerade solche schwachen Gruppen abzuwerten, denen eine mangelnde Nützlichkeit für die Gesellschaft vorgeworfen wird.

Wie sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, offenbart sich auch in Hessen: Allen voran sind es die Ältesten ab 65 Jahren, gefolgt von denen im höheren Alter zwischen 50 und 64 Jahren, die durch höhere Zustimmung zu den GMF-Elementen auffallen, während Befragte mittleren und/oder jüngeren Alters meist die geringsten Werte aufweisen. Ausnahmen stellen die Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen dar. Abwertende Einstellungen gegenüber diesen Gruppen, denen eine mangelnde Nützlichkeit für die Gesellschaft vorgeworfen wird, sind in ganz Deutschland und in allen Altersgruppen stark verbreitet.

4.2 Frauen und Männer

Da sich auch für die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bezug auf GMF im Zeitvergleich keine gravierenden Unterschiede zeigen³², werden die Ergebnisse für Frauen und Männer für den gesamten Zeitraum zusammengefasst in Abbildung 5 wiedergegeben.

Abbildung 5: Ausmaß der Zustimmung zur GMF in Hessen bei Männern und Frauen



Anm.: Mittelwerte; 1=min. Zustimmung; 4 = max. Zustimmung; Signifikanzangaben in der Abbildung beziehen sich auf die Mittelwertunterschiede zwischen den Gruppen.

Die Ergebnisse für Frauen und Männer in Hessen unterscheiden sich zum Teil von denen für die übrigen alten und die neuen Bundesländer. Auch hier wiederholt sich der Eindruck, dass Frauen nicht minder menschenfeindlichen Einstellungen anhängen als Männer. Wie in den übrigen alten und den neuen Bundesländern auch, erweisen sich Frauen in Hessen signifikant fremdenfeindlicher und ablehnender gegenüber Langzeitarbeitslosen sowie signifikant weniger homophob als Männer. Für die Männer bestätigt sich der Befund, der sich auch für die anderen beiden Gruppen zeigt, dass diese homophober sind als Frauen.

Im Unterschied zu den übrigen alten und den neuen Bundesländern erweisen sich in Hessen Frauen jedoch nicht rassistischer als Männer und Männer nicht antisemitischer und sexistischer als Frauen. Wird allerdings die Bildung mit in die Analyse einbezogen, so verringert sich der Unterschied zwischen Männern und Frauen in Hessen deutlich. Hinter einem Teil

³² Im Zeitverlauf ist in Hessen für die Frauen ein signifikanter Rückgang der rassistischen Einstellungen zu verzeichnen ($p < .05$), bei den Männern nehmen die fremdenfeindlichen ($p < .05$) und antisemitischen Einstellungen ($p < .001$) signifikant ab.

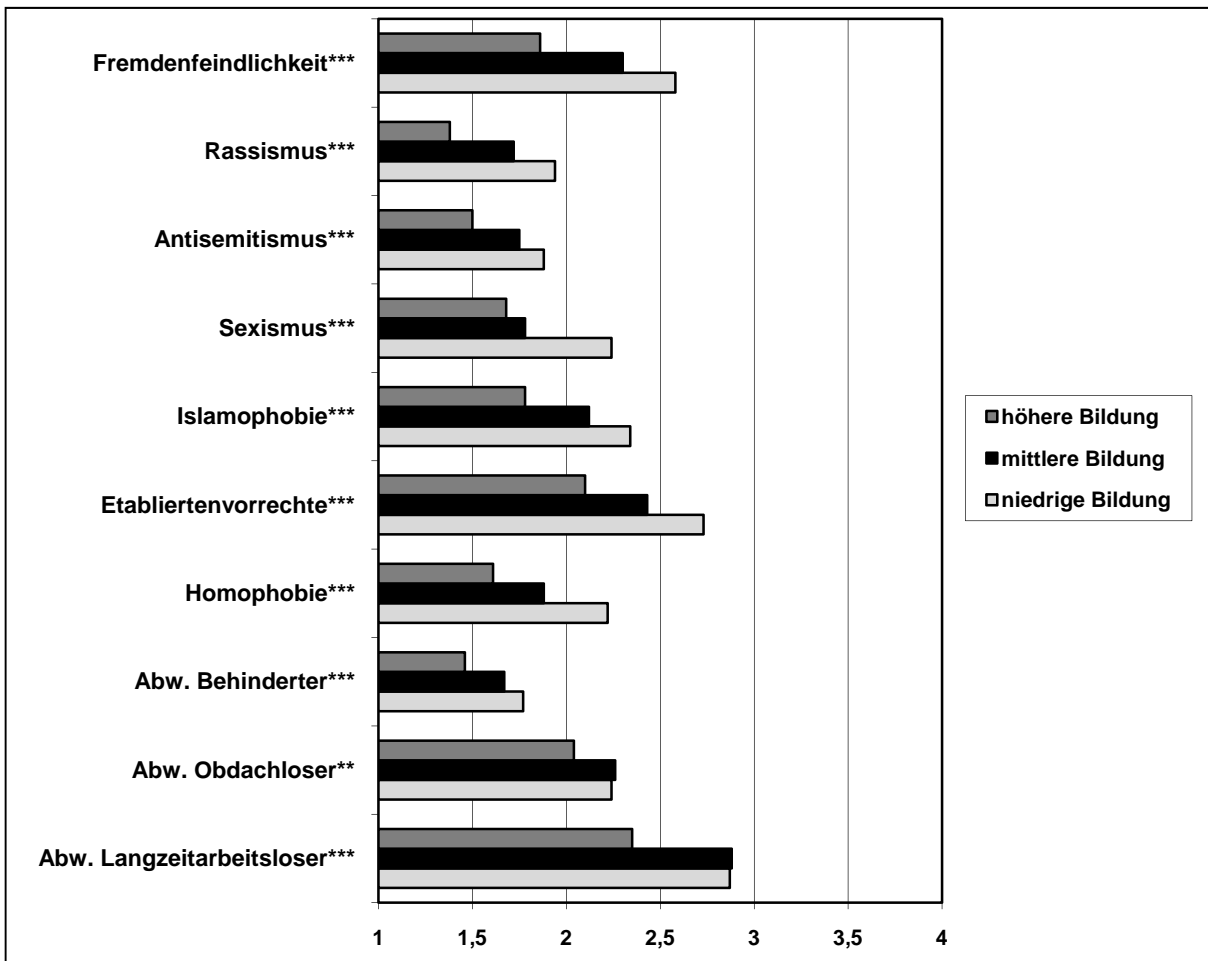
der Geschlechterunterschiede in Hessen steht also ein unterschiedliches Bildungsniveau. Frauen haben häufiger als Männer einen niedrigen oder mittleren Schulabschluss, umgekehrt haben Männer häufiger als Frauen einen höheren Schulabschluss.

Wie auch im übrigen Deutschland erweisen sich Frauen in Hessen fremdenfeindlicher und stärker ablehnend gegenüber Langzeitarbeitslosen als Männer. Männer sind, wie auch im übrigen Deutschland, deutlich homophober eingestellt als Frauen. Anders als in den übrigen alten und den neuen Bundesländern besteht zwischen männlichen und weiblichen Befragten in Hessen jedoch kein signifikanter Unterschied im Bezug auf Sexismus, Antisemitismus und Rassismus.

4.3 Schulbildung

Zur Analyse des Einflusses der Schulbildung wurden die Befragten in drei Gruppen zusammengefasst³³, um aussagekräftige Stichprobengrößen zu erhalten. Abbildung 6 gibt die Ergebnisse ohne Zeitvergleich wieder.

Abbildung 6: Ausmaß der Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der Schulbildung in Hessen



Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung; Signifikanzangaben in der Abbildung beziehen sich auf die Mittelwertunterschiede zwischen den höher und niedrig gebildeten Befragten in Hessen.

In Hessen hat die Schulbildung (wie im übrigen Deutschland auch) einen besonders deutlichen Einfluss auf das Ausmaß der GMF. Nahezu linear sinkt die Zustimmung zu fast allen Elementen der GMF mit zunehmender Bildung; Befragte mit höherer Bildung signalisieren durchgehend die geringste Zustimmung zur GMF und setzen sich damit signifikant von den anderen ab. Befragte mit niedrigerem Schulabschluss weisen meist die häufigste Zustimmung auf. Bei allen Elementen des GMF-Syndroms sind die Unterschiede der Mittelwerte

³³ Niedrige Schulbildung (n = 530) = kein Schulabschluss, Volks- oder Hauptschule, Polytechnische Schule bis 8. Klasse; mittlerer Schulabschluss (n = 265) = Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse; höherer Schulabschluss (n = 247) = Abitur/Fachabitur, abgeschlossenes Studium/Fachhochschule.

zwischen der Gruppe mit niedrigem und mit hohem Schulabschluss auch für Hessen signifikant³⁴.

Für Hessen lässt sich ein signifikanter Rückgang fremdenfeindlicher und antisemitischer Einstellungen im Zeitvergleich für die niedrig gebildeten feststellen und bei den Befragten mit hohem Schulabschluss für Antisemitismus. Die feindlichen Einstellungen derjenigen mit hohem und insbesondere mit mittlerem Bildungsniveau bleiben stabil. Da die Werte der hessischen Befragten mit niedriger Bildung eine rückläufige Tendenz aufweisen, verlieren sich die signifikanten Unterschiede zwischen denjenigen mit mittlerem und denen mit niedrigem Bildungsniveau im Zeitvergleich bei den GMF-Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, und Islamophobie³⁵. Die Unterschiede zwischen denjenigen mit hohem und niedrigem Schulabschluss bleiben auch über die Zeit betrachtet stets signifikant³⁶. Tabelle 25 gibt die Mittelwerte der GMF-Elemente in Abhängigkeit von der Schulbildung im Zeitverlauf wieder.

Tabelle 25: Ausmaß der Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der Schulbildung in Hessen im Zeitvergleich

	Niedriger Schulabschluss		Mittlerer Schulabschluss		Hoher Schulabschluss	
	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010
Fremdenfeindlichkeit	2,65	2,47*	2,3	2,3	1,86	1,84
Rassismus	1,98	1,89	1,7	1,73	1,37	1,39
Antisemitismus	1,95	1,79*	1,76	1,74	1,6	1,42*
Sexismus	2,32	2,17	1,81	1,76	1,68	1,68
Islamophobie	2,38	2,31	2,09	2,15	1,68	1,85
Etabliertenvorrechte	2,74	2,71	2,4	2,45	2,1	2,1

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Veränderungen der Mittelwerte über die Zeit.

Es scheint als sei das formale Bildungsniveau von außerordentlicher Bedeutung für die Bereitschaft zur Abwertung schwacher Gruppen; dieser bekannte Befund hat sich im GMF-Survey noch einmal bestätigt. Aber was genau ist es eigentlich, das diesen Einfluss hervorruft? Im Rahmen von detaillierteren Analysen zur Frage von Bildung und GMF hat Heyder (2003) mindestens vier Qualitäten herausgearbeitet, die mehr oder minder unmittelbar und

³⁴ Signifikante Unterschiede zwischen Befragten mit mittlerem und niedrigen Bildungsniveau in Hessen für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Etabliertenvorrechte und Sexismus bei $p < .00$; sowie für Islamophobie und Homophobie bei $p < .01$.

³⁵ Signifikante Unterschiede in 2002-2005 zwischen Befragten mit mittlerem und niedrigen Bildungsniveau in Hessen für Fremdenfeindlichkeit und Sexismus bei $p < .001$; sowie für Rassismus, Islamophobie und Etabliertenvorrechte bei $p < .01$. Signifikante Unterschiede in 2006-2010 zwischen Befragten mit mittlerem und niedrigen Bildungsniveau in Hessen für Etabliertenvorrechte bei $p < .05$ und für Sexismus bei $p < .001$.

³⁶ Stets bei $p < .001$.

gezielt durch Bildung vermittelt und erworben werden, und die für die bildungsspezifischen Ausprägungen der GMF verantwortlich sein könnten: a) Kognitive Fähigkeiten, die es z. B. ermöglichen, Stereotype und Pauschalisierungen besser zu erkennen und kritisch zu hinterfragen, b) soziale Kompetenzen, die sich etwa in Empathie und Perspektivenübernahme ausdrücken können, wobei hier die Kombination ausschlaggebend ist, allein die Fähigkeit zur Perspektivübernahme wirkt sich noch nicht positiv auf das Ausmaß der GMF aus, Heyder (2003) fand diese Fähigkeit überraschenderweise bei den niedrig Gebildeten stärker ausgeprägt. Erst die Fähigkeit zur emotionalen Anteilnahme bewirkt den positiven Effekt. c) Wertorientierungen, wie sie sich in der Erziehung zu Toleranz und Leistungstreben zeigen, aber auch in der Neigung zum Konformismus, die durch ein längeres Verweilen in Bildungsinstitutionen gefördert werden könnte; die Bereitschaft, sich an herrschenden Normen zu orientieren könnte im Fall von öffentlich stark sanktionierten Vorurteilen, wie etwa dem Antisemitismus, im positiven Sinne dazu führen, diesen weniger zuzustimmen (s. dazu ausführlicher Hopf 1999). Schließlich geht mit höherer Bildung in der Regel auch d) ein höherer sozialer Status einher, der Ansehen, Wohlstand und Absicherung verspricht, wodurch schwache Gruppen weniger als vermeintliche Konkurrenz erscheinen können.

Die Analysen zeigten jedoch erstens: Das formale Bildungsniveau hat anders als erwartet, keinen Einfluss auf die Perspektivenübernahme und die Empathie – niedriger Gebildeten waren empathischer als höher Gebildete –, also auf soziale Kompetenzen, die mehr Menschenfreundlichkeit versprechen. Überraschenderweise hat das formale Bildungsniveau auch keinen Einfluss auf die Leistungsorientierung. Bestätigt hat sich hingegen, dass sich mit zunehmendem formalen Bildungsniveau in der Tat die kognitiven Fähigkeiten und der soziale Status verbessern, umgekehrt aber anders als oben vermutet, die Neigung zum Konformismus abschwächt. Zweitens wird deutlich, dass die Fähigkeit zu Perspektivenübernahme auch keinen Einfluss auf das Ausmaß der GMF hat. Wichtiger ist hier die Fähigkeit zur emotionalen Anteilnahme, die sich in der Empathie spiegelt. Kognitive Fähigkeiten vermindern das Ausmaß von Vorurteilen, doch ist die Wirkung überraschend gering; so spielen sie etwa beim Antisemitismus und der Homophobie keine Rolle. Ähnliches gilt für den sozialen Status, der am ehesten noch vor Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie schützt. Die deutlichste Wirkung hat der Konformismus: Je höher die Neigung sich konform zu verhalten, desto höher die Menschenfeindlichkeit (Heyder 2003).

In Hessen, wie auch in den übrigen alten und den neuen Bundesländern, hat die Schulbildung einen ganz erheblichen Einfluss auf sämtliche Elemente der GMF. Befragte mit höherer Schulbildung, d. h. mit Fachabitur, Abitur oder einem abgeschlossenen Studium äußern gegenüber allen in der GMF angesprochenen schwachen Gruppen die geringsten Vorurteile. Befragte mit niedriger Schulbildung, d. h. mit Volks- oder Hauptschulabschluss oder ganz ohne Schulabschluss äußern oft die meisten Vorurteile. Dieser Befund zeigt sich auch über die Zeit hinweg, jedoch fällt beim Zeitvergleich auf, dass die Werte derjenigen Befragten in Hessen, die über einen höheren oder mittleren Schulabschluss verfügen, stabil bleiben, während die feindlichen Einstellungen der hessischen Befragten mit niedriger Schulbildung leicht rückläufig sind. Dieses Ergebnis steht nicht im Einklang mit den Befunden für die übrigen alten und die neuen Bundesländer, in denen in allen Gruppen eher eine rückläufige Tendenz auszumachen ist.

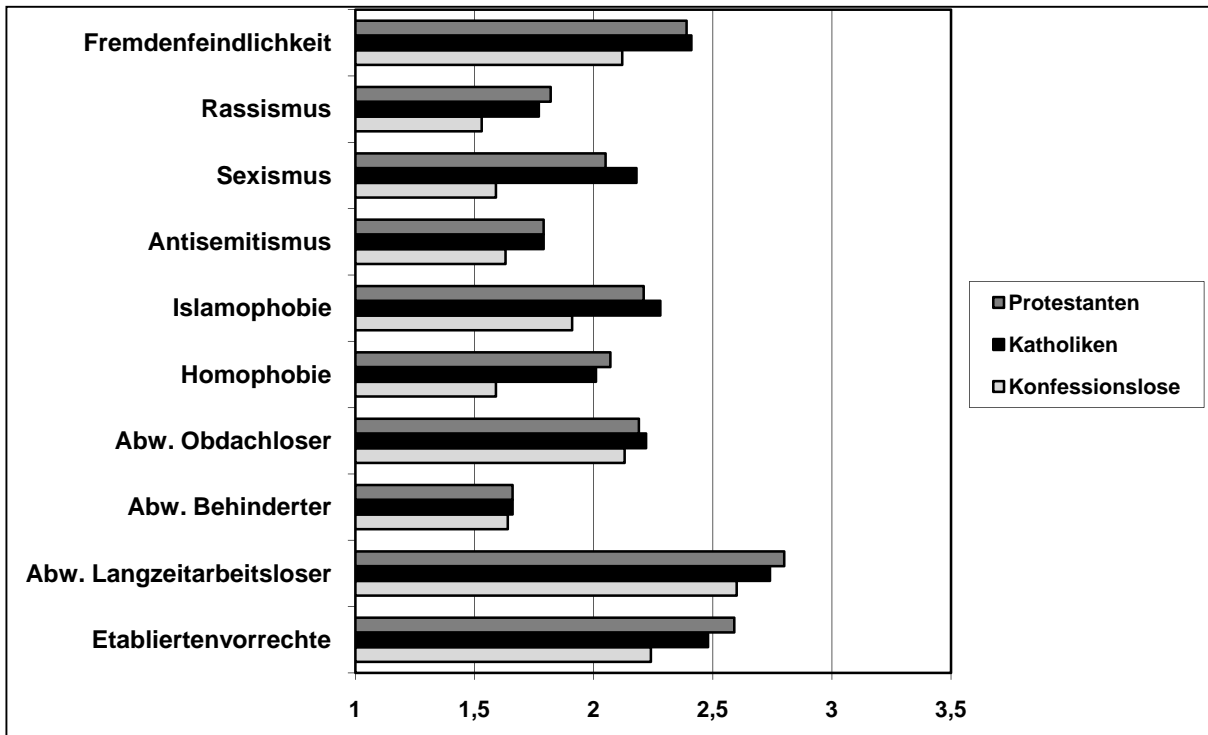
4.4 Religion

Wie sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, spielt die Religionszugehörigkeit eine nicht unerhebliche Rolle für das Ausmaß der Zustimmung zur GMF (Küpper/Zick, 2006). Angehörige einer der beiden großen christlichen Konfessionen erwiesen sich über ganz Deutschland hinweg im Vergleich zu Konfessionslosen als feindseliger. Auch in Hessen unterscheiden sich Christen und Konfessionslose signifikant voneinander. In der vorliegenden Stichprobe sind 24,4% der Hessen katholisch (nach Gewichtung 24,2%), 52,1 sind protestantisch³⁷ (nach Gewichtung 57,4%) und 23,4% (nach Gewichtung 18,5%) gehören keiner Konfession an. Eine verschwindende Minderheit in unserer Stichprobe von Befragten mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund gehört einer anderen christlichen oder nicht-christlichen Glaubensgemeinschaft an. In den folgenden Vergleich konnte diese Minderheit nicht einbezogen werden.

Abbildung 7 gibt die Ergebnisse getrennt für Protestanten, Katholiken und Konfessionslose in Hessen wieder.

³⁷ Protestantisch meint hier evangelisch Landeskirchlich.

Abbildung 7: Ausmaß der Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der Konfessionszugehörigkeit in Hessen



Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

Mit Ausnahme der Abwertung Behinderter, Obdachloser und Langzeitarbeitsloser, bei der sich kein signifikanter Unterschied zeigt, und dem Antisemitismus, bei dem sich nur die protestantischen von den konfessionslosen Befragten unterscheiden, ist das Ausmaß der GMF bei den Angehörigen der beiden großen christlichen Konfessionen stets signifikant höher als bei den Konfessionslosen³⁸.

Wird die Entwicklung der GMF über die Zeit betrachtet, so zeigt sich zwischen 2002 und 2005 nur für islamophobe Vorurteile kein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen. Ansonsten erweisen sich in diesem Zeitraum in Hessen die protestantischen Befragten als besonders feindlich, sie erreichen bei den übrigen über die Zeit zu betrachtenden GMF-Elementen mit Ausnahme des Sexismus, signifikant höhere Werte als die Konfessionslosen. Für Rassismus und Etabliertenvorrechte sind die Werte auch höher als die der katholischen Befragten. Sexistische Einstellungen werden von katholischen Befragten signifikant häufiger vertreten als von Konfessionslosen³⁹.

Für den Zeitraum 2006-2010 zeigt sich ein verändertes Bild. Nur im Bezug auf Antisemitis-

³⁸ Die protestantischen und katholischen Befragten weisen signifikant höhere Werte auf für Fremdenfeindlichkeit ($p < .01$), Rassismus (ev. $p < .001$, kath. $p < .01$), Islamophobie ($p < .001$), Etabliertenvorrechte (ev. $p < .001$; kath. $p < .05$), Sexismus ($p < .001$) und Homophobie (ev. $p < .001$; kath. $p < .01$). Die protestantischen Befragten weisen zudem signifikant höhere Werte für Antisemitismus ($p < .05$) auf, als die Konfessionslosen.

³⁹ In 2002-2005 unterscheiden sich die protestantischen Befragten signifikant von den katholischen im Bezug auf: Rassismus ($p < .05$) und Etabliertenvorrechte ($p < .05$). Die protestantischen Befragten unterscheiden sich signifikant von den Konfessionslosen im Bezug auf: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus ($p < .01$), Etabliertenvorrechte und Antisemitismus ($p < .05$). Die Katholiken unterscheiden sich signifikant von den Konfessionslosen im Bezug auf Sexismus ($p < .05$).

mus besteht kein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen. Die Katholiken weisen durchweg die höchsten Werte auf. Zwischen Protestanten und Katholiken besteht nur im Bezug auf Fremdenfeindlichkeit ein signifikanter Unterschied, hier liegen die Katholiken auch signifikant über den Konfessionslosen. Alle anderen GMF-Elemente sind bei Protestanten und Katholiken signifikant höher ausgeprägt als bei Konfessionslosen.

Interessant erweist sich auch der Blick auf die Veränderungen innerhalb der Gruppen. Signifikante Rückgänge sind für die protestantischen Befragten bezüglich fremdenfeindlicher, rassistischer und antisemitischer Einstellungen zu verzeichnen sowie für antisemitische Vorurteile bei den Konfessionslosen. Für die Katholiken ist entgegen dem deutschlandweiten Trend⁴⁰ keine rückläufige Tendenz der GMF auszumachen, im Gegenteil kommt es sogar bezüglich der Elemente Rassismus und Etabliertenvorrechte zu einer signifikanten Zunahme⁴¹. Auch für fremdenfeindliche Einstellungen ist eine Zunahme zu verzeichnen, diese fällt jedoch statistisch nicht signifikant aus. Tabelle 26 gibt die Ergebnisse für Hessen im Zeitvergleich wieder.

Tabelle 26: Ausmaß der Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der Konfession in Hessen im Zeitvergleich

	Katholisch		Evangelisch		Konfessionslos	
	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010
Fremdenfeindlichkeit	2,32	2,51	2,52	2,24***	2,14	2,10
Rassismus	1,68	1,87*	1,88	1,74*	1,59	1,47
Antisemitismus	1,84	1,74	1,90	1,65***	1,62	1,63
Sexismus (ab2003)	2,28	2,09	2,04	2,06	1,77	1,48**
Islamophobie	2,26	2,31	2,20	2,22	1,99	1,86
Etabliertenvorrechte	2,39	2,60*	2,64	2,53	2,30	2,19

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

Insgesamt bestätigt sich auch hier das gesamtdeutsche Ergebnis, dass konfessionslose Befragte am wenigsten zur Abwertung schwacher Gruppen neigen. In der hessischen Stichprobe unterscheiden sich die Konfessionslosen in 2006-2010 (bzw. 2005/2007-2010) signifikant von den Katholiken und Protestanten durch niedrigere rassistische, islamophobe, homopho-

⁴⁰ Signifikanter Rückgang der feindlichen Einstellungen in den übrigen alten Bundesländern bei Evangelen: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ($p < .01$), Sexismus und Antisemitismus ($p < .001$); Katholiken: Etabliertenvorrechte ($p < .01$), Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Antisemitismus ($p < .01$); Konfessionslose: Antisemitismus ($p < .01$).

Signifikanter Rückgang der feindlichen Einstellungen in den neuen Bundesländern: bei Evangelen: Sexismus ($p < .01$), Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ($p < .001$); Katholiken: Etabliertenvorrechte ($p < .05$), Fremdenfeindlichkeit und Sexismus ($p < .01$) sowie Antisemitismus ($p < .001$); Konfessionslose: Rassismus und Etabliertenvorrechte ($p < .05$), Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und Antisemitismus ($p < .001$).

⁴¹ Die Zunahme ist für die GMF Elemente Rassismus und Etabliertenvorrechte signifikant bei $p < .05$.

be und sexistische Einstellungen, sie fordern seltener Etabliertenvorrechte ein und weisen signifikant geringere fremdenfeindliche Einstellungen auf als die katholischen Befragten. Wie Auswertungen für Gesamtdeutschland gezeigt haben (Küpper/Zick, 2006), steht hinter den beschriebenen Unterschieden bezüglich menschenfeindlicher Einstellungen ein unterschiedliches Ausmaß an Religiosität. D. h., es ist nicht die Konfessionszugehörigkeit per se, sondern die höhere Religiosität, die für die stärkere Bereitschaft Feindseligkeiten zuzustimmen verantwortlich ist. Insbesondere die Überzeugung der eigene Glaube sei anderen Religionen überlegen steht im Zusammenhang mit einer stärkern Ausprägung von GMF.

Ähnlich wie im übrigen Deutschland offenbart sich auch in Hessen, dass Religion nicht vor Menschenfeindlichkeit schützt. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen erweisen sich im Gegenteil eher bereit als Konfessionslose, rassistischen, islamophoben, homophoben und sexistischen Aussagen zuzustimmen und neigen verstärkt dazu Etabliertenvorrechte einzufordern. In der Tendenz erweisen sie sich für alle GMF-Elemente feindseliger.

Im Zeitvergleich zeigt sich, dass vor allem die feindlichen Einstellungen der Katholiken in Hessen stabil geblieben sind, Rassismus und die Einforderung von Etabliertenvorrechten haben in dieser Gruppe sogar signifikant zugenommen.

4.5 Politische Orientierung und Parteipräferenz

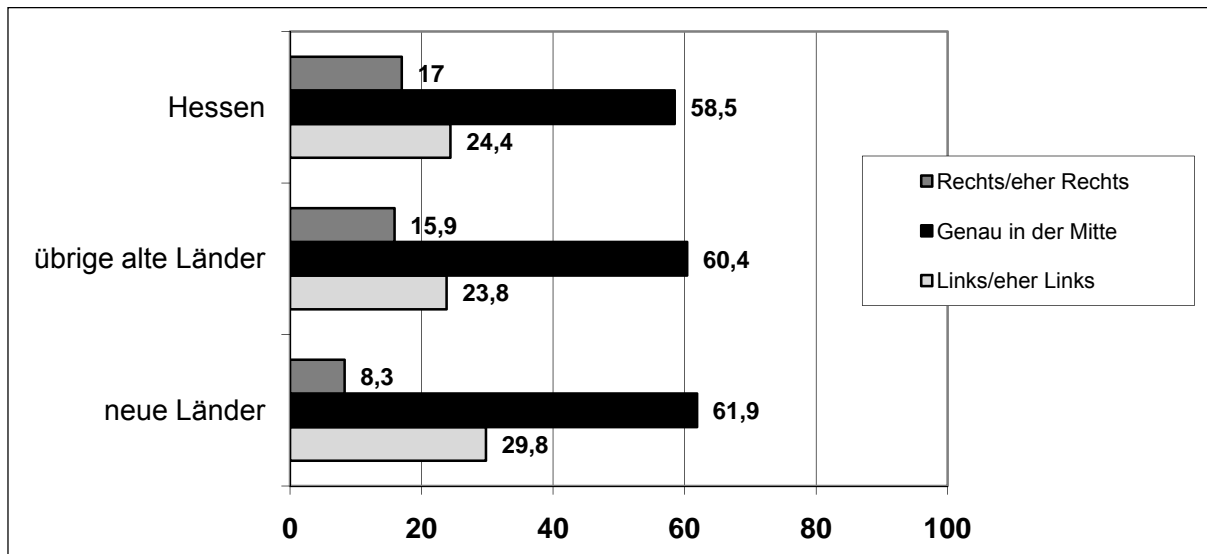
Dass feindliche Mentalitäten keineswegs nur gesellschaftliche Randprobleme darstellen, sondern in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet sind, zeigt sich auch, wenn die Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der politischen Orientierung der Befragten untersucht wird.

In den GMF-Surveys wird die politische Einstellung über die Rechts-Links-Einstufung definiert⁴². Dabei rechnet sich immer eine deutliche Mehrheit der Befragten der politischen Mitte zu. Im gesamten Erhebungszeitraum verorten sich von den hessischen Befragten 24,4% (n=247) links oder eher links, 58,5% (n=592) genau in der Mitte und 17% (n=172) rechts oder eher rechts⁴³. In Abbildung 8 ist die politische Selbstverortung der Befragten aus allen bisherigen GMF-Surveys dargestellt.

⁴² „Viele Leute verwenden die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, wenn es darum geht unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, würden sie sich selbst als links, eher links, genau in der Mitte, eher rechts oder rechts einstufen?“; für die weiteren Analysen wurden die Kategorien links und eher links sowie rechts und eher rechts zu jeweils einer Kategorie zusammengefasst.

⁴³ Politische Selbstverortung in den übrigen alten Bundesländern: 23,8% (n=2571) links oder eher links, 60,4% (n=6533) genau in der Mitte und 15,9% (n=1715) rechts oder eher rechts verorten. In den übrigen alten Ländern sind alle Unterscheide signifikant. In den neuen Ländern: 29,8% (1831) links oder eher links, 61,9% (3806) genau in der Mitte und 8,3% (510) rechts oder eher rechts. In den neuen Ländern zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen rechts und der Mitte bezüglich Behindertenabwertung und Sexismus.

Abbildung 8: Politische Selbstverortung in Hessen den übrigen alten und den neuen Bundesländern

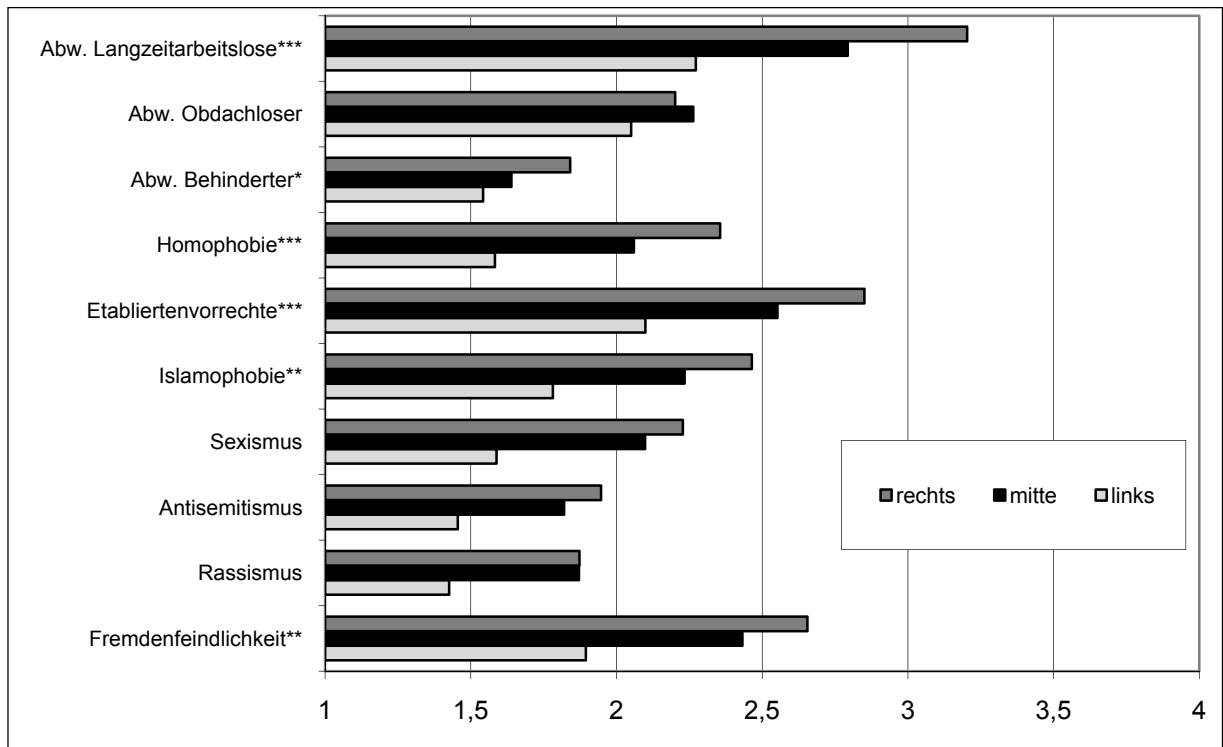


Anm.: Angaben in Prozent.

Personen die sich der politischen Mitte zuordnen, empfinden sich normativ und deskriptiv als normal, das heißt, sie sind häufiger als andere der Meinung, so zu denken wie die meisten Menschen und so zu leben, wie es richtig und üblich ist (Zick 2005). Zick (2005) konnte zeigen, dass sich ein nahezu linearer Trend ergibt, wenn die Ausprägung der GMF in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung betrachtet wird: die Werte nehmen in der Regel von links über die Mitte nach rechts deutlich zu. Zwar scheinen die Befragten, die sich selber der politischen Mitte zurechnen, weniger anfällig für menschenfeindliche Einstellungen als diejenigen, die sich rechts verorten, im Ausmaß der geäußerten Vorurteile sind sie dennoch den Rechten näher als den Linken. Dieses Ergebnis zeigt sich auch für Hessen⁴⁴ (vgl. Abbildung 9).

⁴⁴ Personen die sich links oder eher links zuordnen weisen stets signifikant geringere Werte auf als die die sich rechts oder eher rechts ($p < .001$) verorten. Wer sich links oder eher links verortete weist auch geringere Werte auf als Personen die sich in der Mitte verorten, nur für Behindertenabwertung besteht zwischen links und Mitte kein signifikanter Unterschied (Obdachlosenabwertung $p < .01$, ansonsten $p < .001$).

Abbildung 9: Ausmaß der Zustimmung zu den GMF-Elementen in Abhängigkeit von der politischen Einstellung in Hessen



Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung; Signifikanzangaben in der Abbildung beziehen sich auf Unterschiede zwischen Mitte und Rechts.

Die hessischen Befragten, die sich der politischen Mitte zuordnen, unterscheiden sich in ihren Zustimmungen zu Rassismus, Antisemitismus, Obdachlosenabwertung und Sexismus nicht signifikant von den Befragten, die sich selber rechts oder eher rechts verorten. Feindliche Mentalitäten sind also auch in Hessen in der politischen Mitte deutlich ausgeprägt. Die Gefahr hierbei liegt darin, dass die Mitte extreme Einstellungen vertreten kann, die als normal empfunden werden, nur weil sie von vielen geteilt werden. Diese empfundene Normalität kann zur Legitimierung von Vorurteilen und feindlichen Mentalitäten dienen (Zick 2005), denn was als normal gilt, kann nur noch schwer problematisiert werden.

Zusätzlich zur politischen Orientierung, wird im GMF-Survey auch regelmäßig die Parteipräferenz über die Sonntagsfrage erhoben, die Befragten werden also gebeten, anzugeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Da es für Hessen in diesem Rahmen nur möglich ist, die potenziellen WählerInnen der beiden großen Volksparteien CDU/CSU oder SPD zu vergleichen, da die Stichprobengröße für die kleineren Parteien nicht ausreicht, und insgesamt gesehen auch stets die überwiegende Mehrheit der Befragten, und hier insbesondere diejenigen, die sich auch in der politischen Mitte verorten⁴⁵, angibt eine dieser beiden Parteien wählen zu wollen, soll im Weiteren das Aus-

⁴⁵ In Hessen verorten sich von den CDU/CSU-WählerInnen 5,9% (n=19) links oder eher links, 63,7% (n=204) genau in der Mitte und 30,4% (n=97) rechts oder eher rechts. SPD-WählerInnen verorten sich zu 43,1% (n=89) links oder eher links, zu 51,4% (n=106) genau in der Mitte und zu 5,5% (n=11) rechts oder eher rechts.

maß der GMF in den Wählergruppen von CDU/CSU und SPD betrachtet werden.

In Hessen würden 47,1% (n=322) der Befragten die CDU/CSU wählen, 30,3% (n=207) gäben ihre Stimme der SPD. In den übrigen alten Ländern würden 43,7% (n=3325) CDU/CSU und 32,6% (n=2478) SPD wählen, in den neuen Ländern gäben 39,8% (1615) ihre Stimme der CDU/CSU und 27,8% (n=1128) der SPD.

Tabelle 27 gibt die Mittelwerte der GMF in Abhängigkeit von der Parteipräferenz in Hessen wieder.

Tabelle 27: Mittelwerte der GMF-Elemente in Abhängigkeit von der Parteipräferenz in Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern

	Hessen		Übrige alte Bundesländer		Neue Bundesländer	
	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD
Fremdenfeindlichkeit	2,48	2,19**	2,51	2,24***	2,78	2,45***
Rassismus	1,91	1,66**	1,88	1,71***	2,0	1,82***
Antisemitismus	1,79	1,68	1,85	1,65***	1,77	1,7
Sexismus (ab2003)	2,27	1,91**	2,25	1,95***	2,06	1,77***
Islamophobie	2,37	2,0***	2,24	2,04***	2,39	2,06***
Etabliertenvorrechte	2,54	2,41	2,59	2,42***	2,63	2,35***
Homophobie (ab2005)	2,25	1,87**	2,26	1,86***	2,22	1,88***
Obdachlosenabwertung (ab2005)	2,26	2,16	2,31	2,23*	2,44	2,32*
Behindertenabwertung (ab 2005)	1,79	1,6	1,71	1,58***	1,71	1,66
Abw. Langzeitarbeitsloser (ab 2007)	2,9	2,62	2,79	2,69	2,84	2,54***

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

In beiden Gruppen sind menschenfeindliche Einstellungen verbreitet, insbesondere die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, die Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie fremdenfeindliche Einstellungen fallen in beiden Gruppen verhältnismäßig hoch aus. Dennoch wird deutlich, dass die hessischen Befragten, die angeben CDU/CSU wählen zu wollen, feindlicher eingestellt sind als diejenigen, die angeben sie würden SPD wählen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Islamophobie und Homophobie sind unter den

In den übrigen alten Bundesländern sind es 8,2% (n=264) der CDU/CSU-Wählerinnen die sich links oder eher links verorten, 60,3% (n=1952) die sich genau in der Mitte und 31,5% (n=1019) die sich rechts oder eher rechts verorten. SPD-WählerInnen verorten sich in den übrigen alten Ländern zu 40% (n=966) links oder eher links, zu 54,4% (n=1314) genau in der Mitte und zu 5,6% (n=135) rechts oder eher rechts.

In den neuen Bundesländern sind es 12,3% (n=192) der CDU/CSU-Wählerinnen die sich links oder eher links verorten, 72,7% (n=1135) die sich genau in der Mitte und 15% (233) die sich rechts oder eher rechts verorten. SPD-WählerInnen verorten sich in den neuen Bundesländern zu 42,9% (n=474) links oder eher links, zu 54,4% (n=601) genau in der Mitte und zu 2,7% (n=30) rechts oder eher rechts.

CDU/CSU-WählerInnen signifikant stärker verbreitet. Die beiden Wählergruppen unterscheiden sich nicht in ihren Einstellungen bezüglich des Antisemitismus und der Einforderung von Etabliertenvorrechten sowie gegenüber Langzeitarbeitslosen, Obdachlosen und Behinderten. Auch in den übrigen alten und den neuen Bundesländern wiederholt sich der Befund, dass die CDU/CSU-WählerInnen feindlichere Einstellungen vertreten als die SPD-WählerInnen.

In den übrigen alten Bundesländern zeigt sich lediglich für die Abwertung von Langzeitarbeitslosen kein Unterschied zwischen den Wählergruppen und in den neuen Ländern unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht im Bezug auf antisemitische Einstellungen und die Abwertung von Behinderten.

Wird der Blick auf die Unterschiede zwischen Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern gelenkt, so zeigt sich, dass unter den CDU/CSU-WählerInnen in Hessen Obdachlosenabwertung und Fremdenfeindlichkeit signifikant geringer und sexistischen Einstellungen signifikant höher ausfallen als in den neuen Ländern⁴⁶. Hessen und die übrigen alten Länder unterscheiden sich nur signifikant bezüglich islamophober Einstellungen, die von hessischen CDU/CSU-WählerInnen signifikant stärker vertreten werden⁴⁷. SPD-WählerInnen in Hessen sind weniger rassistisch und fremdenfeindlich, als SPD-WählerInnen in den neuen Ländern⁴⁸. Die CDU/CSU-WählerInnen in den übrigen alten Bundesländern unterscheiden sich von denen in den neuen Ländern signifikant bezüglich fremdenfeindlicher, rassistischer, antisemitischer, sexistischer, islamophober Einstellungen und der Abwertung von obdachlosen Menschen, wobei nur sexistische und antisemitische Einstellungen in den übrigen alten Ländern stärker vertreten werden⁴⁹.

Die Wähler und Wählerinnen der beiden großen Volksparteien vertreten in Hessen wie auch in den übrigen alten und den neuen Bundesländern nicht selten menschenfeindliche Einstellungen. Dabei äußern Befragte, die angeben CDU/CSU wählen zu wollen, stets mehr Zustimmung zu feindlichen Aussagen. In Hessen sind die islamophoben Einstellungen unter den WählerInnen der beiden Volksparteien und insbesondere bei WählerInnen der CDU/CSU weit verbreitet, aber auch Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie, die Einforderung von Etabliertenvorrechten und die Abwertung von obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen sind unter den CDU/CSU-WählerInnen in Hessen stark verbreitet.

⁴⁶ Fremdenfeindlichkeit bei $p < .001$, Sexismus und Obdachlosenabwertung bei $p < .01$.

⁴⁷ Bei $p < .05$.

⁴⁸ Fremdenfeindlichkeit $p < .001$; Rassismus $p < .05$.

⁴⁹ Antisemitismus bei $p < .01$; alle anderen Unterschiede signifikant bei $p < .001$.

In Hessen, wie in den übrigen alten und den neuen Bundesländern, sind menschenfeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft stark verbreitet.

Gerade für die präventive Arbeit liegt hier eine besondere Herausforderung, denn es gilt die Aufmerksamkeit nicht nur auf den rechten oder linken Rand einer Gesellschaft zu richten, sondern gerade auch dort aufmerksam zu bleiben oder zu werden, wo vermeintliche Normalität feindliche Mentalitäten überdeckt.

5. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt

Rechtsextremistische Straftaten haben, nach der polizeilichen Kriminalstatistik zu urteilen, in den letzten Jahren drastisch zugenommen (Sitzer/Heitmeyer 2007). Zwar können rechtsextreme Gruppen ohne Wahlerfolge auskommen, aber nicht ohne Stimmung in der Bevölkerung, die sie als Legitimationsgrundlage verwenden. Die GMF spiegelt das Ausmaß und die Qualität dieser Stimmung in der Bevölkerung wieder. Angenommen wird, dass ein menschenfeindliches Klima letztlich auch menschenfeindliches Verhalten wahrscheinlicher macht. In ihrer schärfsten Form zeigt sich Menschenfeindlichkeit in Gewalt gegen andere. Auch wenn Einstellungen und Verhalten keineswegs in einem einfachen 1:1-Verhältnis stehen, und auch wenn vorurteilige Einstellungen nicht unmittelbar in gewalttätige Handlungen münden, geschehen menschenfeindliche Taten vor einem menschenfeindlichen Hintergrund und Täter beziehen sich nicht selten auf Meinungen, die von Vielen vermeintlich oder tatsächlich geteilt werden. Beispielsweise stehen hinter rechtsextremen Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund, neben anderen Motiven, nicht selten auch fremdenfeindliche oder antisemitische Motive. Eine Täterstudie von Wahl et al. (2001) weist nach, dass das Ausmaß an Vorurteilen und rassistischen Einstellungen unter den Tätern weitaus höher ist, als es in offiziellen Berichten nachgezeichnet werden kann.

Menschenfeindliche Einstellungen sind geradezu ein Kennzeichen rechtsextremer Weltbilder, die in Gewalt gegenüber schwachen Gruppen münden können (Zick/Küpper 2006b). Die folgende Auswertung wirft einen kurzen Blick auf das Ausmaß von Gewaltbilligung und –bereitschaft in Hessen.

5.1 Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft in Hessen

Im GMF-Survey wird jährlich das Ausmaß von Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft erfasst. Tabelle 28 gibt die Zustimmungsprozente für diese beiden Einstellungsmuster im Zeitverlauf wieder.

Tabelle 28: Häufigkeit der Zustimmung zur Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft in Hessen und dem übrigen Deutschland

Stimme...			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Gewaltbilligung							
Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.	Hessen	02-05	45,4	33,5	11,2	9,9	21,1
		06-10	50,7	37,3	6,2	5,9	12,1**
	Übrige alte Länder	02-05	45,6	35,1	11,3	7,9	19,2
		06-10	53,5	30,2	10,1	6,2	16,3***
	Neue Länder	02-05	39,9	38,5	12,0	9,3	21,3
		06-10	46,8	33,4	10,3	9,5	19,8***
Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden.	Hessen	02-05	54,7	33,8	8,5	3,0	11,5
		06-10	57,2	37,6	3,5	1,6	5,1*
	Übrige alte Länder	02-05	56,8	34,0	5,9	3,3	9,2
		06-10	64,4	27,9	4,3	3,3	7,6***
	Neue Länder	02-05	53,9	34,8	6,7	4,6	11,3
		06-10	59,6	31,3	4,9	4,3	9,2***
Gewaltbereitschaft							
Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt.	Hessen	02-05	49,0	32,9	11,0	7,1	18,1
		06-10	51,1	37,3	9,5	2,1	11,6*
	Übrige alte Länder	02-05	51,6	31,8	10,0	6,5	16,5
		06-10	54,6	31,0	9,3	5,1	14,4***
	Neue Länder	02-05	47,5	33,6	11,6	7,3	18,9
		06-10	48,7	33,3	10,6	7,4	18,0***
Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.	Hessen	02-05	48,5	36,3	10,4	4,5	14,9
		06-10	55,3	35,7	6,5	2,5	9,0**
	Übrige alte Länder	02-05	57,3	32,0	7,1	3,7	10,8
		06-10	60,2	30,0	6,2	3,5	9,7**
	Neue Länder	02-05	49,6	34,8	9,2	6,4	15,6
		06-10	54,6	33,3	7,2	4,8	12,0

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Veränderungen der Mittelwerte über die Zeit.

Es zeigt sich für Hessen das folgende Bild: Im Zeitraum von 2002-2005 äußern sich knapp 20% der hessischen Befragten zustimmend, im Bezug auf die Aussage, dass es, wenn andere sich bei uns breit machen wollen, angemessen sei, durch Gewalt zu zeigen, wer Herr im Hause ist. 11,5% befürworten es, durch Anwendung von Gewalt klare Verhältnisse zu schaffen. Ähnlich verhält es sich bezüglich der berichteten Bereitschaft Gewalt selber auszuüben. So meinen 18% der Hessen „Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt“ und 15% sind der Ansicht, dass man manchmal Gewalt einsetzen muss, um nicht den Kürzeren zu ziehen. Damit unterscheiden sich die hessischen Befragten kaum von denen in den neuen Ländern, die Werte liegen aber deutlich über denen in den übrigen alten Bundesländern⁵⁰. Im späteren Zeitraum nehmen fast alle Werte in den drei Gruppen signifikant ab, nur in den neuen Bundesländern bleibt der Wert für die Aussage „manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen“ stabil. Die Befragten in Hessen stimmen in 2006-2010 keiner der Aussagen mit deutlich mehr als 10% zu, für die Aussage „durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden“ beträgt die Zustimmung nur noch 5%. Weiter besteht kein Unterschied mehr zwischen den übrigen alten Ländern und Hessen, die neuen Länder weisen jedoch signifikant höhere Werte auf⁵¹.

Insgesamt billigen nur wenige Befragte Gewalt und/oder äußern die Bereitschaft sie selber auszuüben. Dieses Ergebnis wird noch deutlicher, wenn die Mittelwerte der entsprechenden Skalen und nicht mehr die Zustimmung zu den Einzelaussagen betrachtet werden (vgl. Tabelle 29).

Tabelle 29: Mittelwerte Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft

	Hessen		Übrige alte Länder		Neue Länder	
	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010	2002-2005	2006-2010
Gewaltbilligung	1,73	1,59**	1,69	1,58***	1,77	1,68***
Gewaltbereitschaft	1,74	1,59**	1,64	1,59***	1,75	1,7**

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Veränderungen über die Zeit.

Hier wird der signifikante Rückgang im Ausmaß der Gewaltbilligung und -bereitschaft im Zeitverlauf in allen drei Gruppen deutlich. Insgesamt rangieren die Mittelwerte zwar auf relativ niedrigem Niveau, in 2002-2005 weist Hessen jedoch noch vergleichsweise hohe Mittelwerte auf und unterscheidet sich nicht signifikant von den neuen Bundesländern, während

⁵⁰ In 2002-2005 weisen die übrigen alten Länder signifikant geringere Mittelwerte auf als Hessen ($p < .05$) und als die neuen Länder ($p < .001$).

⁵¹ In 2006-2010 weisen die neuen Länder signifikant höhere Mittelwerte auf als die alten Länder ($p < .001$) und Hessen ($p < .05$).

die Gewaltbereitschaft in diesem Zeitraum in Hessen signifikant stärker ausgeprägt ist als in den übrigen alten Bundesländern⁵². In den neuen Bundesländern sind beide Einstellungsmuster signifikant stärker verbreitet als in den übrigen alten Bundesländern⁵³.

Da die Zustimmung zu den beiden Einstellungsmustern im Zeitverlauf deutlich abnimmt, unterscheiden sich die Werte in den übrigen alten Bundesländern und Hessen in 2006-2010 nicht mehr signifikant voneinander. Die Zustimmung in den neuen Ländern ist zwar ebenfalls deutlich gesunken, bleibt jedoch signifikant höher als in den übrigen alten Bundesländern und unterscheidet sich jetzt auch signifikant von Hessen⁵⁴.

Für Hessen zeigt sich eine deutliche Abnahme der Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft im Zeitverlauf. In 2006-2010 stimmen noch um die 10% der hessischen Befragten den entsprechenden Aussagen zu. Damit unterscheidet sich Hessen nicht signifikant von den übrigen alten Bundesländern im Ausmaß der Gewaltbilligung und -bereitschaft, wohl aber von den neuen Bundesländern: auch Gewaltbilligung und -bereitschaft finden in den neuen Ländern am meisten Zustimmung.

Allgemein gilt: Wer Gewalt billigt und/oder selbst bereit ist Gewalt anzuwenden, ist auch feindseliger gegenüber schwachen Gruppen eingestellt.

⁵² Bei $p < .05$.

⁵³ Bei $p < .001$.

⁵⁴ Signifikant verschieden von Hessen bei $p < .05$ und von den übrigen alten Bundesländern bei $p < .001$.

5.2. Gewaltbilligung und -bereitschaft in den hessischen Regierungsbezirken

Werden die hessischen Regierungsbezirke hinsichtlich der Ausprägung von Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft betrachtet, dann zeigt sich ein eher uneinheitliches Bild (Tabelle 30).

Tabelle 30: Häufigkeit der Zustimmung zur Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft in den hessischen Regierungsbezirken

Stimmeüberhaupt nicht	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Gewaltbilligung						
Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.	Darmstadt	51,6	34,2	9,1	5,1	14,2
	Gießen	41,5	40,6	9,3	8,6	17,9
	Kassel	44,0	33,5	7,9	14,6	22,5
Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden.	Darmstadt	56,5	36,2	6,1	1,1	7,2
	Gießen	51,9	35,1	7,6	5,4	13,0
	Kassel	57,3	34,5	5,4	2,8	8,2
Gewaltbereitschaft						
Wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt.	Darmstadt	53,4	32,0	10,7	3,8	14,5
	Gießen	42,4	38,2	12,3	7,0	19,3
	Kassel	47,7	39,2	7,8	5,3	13,1
Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen.	Darmstadt	53,7	36,3	7,2	2,8	10,0
	Gießen	51,1	35,3	8,4	5,2	13,6
	Kassel	47,1	36,5	12,2	4,2	16,4

Anm.: Häufigkeit der Zustimmung, Angaben in Prozent.

Die Aussage „wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist“, findet vor allem im Regierungsbezirk Kassel Zustimmung, 22% der Befragten in diesem Regierungsbezirk äußern sich zustimmend und damit signifikant mehr als im Regierungsbezirk Darmstadt⁵⁵.

Die Zustimmung zur zweiten Aussage zur Gewaltbilligung findet hingegen im Regierungsbezirk Gießen die stärkste Zustimmung, ebenfalls signifikant verschieden von Darmstadt⁵⁶.

Ähnlich sieht es für die Gewaltbereitschaft aus. Die Befragten in Gießen stimmen signifikant eher der Aussage zu „wenn mich jemand beleidigt, kann es ihm passieren, dass er sich eine fängt“ als die Befragten im Regierungsbezirk Darmstadt⁵⁷. Dafür sind die Befragten im Regie-

⁵⁵ Bei p < .001.

⁵⁶ Bei p < .05.

⁵⁷ Bei p < .05.

rungsbezirk Kassel signifikant eher der Meinung als die Befragten im Regierungsbezirk Darmstadt, manchmal Gewalt einsetzen zu müssen um nicht den Kürzeren zu ziehen⁵⁸.

Werden die Mittelwerte der beiden Skalen zur Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft betrachtet, so zeigt sich ein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Gewaltbilligung zwischen Gießen und Darmstadt⁵⁹ (vgl. Tabelle 31).

Tabelle 31: Mittelwerte Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft

	Darmstadt	Gießen	Kassel
Gewaltbilligung	1,6	1,76	1,73
Gewaltbereitschaft	1,56	1,74	1,75

Anm.: Mittelwerte; 1 = min. Zustimmung, 4 = max. Zustimmung.

Gewaltbereitschaft und –billigung sind demnach auch in den hessischen Regierungsbezirken eher gering ausgeprägt. Der Regierungsbezirk Darmstadt weist meist die geringsten Werte auf, während die Regierungsbezirke Kassel und Gießen teilweise signifikant höhere Ausprägungen aufzeigen, sich von einander jedoch nicht statistisch signifikant unterscheiden.

Beim Blick auf die Mittelwerte der entsprechenden Skalen zeigen sich hinsichtlich der Gewaltbereitschaft keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken, während die Gewaltbilligung in Gießen signifikant stärker ausgeprägt ist als in Darmstadt.

⁵⁸ Bei $p < .05$.

⁵⁹ Bei $p < .05$.

6. Soziale Desintegration als Boden für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Neben dem Ausmaß der Menschenfeindlichkeit erfasst der GMF-Survey auch andere Entwicklungen als Indizien für den Zustand unserer Gesellschaft. Insbesondere das Ausmaß desintegrativer Prozesse steht im Mittelpunkt der Beobachtung. Dahinter steht – der Theorie gesellschaftlicher Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000) folgend und im Einklang mit der sozialpsychologischen Theorie sozialer Identität (Tajfel/Turner 1979) – die Annahme, dass mangelnde Integration und damit auch mangelnde Möglichkeiten, Anerkennung zu gewinnen, die Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen wie etwa Ausländern wahrscheinlicher machen. Kurz gesagt: Wer selbst gefährdet ist, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden oder dies bereits ist nimmt weniger Rücksicht auf andere schwache Gruppen, sucht einen Sündenbock für die eigene schlechte Situation und versucht, über die Abwertung von anderen, sich selbst aufzuwerten. Dabei können drei Ebenen der Integration bzw. der Gefährdung durch Desintegration unterschieden werden:

- a) eine sozial-strukturelle Dimension, bei der es um den Zugang zu materiellen und kulturellen Gütern geht; dieser wird z. B. durch Arbeitslosigkeit oder die Sorge vor Arbeitsplatzverlust eingeschränkt,
- b) eine institutionelle Dimension. Hier geht es um die Möglichkeit der Teilhabechancen an öffentlichen und politischen Entscheidungsprozessen; diese werden etwa durch mangelnde politische Mitsprachemöglichkeiten begrenzt, und
- c) eine sozial-emotionale Dimension, bei der es um die Unterstützung im unmittelbaren privaten Lebensbereich geht, die beispielsweise durch das Gefühl mangelnder enger Bezugspersonen bedroht sein kann.

In den bisherigen Analysen des GMF-Surveys hat sich gezeigt, dass die Bedrohung durch Desintegration in der Tat mit der Abwertung von schwachen Gruppen verknüpft ist. Wer sich sozial bedroht, politisch machtlos und orientierungslos fühlt, äußert mehr Vorurteile (Zick/Küpper 2006a). Befragte, die den Eindruck haben, im Vergleich zu anderen schlecht abzuschneiden, also weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen, und insbesondere jene, die der Ansicht sind, die Deutschen würden im Vergleich zu Ausländern in Deutschland schlechter gestellt sein, erweisen sich als fremdenfeindlicher und eher bereit zur Diskriminierung. Dabei hängt die Wahrnehmung der Schlechterstellung im Vergleich zu anderen nur bedingt mit dem tatsächlichen Einkommen zusammen (Wolf/Schlüter/Schmidt 2006). Das heißt, eine faktisch schlechte Situation und die Sorge vor sozialem Abstieg bzw. die Wahrnehmung von relativer Schlechterstellung müssen nicht immer Hand in Hand gehen und sollten für eine gezielte Intervention sorgfältig auseinander gehalten werden.

6.1 Soziale Desintegration in Hessen

Im Folgenden wird ein Überblick über das Ausmaß der Zustimmung zu den wichtigsten Indikatoren der sozialen Integration/Desintegration in Hessen gegeben. Die Angaben der hessischen Befragten werden wieder mit denen anderer Deutscher verglichen, und es wird über die Verknüpfung von sozialer Desintegration und GMF berichtet. Hierbei ist ein Blick auf die subjektive Wahrnehmung der eigenen finanziellen Lage im Vergleich zu anderen interessant. Darüber hinaus spielt auch der subjektive Eindruck von Partizipationsmöglichkeiten eine Rolle, ganz unabhängig davon, wie gut oder schlecht es um die tatsächlichen Möglichkeiten dazu bestellt ist, sowie die subjektive Wahrnehmung von Unterstützung durch soziale Netzwerke.

Die Tabellen 32 bis 34 geben die Werte für die Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension wieder.

Tabelle 32: Absolute Deprivation in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich – Soziale Desintegration in der sozial-strukturelle Dimension

Ich beurteile ... als		sehr gut	...eher gut	...eher schlecht	...sehr schlecht	negative Beurteilung gesamt
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik	Hessen	02-05	1,5	22,3	54,7	21,5	76,2
		06-10	3,3	44,7	39,7	12,4	52,1***
	Übrige alte Länder	02-05	0,8	21,6	57,6	20,0	77,6
		06-10	2,8	38,6	45,1	13,6	58,7***
	Neue Länder	02-05	0,9	15,8	56,8	26,5	83,3
		06-10	1,3	34,3	48,5	15,9	64,4***
Meine eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation	Hessen	02-05	3,5	61,7	28,3	6,5	34,8
		06-10	6,9	64,1	23,8	5,2	29,0*
	Übrige alte Länder	02-05	5,0	65,2	23,8	6,0	29,8
		06-10	6,7	60,6	26,0	6,7	32,7
	Neue Länder	02-05	2,6	55,5	32,7	9,2	41,9
		06-10	4,2	51,8	33,4	10,6	44,0

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit.

Wenn es um die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage geht, wird ein klarer Unterschied zwischen der Beurteilung der Lage in Deutschland und der persönlichen Situation deutlich: In 2002-2005 beurteilt eine große Mehrheit (76,2%) der Hessen die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik negativ, davon ein Fünftel sogar als sehr schlecht. In Tabelle 32

ist erkennbar, dass sie sich damit nur marginal von den übrigen Deutschen unterscheiden. Dagegen erscheint die eigene finanzielle Situation den meisten nicht ganz so negativ. Hier beurteilt ein Drittel der Hessen (34,8%) die eigene wirtschaftliche Lage als eher oder sehr schlecht, im Vergleich zu 29,8% der Befragten aus den übrigen alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern wird die eigene wirtschaftliche Lage deutlich häufiger als schlecht eingestuft⁶⁰ (41,9%).

In 2006-2010 sind die Werte in Hessen signifikant zurück gegangen, es beurteilt jedoch immer noch über die Hälfte der Befragten die wirtschaftliche Lage der BRD und rund 30% die eigene finanzielle Situation negativ. Für die übrigen alten Länder und die neuen Länder zeigt sich lediglich ein signifikanter Rückgang bezüglich der negativen Bewertung der wirtschaftlichen Lage in der BRD. Die Beurteilung der eigenen finanziellen Situation bleibt für die übrigen alten Länder stabil, fällt sogar, wenn auch nicht signifikant, etwas höher aus. Die Unterschiede zwischen den Gruppen verändern sich nicht, nach wie vor fällt die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation im persönlichen Bereich wie in der BRD in den neuen Ländern signifikant negativer aus.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird insgesamt von einer deutlichen Mehrheit mit Sorge betrachtet, im Zeitverlauf nimmt diese Sorge jedoch deutlich ab, während die eigene finanzielle Situation von einer überwiegenden Mehrheit zwar positiver bewertet wird, über die Zeit jedoch in den neuen Ländern und den übrigen alten Ländern auf hohem Niveau stabil bleibt. Hessen bildet hier die Ausnahme, das Ausmaß der negativen Bewertung der eigenen finanziellen Lage ist in Hessen rückläufig.

Die subjektive Einschätzung der finanziellen Situation korrespondiert in Hessen wie auch im übrigen Deutschland weitgehend mit der objektiven Lage, gemessen am Einkommen: Je geringer das eigene Einkommen, desto schlechter wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland, aber vor allem die eigene finanzielle Situation eingeschätzt. Korrelationsanalysen zeigen für Hessen (wie auch für das übrige Deutschland) einen Zusammenhang zwischen der schlechten Beurteilung der persönlichen finanziellen Situation und feindseliger Einstellungen gegenüber fast allen vom GMF-Syndrom erfassten Gruppen⁶¹.

Interessant ist hier auch der Blick auf die Zukunftserwartungen der Befragten bezüglich ihrer finanziellen Situation (vgl. Tabelle 33).

⁶⁰ In beiden Zeiträumen wird sowohl die wirtschaftliche Lage der BRD als auch die eigene in den neuen Ländern signifikant negativer beurteilt als in Hessen und den übrigen alten Ländern ($p < .01$).

⁶¹ Ausnahmen bilden in Hessen Homophobie und die Abwertung Obdachloser, in den übrigen alten Ländern die Abwertung Behinderter und in den neuen Ländern Sexismus, die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen.

Tabelle 33: Negative Zukunftserwartungen in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich – Soziale Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension

Meine Lage wird sein...	besser	...ungefähr gleich	...schlechter	
Was erwarten Sie für die nächsten 5 Jahre: Wie wird Ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation zu heute sein?	Hessen	02-05	18,9	49,1	31,9
		06-10	19,4	41,5	39,2
	Übrige alte Länder	02-05	20,1	45,5	34,4
		06-10	21,2	43,7	35,1
	Neue Länder	02-05	20,0	43,7	36,3
		06-10	20,0	44,5	35,5

Anm.: Angaben in Prozent.

Im Zeitraum von 2002-2005 erwarten 31,9% der Hessen, dass ihre finanzielle Situation im Vergleich zu heute in 5 Jahren schlechter aussehen wird. Damit unterscheiden sie sich kaum von den übrigen Deutschen. Obwohl die Hessen im späteren Zeitraum 2006-2010 ihre eigene wirtschaftliche Lage signifikant besser beurteilen als im früheren Zeitraum (vgl. Tabelle 32), nimmt die negative Zukunftserwartung zu, der Anstieg erweist sich jedoch als nicht signifikant. Auch für die übrigen alten und die neuen Bundesländer zeigt sich keine statistisch signifikante Veränderung im Zeitverlauf. Die negativen Zukunftserwartungen bleiben somit in allen drei Gruppen über die Zeit hinweg stabil.

Neben der negativen Zukunftserwartung und der in Tabelle 32 berichteten *absoluten Deprivation*, ist immer das Gefühl im Vergleich mit anderen besser oder schlechter abzuschneiden, also die *relative Deprivation* ein entscheidender Faktor, wenn es um das Ausmaß von GMF geht. Unterschieden wird zwischen der individuellen und der kollektiven relativen Deprivation, also dem Vergleich der eigenen Situation mit der Situation anderer oder dem Vergleich der Situation der eigenen Gruppe mit der Situation von Fremdgruppen. Tabelle 34 gibt die entsprechenden Werte im Zeitvergleich wieder.

Tabelle 34: Relative Deprivation in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich – soziale Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension

Einschätzung der eigenen wirtschaftliche Lage im Vergleich zu anderen			Ich erhalte...		
		mehr als meinen gerechten Anteil	...meinen gerechten Anteil	...weniger als meinen gerechten Anteil
Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, erhalten Sie persönlich?	Hessen	02-05	5,9	61,7	32,4
		06-10	3,6	62,3	34,1
	Übrige alte Länder	02-05	4,5	66,2	29,2
		06-10	3,9	57,3	39,9***
	Neue Länder	02-05	4,4	48,7	46,9
		06-10	2,9	42,8	54,3***
Einschätzung der wirtschaftliche Lage der Deutschen im Vergleich zu Ausländern			Die Lage ist...		
		besser	...ungefähr gleich	...schlechter
Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen mit der der in Deutschland lebenden Ausländer vergleichen, wie geht es den Deutschen im Vergleich zu den Ausländern?	Hessen	02-05	28,4	50,5	21,0
		06-10	33,0	47,0	20,0
	Übrige alte Länder	02-05	30,1	49,8	20,1
		06-10	34,6**	44,9	20,5
	Neue Länder	02-05	31,3	39,4	29,3
		06-10	32,1	41,9	26,0

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit.

32,4% der Befragten aus Hessen und 29,2% aus den übrigen alten Bundesländern meinen, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen. In den neuen Bundesländern ist der Anteil derjenigen die hier zustimmen mit 46,9% signifikant höher⁶².

Ähnliches zeigt sich, wenn ein Vergleich zwischen der Lage der Deutschen und der Lage der Ausländer in Deutschland gezogen wird: 21% der Hessen und 20,1% der Befragten aus den übrigen alten Bundesländern sind der Ansicht, die Deutschen schnitten im Vergleich schlechter ab. Aus den neuen Bundesländern sind 29,3% der Befragten dieser Ansicht, ein signifikanter Unterschied besteht nur zwischen den übrigen alten und den neuen Ländern⁶³.

In 2006-2010 zeigen sich für Hessen keine signifikanten Veränderungen. In den übrigen alten und in den neuen Ländern nimmt die individuelle relative Deprivation jedoch signifikant zu. In den neuen Ländern sind nun über die Hälfte der Befragten der Meinung weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, in den übrigen alten Ländern steigt der Wert auf 39,9%.

⁶² Hessen und die übrigen alten Bundesländer unterscheiden sich signifikant bei $p < .001$ von den neuen Ländern.

⁶³ Bei $p < .001$.

Bezüglich der kollektiven relativen Deprivation zeigt sich eine positive Veränderung in den übrigen alten Ländern, hier nimmt der Anteil derer die angeben, die Deutschen schnitten im Vergleich mit den in Deutschland lebenden Ausländern besser ab, signifikant zu.

Die Unterschiede zwischen den Gruppen verändern sich im Zeitverlauf jedoch nicht. Damit fühlen sich die Hessen ähnlich stark depriviert, wie die Befragten aus den übrigen alten Bundesländern, in den neuen Bundesländern sind Deprivationsgefühle jedoch deutlich stärker ausgeprägt. Relative Deprivation hat in Hessen und im gesamten übrigen Deutschland einen hohen Erklärungswert für GMF, die negative Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu Ausländern korreliert nicht nur mit Fremdenfeindlichkeit, sondern auch mit fast allen anderen Elementen des GMF-Syndroms⁶⁴.

Das Gefühl der politischen Machtlosigkeit, als Indikator von Desintegration auf der institutionellen Ebene, ist in Hessen wie in ganz Deutschland auch über die Zeit betrachtet, stark verbreitet (vgl. Tabelle 35).

Tabelle 35: Politische Machtlosigkeit in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich – soziale Desintegration in der institutionellen Dimension

Trifft...			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	negative Beurteilung gesamt
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	Hessen	02-05	9,2	29,7	25,8	35,3	61,1
		06-10	13,5	30,2	22,1	34,2	56,3
	Übrige alte Länder	02-05	10,6	27,3	25,7	36,5	62,2
		06-10	9,7	28,8	24,6	36,9	61,5
	Neue Länder	02-05	6,3	21,2	23,5	49,1	72,6
		06-10	7,8	22,4	22,9	46,9	69,8*
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	Hessen	02-05	18,7	42,1	18,0	21,2	39,2
		06-10	19,9	35,9	18,4	25,8	44,2
	Übrige alte Länder	02-05	20,7	40,6	18,4	20,3	38,7
		06-10	19,6	39,2	19,2	22,0	41,2**
	Neue Länder	02-05	16,1	36,9	19,8	27,1	46,9
		06-10	17,3	37,7	18,5	26,5	45,0

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit.

Tabelle 35 zeigt, dass die Zustimmung zu den Aussagen „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ in 2002-2005 in den neuen Bundesländern mit 72,6% und 46,9% signifikant

⁶⁴ Einzige Ausnahme bildet Obdachlosenabwertung in Hessen.

höher ausgeprägt war als in Hessen (61,1%; 39,2%) und in den übrigen alten Bundesländern⁶⁵ (62,2%; 38,7%). Im späteren Zeitraum bleibt dies für die Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ ähnlich. Für die neuen Länder zeichnet sich zwar ein signifikanter Rückgang in der Zustimmung ab, dennoch ist diese Meinung hier im Unterschied zu Hessen und den übrigen alten Ländern immer noch signifikant stärker verbreitet. Die Werte in Hessen und den übrigen alten Bundesländern bleiben hingegen auf hohem Niveau stabil. Das Gefühl, es sei sinnlos sich politisch zu engagieren, nimmt hier im späteren Zeitraum sogar zu. Allerdings ist die Zunahme nur für die übrigen alten Länder signifikant. Die Neuen Länder liegen immer noch signifikant über den übrigen alten Ländern⁶⁶, zwischen Hessen und den neuen Ländern besteht nun jedoch kein signifikanter Unterschied mehr.

Die institutionelle Desintegration ist demnach in Hessen, wie in ganz Deutschland, stark verbreitet und über die Zeit auf hohem Niveau stabil. Hinzu kommt: Wer sich politisch machtlos fühlt, der stimmt auch signifikant häufiger den GMF-Elementen zu. In den übrigen alten Bundesländern und in den neuen Bundesländern sind die Korrelationen mit allen GMF-Elementen signifikant, in Hessen bildet nur die Abwertung von Behinderten eine Ausnahme.

Die sozial-emotionale Desintegration wird im GMF-Survey über die in Tabelle 36 wiedergegebenen Aussagen erhoben.

⁶⁵ Unterschied zu den neuen Ländern in 2002-2005 für die Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Hessen und übrige alte Länder $p < .001$; für die Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ Hessen $p < .01$, übrige alte Länder $p < .001$.

⁶⁶ Unterschied zu den neuen Ländern in 2006-2010 für die Aussage für die Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ übrige alte Länder $p < .001$.

Tabelle 36: Generellen Schwierigkeiten sozialer Einbindung und Stabilität in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich – soziale Desintegration in der sozial-emotionalen Dimension

Trifft...			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	...negative Beurteilung Gesamt
Echte Freunde zu finden wird heute immer schwieriger.	Hessen	02-05	10,5	18,8	30,5	40,2	70,7
		06-10	5,7	15,2	32,7	46,3	79,0**
	Übrige alte Länder	02-05	8,9	21,7	29,8	39,7	69,5
		06-10	9,8	19,6	27,2	43,4	70,6
	Neue Länder	02-05	5,1	16,1	28,8	50,0	78,8
		06-10	6,4	18,6	27,1	48,0	75,1**
Soziale Beziehungen werden heute immer instabiler	Hessen	02-05	4,9	15,3	44,5	35,2	79,7
		06-10	1,7	15,2	46,4	36,7	83,1
	Übrige alte Länder	02-05	3,9	21,2	43,7	31,2	74,9
		06-10	4,9	20,9	41,1	33,1	74,2
	Neue Länder	02-05	2,4	14,6	40,4	42,6	83,0
		06-10	3,0	16,9	38,1	42,0	80,1

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit.

Auch hier ist die Zustimmung in ganz Deutschland sehr hoch. In 2002-2005 finden die Aussagen „Echte Freunde zu finden wird heute immer schwieriger“ und „Soziale Beziehungen werden heute immer instabiler“ in den neuen Ländern mit 78,8% und 83% signifikant höhere Zustimmungen als in Hessen (70,7%; 79,7%) und den übrigen alten Ländern (69,5%, 74,9%)⁶⁷. Im späteren Zeitraum nimmt die Zustimmung zur ersten Aussage in Hessen signifikant zu, 79% der Befragten in Hessen sind nun der Meinung es sei heute schwieriger echte Freunde zu finden. In den neuen Ländern nimmt die Zustimmung zwar signifikant ab, aber es sind immer noch drei Viertel der Befragten dieser Meinung. Mit 70,6% und 74,2% liegt die Zustimmung zu beiden Aussagen in den übrigen alten Bundesländern damit signifikant unter Hessen und den neuen Bundesländern⁶⁸. Zwischen Hessen und den neuen Ländern besteht kein signifikanter Unterschied mehr.

Die sozial-emotionale Desintegration steht in Hessen mit Ausnahme der Abwertung von Obdachlosen und Behinderten, in einem signifikanten Zusammenhang mit allen GMF-Elementen. In den übrigen alten Bundesländern sind die Korrelationen zwischen sozio-emotionaler Desintegration und GMF signifikant und mit Ausnahme der Abwertung Obdach-

⁶⁷ Unterschied zu den neuen Ländern in 2002-2005 für die Aussage „Echte Freunde zu finden wird heute immer schwieriger.“ Hessen und übrige alte Länder $p < .001$; für die Aussage „Soziale Beziehungen werden heute immer instabiler.“ Hessen $p < .01$, übrige alte Länder $p < .001$.

⁶⁸ Unterschied zu den übrigen alten Ländern in 2006-2010 für beide Aussagen: Hessen $p < .05$, neue Länder $p < .001$.

loser und Behinderter ebenfalls in den neuen Bundesländern.

Die Befragten in Hessen, wie auch in übrigen alten und den neuen Bundesländern, äußern in allen drei Dimensionen deutliche Merkmale von Desintegration. Auffallend sind vor allem die hohen Werte in der sozial-emotionalen Dimension, hier liegen die Werte in Hessen signifikant über denen in den übrigen alten Ländern, insbesondere das Gefühl der unzureichenden Eingebundenheit in soziale Netzwerke und Beziehungen ist also in Hessen weit verbreitet.

Auch für Hessen gilt: Wer die eigene finanzielle Lage schlecht einschätzt, sich politisch machtlos fühlt und das Gefühl hat, feste soziale Beziehungen wären immer schwieriger zu knüpfen, äußert sich feindseliger gegenüber schwachen Gruppen der Gesellschaft.

6.2 Soziale Desintegration in den drei hessischen Regierungsbezirken

Die folgenden Tabellen geben die Ausprägung der Zustimmung zu den Desintegrationsindikatoren in den drei hessischen Regierungsbezirken wieder.

Bezüglich der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik sind auch in den hessischen Regierungsbezirken die meisten Befragten eher negativ eingestellt (vgl. Tabelle 37).

Tabelle 37: Absolute Deprivation in den hessischen Regierungsbezirken – Soziale Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension

Ich beurteile ... als		...sehr gut	...eher gut	...eher schlecht	...sehr schlecht	negative Beurteilung gesamt
...die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik	Darmstadt	2,8	35,5	46,2	15,6	61,8
	Gießen	1,0	28,8	52,7	17,5	70,2
	Kassel	2,2	26,6	49,3	22,0	71,3
...meine eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation	Darmstadt	5,3	64,8	24,3	5,6	29,9
	Gießen	4,9	66,4	24,9	3,8	28,7
	Kassel	4,4	55,4	31,8	8,3	40,1

Anm.: Angaben in Prozent.

Knappe 62% der Befragten im Regierungsbezirk Darmstadt beurteilen die wirtschaftliche Situation in der BRD als eher schlecht oder sehr schlecht und in den beiden anderen Regierungsbezirken sind es sogar gute 70%. Ein signifikanter Unterschied zeigt sich hier zwischen

den Regierungsbezirken Darmstadt und Kassel⁶⁹.

Die eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation beurteilen die Befragten zwar nicht ganz so negativ, aber immer noch knapp 30% in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen sehen ihre eigene finanzielle und wirtschaftliche Situation eher schlecht oder sehr schlecht, im Regierungsbezirk Kassel sehen mit 40,1% noch deutlich mehr Befragte die eigene Situation negativ, damit unterscheidet sich der Regierungsbezirk Kassel auch hier signifikant von Darmstadt⁷⁰.

Die negativen Zukunftserwartungen werden in Tabelle 38 wiedergegeben.

Tabelle 38: Negative Zukunftserwartungen in den hessischen Regierungsbezirken – Soziale Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension

Meine Lage wird...sein		...Besser	...ungefähr gleich	...schlechter
Was erwarten Sie für die nächsten 5 Jahre: Wie wird Ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation zu heute sein?	Darmstadt	20,2	50,9	28,9
	Gießen	23,2	41,4	35,4
	Kassel	13,5	36,3	50,2

Anm.: Angaben in Prozent.

Es wird deutlich, dass die Zukunftserwartungen im Regierungsbezirk Kassel mit gut 50% signifikant negativer ausfallen als in den beiden anderen Regierungsbezirken⁷¹, aber auch dort fallen die Werte mit annähernd 30% im Regierungsbezirk Darmstadt und gut 35% im Regierungsbezirk Gießen nicht gering aus.

Tabelle 39 gibt die Werte für die relative individuelle und relative kollektive Deprivation wieder.

⁶⁹ Bei $p < .05$.

⁷⁰ Bei $p < .05$.

⁷¹ Für Gießen bei $p < .01$ und für Darmstadt bei $p < .001$.

Tabelle 39: Relative Deprivation in den hessischen Regierungsbezirken – Soziale Desintegration in der sozial-strukturellen Dimension

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu anderen		Ich erhalte...		
	mehr als meinen gerechten Anteil	...meinen gerechten Anteil	...weniger als meinen gerechten Anteil
Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glauben Sie, erhalten Sie persönlich?	Darmstadt	4,7	64,8	30,5
	Gießen	6,5	67,0	26,5
	Kassel	4,2	51,6	44,1
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der Deutschen im Vergleich zu Ausländern		Die Lage ist...		
	besser	...ungefähr gleich	...schlechter
Wenn Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen mit der der in Deutschland lebenden Ausländer vergleichen, wie geht es den Deutschen im Vergleich zu den Ausländern?	Darmstadt	35,1	48,7	16,2
	Gießen	27,5	47,3	25,2
	Kassel	21,5	51,4	27,1

Anm.: Angaben in Prozent.

Die Befragten im Regierungsbezirk Kassel äußern signifikant mehr Gefühle relativer individueller Deprivation als diejenigen in den anderen beiden Regierungsbezirken⁷². Hier fallen die Werte im Regierungsbezirk Darmstadt etwas höher aus als im Regierungsbezirk Gießen, der Unterschied ist jedoch statistisch nicht signifikant.

Bezüglich der Gefühle kollektiver relativer Deprivation unterscheiden sich die Befragten in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen nicht signifikant voneinander, die Befragten im Regierungsbezirk Darmstadt äußern jedoch signifikant weniger Gefühle kollektiver relativer Deprivation als die Befragten in den beiden anderen Regierungsbezirken⁷³.

Ähnlich sieht es im Hinblick auf die politische Machtlosigkeit, also die Indikatoren für die Desintegration in der institutionellen Dimension aus (vgl. Tabelle 40).

⁷² Jeweils bei $p < .01$.

⁷³ Gießen bei $p < .05$ und Kassel $p < .001$.

Tabelle 40: Politische Machtlosigkeit in den hessischen Regierungsbezirken – Soziale Desintegration in der institutionellen Dimension

Trifft...		...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	negative Beurteilung gesamt
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	Darmstadt	13,1	31,1	23,8	32,0	55,8
	Gießen	8,2	27,4	25,8	38,6	64,4
	Kassel	8,2	29,0	24,1	38,6	62,7
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	Darmstadt	22,5	38,9	16,7	21,9	38,6
	Gießen	14,4	45,2	18,3	22,1	40,4
	Kassel	15,2	36,5	21,4	26,9	48,3

Anm.: Angaben in Prozent.

Die Werte zu beiden Aussagen fallen in allen drei Regierungsbezirken hoch aus. Insbesondere die Meinung keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut, ist in den drei Regierungsbezirken stark verbreitet und es bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken.

Die Ansicht es sei sinnlos sich politisch zu engagieren ist in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen nicht signifikant verschieden und im Regierungsbezirk Darmstadt signifikant geringer als in Kassel⁷⁴.

Werden die beiden Einzelaussagen zu einer Skala der „Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft“ zusammengefasst, weist der Regierungsbezirk Kassel ein signifikant höheres Ausmaß an empfundener Machtlosigkeit in Politik und Gesellschaft auf als der Regierungsbezirk Darmstadt⁷⁵.

In Tabelle 41 werden die Zustimmungswerte zu den Indikatoren der Desintegration in der sozial-emotionalen Dimension wiedergegeben.

⁷⁴ Bei $p < .05$.

⁷⁵ Bei $p < .05$.

Tabelle 41: Generellen Schwierigkeiten sozialer Einbindung und Stabilität in den hessischen Regierungsbezirken – Soziale Desintegration in der sozial-emotionalen Dimension

Trifft...		... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	... eher zu	... voll und ganz zu	negative Beurteilung gesamt
Echte Freunde zu finden wird heute immer schwieriger.	Darmstadt	10,6	20,5	32,7	36,1	68,8
	Gießen	10,0	16,2	32,0	41,8	73,8
	Kassel	4,1	12,2	27,2	56,5	83,7
Soziale Beziehun- gen werden heute immer instabiler	Darmstadt	5,9	18,3	46,7	29,2	75,9
	Gießen	2,0	11,5	39,2	47,3	86,5
	Kassel	0,7	11,3	46,2	41,8	88,0

Anm.: Angaben in Prozent.

Über 80% der Befragten im Regierungsbezirk Kassel sind der Meinung, es werde heute immer schwerer echte Freunde zu finden. Damit stimmen sie dieser Aussage zwar signifikant stärker zu als die Befragten in den Regierungsbezirken Gießen und Darmstadt⁷⁶, jedoch fallen auch in diesen beiden Regierungsbezirken die Zustimmungen sehr hoch aus: Im Regierungsbezirk Gießen stimmen über 70% der befragten Personen eher oder voll und ganz dieser Aussage zu und im Regierungsbezirk Darmstadt findet diese Aussage bei über zwei Drittel der Befragten Zustimmung.

Noch höher fällt die Zustimmung zu der Aussage „Soziale Beziehungen werden heute immer instabiler“ aus. Dieser Aussage stimmen 88% der kasseler, 86, 5% der giessener und 75,9% der darmstädter Befragten zu. Damit liegt auch hier der Wert für den Regierungsbezirk Darmstadt signifikant unter den Werten der beiden anderen Regierungsbezirke⁷⁷, welche sich voneinander nicht signifikant unterscheiden.

Werden die Aussagen zu einer Skala der generellen Schwierigkeiten sozialer Einbindung und Stabilität zusammengefasst, so zeigt sich erwartungsgemäß das gleiche Bild: Alle drei Regierungsbezirke weisen sehr hohe Werte auf, in Kassel und Gießen fallen die Werte jedoch signifikant höher aus als in Darmstadt⁷⁸.

In allen drei Desintegrationsdimensionen zeigen sich innerhalb der hessischen Regierungsbezirke deutliche Anzeichen von Desintegration. Insbesondere die Befragten im Regierungsbezirk Kassel äußern starke Desintegrationsempfindungen und -ängste. Dabei unterscheiden sich die Regierungsbezirke Gießen und Kassel im Ausmaß der Desintegration kaum voneinander, während die Zustimmung zu den Indikatoren der sozialen Desintegration im Regierungsbezirk Darmstadt meist signifikant geringer ausfällt als im Regierungsbezirk Kassel und häufig auch als im Regierungsbezirk Gießen.

⁷⁶ Von Gießen bei $p < .05$ und von Darmstadt bei $p < .001$.

⁷⁷ Von Gießen bei $p < .001$ und von Kassel bei $p < .001$.

⁷⁸ Von Gießen bei $p < .01$ und von Kassel bei $p < .001$.

7. Autoritäre Einstellungsmuster

Ein wesentliches Erklärungskonzept für GMF stellt der Autoritarismus dar. Dieses im Ursprung auf Erich Fromm (1932) zurückgehende Konstrukt wurde durch die Arbeiten von Adorno et al. (1950) zum Klassiker der Vorurteilsforschung. Der autoritäre Charakter

„ist gekennzeichnet durch eine Reihe von Charakterzügen wie zum Beispiel dem starren Festhalten an konventionellen Wertvorstellungen, autoritäre Unterwürfigkeit und Aggression, der Abwehr von Sensibilitäten, Aberglaube und stereotypen Einstellungen, dem Denken in Kategorien von Macht und Unterwerfung, der Disposition, an gefährliche und unsinnige Vorgänge in der Welt zu glauben, und schließlich durch generelle Feindseligkeit sowie der ‚Verleumdung des Menschlichen‘.“ (Zick /Henry, 2009, S.191)

Erklärt wird die Entstehung des autoritären Charakters durch sich in autoritären Familienstrukturen niederschlagende hierarchische Strukturen der Gesellschaft. Der autoritäre Charakter von Menschen wird demnach in der Kindheit durch Sozialisationsprozesse gebildet und ist durch zwei ambivalente Tendenzen charakterisiert, zum einen durch die Unterordnung unter Autoritäten und zum anderen durch das Streben nach eigener Autorität, was als eine Haltung des nach oben Buckelns und nach unten Tretens beschrieben werden kann.

Das von Adorno und seinen Mitarbeitern erarbeitete Konzept diente als Ausgangsbasis für zahlreiche Weiterentwicklungen. Insbesondere hinsichtlich der Frage, ob es sich tatsächlich um eine stabile Persönlichkeitsstruktur handelt, wurde und wird kontrovers diskutiert.

Für die Untersuchungen zum Autoritarismus im Rahmen des GMF-Projektes wurde vor dem Hintergrund der Weiterentwicklungen des Autoritarismus Konzeptes nach Altemeyer (1981) und Oesterreich (1996) und der von Lederer (1983) entwickelten Messung des Konstruktes für den deutschsprachigen Raum eine sehr zuverlässige Kurzsкала entwickelt. Über diese werden in den GMF-Surveys regelmäßig die Einstellungen der autoritären Aggression und der autoritären Unterwürfigkeit in der deutschen Bevölkerung erhoben. In zahlreichen Studien konnte der Zusammenhang von Autoritarismus insbesondere mit fremdenfeindlichen Einstellungen (vgl. Babka von Gostomski et al. 2007), aber auch mit dem GMF-Syndrom insgesamt (vgl. Heitmeyer/Heyder 2002; Zick et al. 2008) belegt werden.

7.1 Autoritäre Einstellungsmuster in Hessen

In Tabelle 42 werden die Zustimmungsprozente für die Aussagen zur autoritären Aggression und autoritären Unterwürfigkeit für Hessen, die übrigen alten Bundesländer und die neuen Bundesländer im Zeitvergleich wiedergegeben.

Tabelle 42: Häufigkeit der Zustimmung zu den Autoritarismus Indikatoren in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich

Stimme...			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Autoritäre Aggression							
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	Hessen	02-05	3,8	12,3	24,6	59,3	83,9
		06-10	3,8	13,6	32,8	49,9	82,7*
	Übrige alte Länder	02-05	2,4	11,1	26,6	59,9	86,5
		06-10	2,8	14,9	26,4	55,8	82,2***
	Neue Länder	02-05	1,1	4,9	16,1	78,0	94,1
		06-10	1,8	6,1	19,9	72,2	92,1***
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	Hessen	02-05	5,2	18,9	28,3	47,5	75,8
		06-10	6,2	20,5	36,0	37,3	73,3*
	Übrige alte Länder	02-05	4,4	16,6	29,6	49,4	79,0
		06-10	5,3	19,1	30,7	44,8	75,5***
	Neue Länder	02-05	2,0	10,7	23,7	63,6	87,3
		06-10	2,3	14,9	25,4	57,4	82,8***
Autoritäre Unterwürfigkeit							
Zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben sollte, gehören Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten.	Hessen	02-05	7,2	27,7	43,0	22,2	65,2
		06-10	8,6	28,6	34,7	28,1	62,8
	Übrige alte Länder	02-05	7,0	26,0	39,7	27,4	67,1
		06-10	6,3	26,0	37,3	30,4	67,7*
	Neue Länder	02-05	3,6	20,4	37,5	38,6	76,1
		06-10	3,3	20,0	36,6	40,1	76,7
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.	Hessen	02-05	23,8	47,2	23,1	5,9	29,0
		06-10	20,0	39,7	30,4	9,9	40,3**
	Übrige alte Länder	02-05	19,4	45,7	23,5	11,4	34,9
		06-10	18,8	44,7	26,2	10,3	36,5
	Neue Länder	02-05	15,5	43,9	28,7	11,9	40,6
		06-10	15,3	44,6	27,2	12,9	40,1

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit.

Es fällt auf, dass insbesondere die law and order Einstellungen, also die autoritäre Aggression, in den drei Gruppen extrem stark verbreitet ist. In den Jahren 2002-2005 sprechen sich in Hessen knapp 84%, in den übrigen alten Bundesländern etwa 87% und in den neuen Bundesländern ca. 94% der Befragten eher oder voll und ganz dafür aus Verbrechen härter zu bestrafen. Obwohl im zweiten Zeitraum in allen drei Gruppen eine signifikante Abnahme der Zustimmung zu verzeichnen ist, bleiben die Werte extrem hoch. Immer noch stimmen in Hessen und den übrigen alten Bundesländern über 80% und in den neuen Bundesländern über 90% der Befragten dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Die Werte in den neuen Ländern liegen somit in beiden Zeiträumen signifikant über denen in Hessen und den übrigen alten Ländern⁷⁹.

Drastisch fällt auch die Zustimmung zur zweiten Aussage der autoritären Aggression aus. In 2002-2005 sprechen sich 75,8% der hessischen Befragten, 79% der Befragten in den übrigen alten und 87,3% der Befragten in den neuen Bundesländern dafür aus gegen Außenseiter und Unruhestifter härter vorzugehen um Recht und Ordnung zu bewahren. Hier unterscheiden sich die neuen Länder signifikant von Hessen und den übrigen alten Ländern⁸⁰.

In 2006-2010 gehen die Werte in allen drei Gruppen wieder signifikant zurück, halten sich aber, wie schon bei der ersten Aussage, nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Die Zustimmung liegt in Hessen und in den übrigen alten Ländern weiterhin bei über 70% und in den neuen Ländern bei über 80%. Auch hier liegen die Werte in den neuen Ländern signifikant über denen in Hessen und den übrigen alten Bundesländern⁸¹. Anders als zuvor fällt die Zustimmung in den übrigen alten Bundesländern jetzt signifikant stärker aus als in Hessen⁸².

Die beiden Aussagen „zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben sollte, gehören Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten“ und „wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen“ bilden die autoritäre Unterwürfigkeit ab. Auch hier fällt die Zustimmung zur ersten Aussage in allen drei Gruppen bemerkenswert hoch aus. In 2002-2005 stimmen 65,2% der Hessen, 67,1% der Befragten in den übrigen alten und 76,1% der Befragten in den neuen Bundesländern dieser Aussage eher oder voll und ganz zu.

Im zweiten Zeitraum bleiben die Werte in Hessen und den neuen Länder bezüglich dieser Aussage stabil, d.h. es zeigt sich keine signifikante Veränderung. In den übrigen alten Bundesländern ergibt sich hingegen ein signifikanter Anstieg der Zustimmung auf nunmehr 67,7%. Dennoch liegen in beiden Zeiträumen die Zustimmungswerte in den neuen Ländern signifikant über denen in den beiden anderen Gruppen⁸³, während sich zwischen diesen kein statistisch signifikanter Unterschied zeigt.

Die Aussage „wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen“

⁷⁹ Immer bei $p < .001$.

⁸⁰ Von Hessen bei $p < .001$ und von den übrigen alten Bundesländern bei $p < .001$.

⁸¹ Von Hessen bei $p < .001$ und von den übrigen alten Bundesländern bei $p < .001$.

⁸² Bei $p < .05$.

⁸³ jeweils bei $p < .001$.

findet im Vergleich mit den drei bereits beschriebenen Aussagen nicht ganz so starke Zustimmung, jedoch wird auch diese Meinung nicht von wenigen geteilt. In 2002-2005 stimmen über ein Viertel der hessischen und über ein Drittel der Befragten in den übrigen alten Bundesländern dieser Aussage eher oder voll und ganz zu und in den neuen Bundesländern sind es sogar über 40%. Die neuen Bundesländer unterscheiden sich damit signifikant von Hessen und den übrigen alten Ländern⁸⁴, zusätzlich unterscheidet sich Hessen auch von den übrigen alten Bundesländern signifikant.

In 2006-2010 bleiben die Werte in den übrigen alten und in den neuen Bundesländern für diese Aussage stabil, während es in Hessen zu einer drastischen, signifikanten Zunahme auf 40,3% kommt. Damit verliert sich der signifikante Unterschied zwischen Hessen und den neuen Bundesländern, sodass nur noch zwischen den übrigen alten und den neuen Bundesländern ein signifikanter Unterschied besteht⁸⁵.

Autoritäre Personen neigen dazu Personen aus schwächeren Gruppen abzuwerten, während sie sich Stärkeren unterordnen. Diese Haltung ist in Hessen, sowie in den übrigen alten und den neuen Bundesländern stark verbreitet. Insbesondere Haltungen der autoritären Aggression fallen über die Zeit hinweg in allen drei Gruppen extrem hoch aus. Aber auch die autoritäre Unterwürfigkeit ist stark verbreitet und findet in allen drei Gruppen über die Zeit hinweg deutliche Zustimmung, wobei insbesondere Hessen durch einen drastischen Anstieg der Zustimmung zur Bereitschaft sich Autoritäten unterzuordnen auffällt.

⁸⁴ Von Hessen bei $p < .001$ und von den übrigen alten Ländern bei $p < .001$.

⁸⁵ Bei $p < .001$.

7.2 Autoritäre Einstellungsmuster in den drei hessischen Regierungsbezirken

Tabelle 43 bezieht sich auf den Autoritarismus in den drei hessischen Regierungsbezirken.

Tabelle 43: Häufigkeit der Zustimmung zu den Autoritarismus Indikatoren in den hessischen Regierungsbezirken

Stimme...		...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Autoritäre Aggression						
Verbrechen sollten härter bestraft werden.	Darmstadt	5,5	16,0	28,6	49,8	78,4
	Gießen	1,4	14,4	29,6	54,6	84,2
	Kassel	1,8	4,6	26,9	66,8	93,7
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.	Darmstadt	6,9	22,9	31,9	38,3	70,2
	Gießen	3,7	17,8	32,4	46,0	78,4
	Kassel	4,3	13,2	31,5	51,0	82,5
Autoritäre Unterwürfigkeit						
Zu den wichtigsten Eigenschaften, die jemand haben sollte, gehören Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten.	Darmstadt	10,9	32,6	34,7	21,9	56,6
	Gießen	3,1	28,2	37,0	31,7	68,7
	Kassel	4,7	17,4	49,6	28,2	77,8
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns sagen, was wir tun sollen.	Darmstadt	25,7	42,7	25,6	5,9	31,5
	Gießen	14,2	44,8	32,6	8,4	41,0
	Kassel	18,5	43,2	25,5	12,8	38,3

Anm.: Angaben in Prozent.

Auch innerhalb Hessen zeigen sich in allen drei Regierungsbezirken starke autoritäre Tendenzen. Eine Vielzahl der Befragten in den drei Regierungsbezirken stimmt den Aussagen zur autoritären Aggression eher oder voll und ganz zu. Die Forderung nach härteren Strafen findet im Regierungsbezirk Kassel starke Zustimmung, mit 93,7% äußern hier signifikant mehr Befragte Zustimmung als in den beiden anderen Regierungsbezirken⁸⁶. Jedoch fällt auch in den Regierungsbezirken Gießen (84,2%) und Darmstadt (78,4%) die Forderung nach härteren Strafen hoch aus.

Dass um Recht und Ordnung zu bewahren härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgegangen werden sollte, findet ebenfalls bei den allermeisten Befragten Zustimmung. Darmstadt weist mit 70,2% Zustimmung auch hier den geringsten Wert auf und unterscheidet sich

⁸⁶ Von Gießen bei $p < .05$ und von Darmstadt bei $p < .001$.

det sich damit signifikant von den beiden anderen Regierungsbezirken⁸⁷.

Gehorsam und Respekt vor dem Vorgesetzten zählen ebenfalls die meisten Befragten in allen drei Regierungsbezirken zu den wichtigsten Eigenschaften die jemand haben sollte. Hier setzt sich der bereits entstandene Eindruck fort, Darmstadt weist auch hier mit immerhin noch 56,6% den geringsten Wert auf und liegt damit signifikant unter den beiden anderen Regierungsbezirken⁸⁸.

Ähnlich sieht es auch für die Unterordnung unter „führende Köpfe“ aus, zwar stimmen hier die Befragten im Regierungsbezirk Gießen etwas stärker zu als die im Regierungsbezirk Kassel, der Unterschied ist jedoch nicht signifikant. Die Zustimmung in diesen beiden Regierungsbezirken liegt signifikant über der in Darmstadt⁸⁹.

Somit kann festgehalten werden, dass autoritäre Haltungen in allen drei hessischen Regierungsbezirken deutlich ausgeprägt sind. Insbesondere der Regierungsbezirk Kassel weist sehr hohe Werte auf und unterscheidet sich in der Zustimmung zu autoritären Haltungen mit Ausnahme der ersten Aussage nicht vom Regierungsbezirk Gießen. Die Zustimmung im Regierungsbezirk Darmstadt fällt im Vergleich zwar stets signifikant geringer aus als im Regierungsbezirk Kassel und mit Ausnahme der ersten Aussage auch als im Regierungsbezirk Gießen, dennoch stimmen auch im Regierungsbezirk Darmstadt die meisten Befragten den autoritären Aussagen eher oder voll und ganz zu.

⁸⁷ Von Gießen $p < .05$ und von Kassel $p < .001$.

⁸⁸ Von Gießen bei $p < .01$ und von Kassel bei $p < .001$.

⁸⁹ Von Gießen bei $p < .05$ und von Kassel bei $p < .05$.

8. Soziale Dominanzorientierung

Den Kern des *Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bildet eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, welche psychologisch repräsentiert wird durch die soziale Dominanzorientierung (SDO) (vgl. Küpper/Zick 2008, Zick et al. 2008). Die Theorie der sozialen Dominanzorientierung von Sidanius und Pratto (1999) geht davon aus, dass es gesellschaftsübergreifende Statusdimensionen gibt, die durch Alter und Geschlecht definiert werden. Zusätzlich sehen die AutorInnen aber auch Statusdifferenzen zwischen Gruppen, die aufgrund willkürlich gesetzter Grenzen, wie Religion, Hautfarbe etc. entstehen und durch Vorurteile, die als legitimierende Mythen dienen, gerechtfertigt und aufrechterhalten werden.

Eine hohe SDO geht somit einher mit einer allgemeinen Befürwortung gruppenbasierter Hierarchien, also einer allgemeinen Befürwortung von Ungleichwertigkeit von Gruppen.

Zudem hat sich gezeigt, dass eine hohe SDO einher geht mit einer höheren Gewaltakzeptanz (vgl. Küpper/ Zick, 2008).

8.1 Soziale Dominanzorientierung in Hessen

Im GMF-Survey wird soziale Dominanzorientierung über folgende Aussagen erhoben: „Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben“, „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere“ und „Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere“. Tabelle 44 gibt die Zustimmungsprozente für die Aussagen der sozialen Dominanzorientierung in Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern im Zeitvergleich wieder.

Tabelle 44: Häufigkeit der Zustimmung zu den Indikatoren Sozialer Dominanzorientierung in Hessen und dem übrigen Deutschland im Zeitvergleich

Stimme...			...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben.	Hessen	02-04	48,3	41,6	7,2	2,9	10,1
		06-10	52,0	43,8	3,5	0,7	4,2**
	Übrige alte Länder	02-04	51,9	41,6	4,3	2,2	6,5
		06-10	54,3	40,7	3,0	2,1	5,1**
	Neue Länder	02-04	52,5	40,2	4,1	3,2	7,3
		06-10	51,2	42,8	2,8	3,2	6,0
Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.	Hessen	02-04	63,1	23,9	5,6	7,3	12,9
		06-10	59,8	30,4	7,2	2,7	9,9
	Übrige alte Länder	02-04	57,0	28,9	8,4	5,7	14,1
		06-10	58,7	29,3	7,7	4,3	12,0**
	Neue Länder	02-04	55,0	31,1	7,5	6,4	13,9
		06-10	57,9	30,4	7,8	4,0	11,8**
Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere.	Hessen	02-04	26,0	31,8	19,4	22,8	42,2
		06-10	33,8	36,1	19,5	10,6	30,1***
	Übrige alte Länder	02-04	23,8	32,0	25,0	19,2	44,2
		06-10	34,1	36,8	18,9	10,2	29,1***
	Neue Länder	02-04	24,3	33,8	22,7	19,2	41,9
		06-10	33,3	39,8	17,6	9,3	26,9***

Anm.: Angaben in Prozent; Signifikanzangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Mittelwert Veränderungen über die Zeit. Die SDO wurde im GMF-Survey 2005 nicht in gleicher Weise erhoben wie in den übrigen Jahren, sodass die Werte aus 2005 nicht mit in die vorliegende Untersuchung eingehen können.

Die Zustimmung zur ersten Aussage „Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind sollen auch unten bleiben“, fällt in allen drei Gruppen eher gering aus. In Hessen und den übrigen alten Bundesländern zeigt sich im Zeitverlauf ein signifikanter Rückgang in der Zustimmung. Während sich die drei Gruppen im ersten Zeitraum nicht signifikant unterscheiden, ergibt sich in 2006-2010 ein signifikanter Unterschied zwischen den übrigen alten und den neuen Bundesländern⁹⁰.

Etwas mehr Zustimmung findet die Aussage „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung die weniger Wert sind als andere“. Hier fällt die Zustimmungsrates im Zeitraum 2002-2005 in Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern annähernd gleich aus.

Im Zeitvergleich sind die Werte hier in allen drei Gruppen rückläufig, signifikant fällt der

⁹⁰ Bei $p < .01$.

Rückgang jedoch nur für die übrigen alten und die neuen Bundesländer aus. Zwischen den Gruppen bestehen weiterhin keine signifikanten Unterschiede.

Dass einige Bevölkerungsgruppen nützlicher sind als andere, meinen hingegen deutlich mehr Befragte. Im ersten Zeitraum stimmen über 40% der Befragten in Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Im Zeitvergleich kommt es in allen drei Gruppen zu einer signifikanten Abnahme. Zwischen den Gruppen gibt es nach wie vor keine signifikanten Unterschiede. In 2006-2010 liegt die Zustimmung demnach zwischen 30% in Hessen und 27% in den neuen Bundesländern.

Eine hohe SDO geht einher mit der Befürwortung gruppenbasierter Ungleichwertigkeit und einer höheren Akzeptanz von Gewalt. In Hessen, den übrigen alten und den neuen Bundesländern ist die soziale Dominanzorientierung eher moderat ausgeprägt und es zeigt sich eine abnehmende Tendenz. Die Meinung, dass es nützliche und weniger nützliche Bevölkerungsgruppen gibt, wird allerdings von einem guten Viertel der Befragten in allen drei Gruppen geteilt.

Insgesamt unterscheidet sich Hessen nicht signifikant von den übrigen alten oder den neuen Bundesländern hinsichtlich der sozialen Dominanzorientierung.

8.2 Soziale Dominanzorientierung in den drei hessischen Regierungsbezirken

In Tabelle 45 werden die Zustimmungsprozente zu den Aussagen der SDO in den hessischen Regierungsbezirken wieder gegeben.

Tabelle 45: Häufigkeit der Zustimmung zu den Indikatoren Sozialer Dominanzorientierung (SDO) in den hessischen Regierungsbezirken

Stimme...		...überhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Die Gruppen, die in unserer Gesellschaft unten sind, sollen auch unten bleiben.	Darmstadt	53,3	40,6	5,2	1,0	6,2
	Gießen	45,7	45,7	6,0	2,7	8,7
	Kassel	46,4	45,5	5,0	3,1	8,1
Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere.	Darmstadt	63,0	28,8	4,5	3,8	8,3
	Gießen	60,4	27,0	4,2	8,5	12,7
	Kassel	55,0	23,9	12,3	8,8	21,1
Einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere.	Darmstadt	31,0	33,9	16,7	18,4	35,1
	Gießen	31,1	35,5	18,4	15,0	33,4
	Kassel	27,0	33,3	27,1	12,6	39,7

Anm.: Angaben in Prozent.

Für die drei hessischen Regierungsbezirke ergibt sich ein ähnliches Bild. Die erste Aussage findet geringe Zustimmung und es zeigen sich zwischen den Regierungsbezirken keine signifikanten Unterschiede. Die Aussage „Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die weniger wert sind als andere“ findet im Regierungsbezirk Kassel mit 21% vergleichsweise starke und im Vergleich mit dem Regierungsbezirk Darmstadt signifikant höhere Zustimmung⁹¹.

Die Aussage „einige Bevölkerungsgruppen sind nützlicher als andere“ findet deutlich stärkere Zustimmung als die beiden anderen Aussagen. Ein gutes Drittel der Befragten in allen drei Regierungsbezirken stimmt hier eher oder voll und ganz zu und es besteht zwischen den Regierungsbezirken kein statistisch signifikanter Unterschied.

⁹¹ Bei $p < .001$

9. Fazit

Der Blick auf die Zustände in Hessen macht deutlich: Die Befragten in Hessen sind Befragten in den anderen Bundesländer im Ausmaß der GMF im Großen und Ganzen ähnlich. Sie weisen zwar keine extremen Werte auf, fallen aber auch nicht durch niedrige Werte auf. Auch in Hessen ist zu beobachten, dass die Abwertung einer ganzen Reihe von schwachen Gruppen miteinander zusammenhängt: Wer etwa in Hessen eher bereit ist, der Abwertung und Ausgrenzung von Ausländern zuzustimmen, macht dies auch mit einer größeren Wahrscheinlichkeit, wenn es um Juden und Muslime, Schwarze, Homosexuelle, Behinderte und Frauen oder ganz allgemein um die Zurückstellung von Neuhinzugekommenen geht.

Erschreckend viele Hessen sind bereit offenen, traditionellen Vorurteilen zuzustimmen. So sind etwa über 51% der Hessen der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland. Immerhin 12% vertreten die Meinung, Weiße seien zu Recht führend in der Welt. 22% der Hessen meinen, Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen. 18% stimmen dem klassisch antisemitischen Vorurteil zu, Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss. Ein Viertel der Hessen würde Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen, und 37% der Hessen meinen, Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten nicht erlaubt sein⁹². Innerhalb Hessens erweisen sich die Vorurteile vor allem im Regierungsbezirk Kassel als stark ausgeprägt, wobei hier insbesondere das geringere Bildungsniveau der Befragten eine Rolle spielt. Im Regierungsbezirk Darmstadt fallen die Werte hingegen im Vergleich meist am geringsten aus.

Alarmierend hoch erweist sich die Bereitschaft Menschen abzuwerten, die als gesellschaftlich nutzlos stigmatisiert werden. Die Zustimmung zu den GMF-Elementen Obdachlosenabwertung und Langzeitarbeitslosenabwertung fällt in allen Bevölkerungsgruppen in Hessen, sowie in den übrigen alten und den neuen Bundesländern sehr hoch aus. Die sich hinter solchen Einstellungen verbergende Gefahr besteht in einer zunehmenden Kopplung von Menschenwürde an ökonomischen Erfolg, an Leistung und Funktionalität. Einer gesellschaftlichen sozialen Verantwortung wird sich so mehr und mehr entledigt und eine die Verantwortung umkehrende Sichtweise legitimiert: Es sei nicht die Gesellschaft in der sozialen Verantwortung sich um ihre schwachen Mitglieder zu kümmern, sondern Schwache kämen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nicht nach, da sie nicht als produktive Mitglieder funktionierten.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellt auch in Hessen ein Problem in der Mitte der Gesellschaft dar. Es sind nicht nur die extremen Ränder die menschenfeindliche Einstellungen aufweisen, vielmehr zeigt sich eine deutliche Verbreitung offen vorurteiliger Einstellungen bei Personen, die sich selber der politischen Mitte zurechnen. Die z. T. hohen Zustim-

⁹² Erhebungszeitraum 2006-2010 bzw. 2005-2010 für Homophobie.

mungswerte zu offen vorurteiligen Ansichten lassen deutliche und klare Positionen dazu, was wir in unserer Gesellschaft zulassen wollen und was nicht, dringlich erscheinen. Das Beispiel des Antisemitismus zeigt, dass die öffentliche Ächtung eines Vorurteils durchaus seine Wirkung erzielen kann.

Hieraus ergibt sich für uns eine Reihe von Hinweisen:

- Die Befunde zur GMF lassen es sinnvoll erscheinen, Interventionsprogramme auf eine Vielzahl von schwachen Gruppen auszurichten und generelle Dynamiken deutlich zu machen. Gezielte Programme etwa gegen Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit sollten auch andere schwache Gruppen als mögliche Opfer von Vorurteilen und Diskriminierung einbeziehen.
- Es gilt, die Linie einer eindeutigen Ächtung von Antisemitismus durchzuhalten, immer wieder zu erneuern, für zeitaktuelle Transformationen wachsam zu sein und darauf zu reagieren.

Ebenso wie im übrigen Deutschland spielt auch in Hessen die Religion unter bestimmten Bedingungen keine sehr rühmliche Rolle, wenn es um Menschenfeindlichkeit geht. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen in Hessen sind eher bereit als Konfessionslose, fremdenfeindlichen, rassistischen, islamophoben, homophoben und sexistischen Aussagen sowie Etabliertenvorrechten zuzustimmen. Das heißt: Die Kirchen sind aufgefordert, deutliche Zeichen gegen Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen zu setzen. Dazu gehören nicht nur Ausländer, sondern gerade auch Frauen, Homosexuelle, Juden und Muslime.

Auch demographische Faktoren spielen eine Rolle für das Ausmaß von GMF in Hessen. Wie im übrigen Deutschland stimmen in Hessen Männer eher als Frauen homophoben Aussagen zu. Interessanterweise zeigen sich beim Sexismus, Antisemitismus und Rassismus wie bei der Abwertung von Obdachlosen und Behinderten keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In Hessen gilt hingegen wie im übrigen Deutschland, dass Frauen eher zu Fremdenfeindlichkeit neigen, außerdem werten sie häufiger Langzeitarbeitslose ab.

Ebenso wie im gesamten Deutschland offenbart sich für Hessen ein deutlicher Anstieg von GMF mit zunehmendem Alter. Auch vergleichbar mit dem übrigen Deutschland hat insbesondere die Bildung einen ganz erheblichen Einfluss. Weniger gut Gebildete aller Altersgruppen sind schwachen Gruppen gegenüber feindseliger eingestellt. Wie andere Analysen im Rahmen des GMF-Surveys gezeigt haben, sind es dabei weniger der Leistungsaspekt von Bildung und auch nicht die Fähigkeit zu Empathie und Perspektivenübernahme, sondern vor allem eine Ablehnung konformen Verhaltens, welches hinter dem Bildungseffekt steht.

Pauschal lässt sich hingegen keinesfalls feststellen, dass es immer die jungen, weniger gut gebildeten Männer sind, die gegenüber jeder schwachen Gruppe eine auffallend ablehnende

Haltung haben. Zwar fällt diese Gruppe am häufigsten durch gewalttätiges Verhalten auf, aber insbesondere die Älteren könnten mit ihren deutlich feindlicheren Einstellungen das Klima für die größere Bereitschaft zur Gewalt der Jüngeren anheizen.

Das bedeutet:

- Es sind nicht allein die üblichen Verdächtigen – junge, weniger gut gebildete Männer – die sich menschenfeindlich äußern. Gerade auch die ältere Bevölkerung muss in präventive Programme einbezogen werden.
- Für die Gruppe der Älteren, sind – neben anderen Aktivitäten – sichtbare und eindeutige Signale von Eliten von Bedeutung.
- Bildung – hier insbesondere die Erziehung zu Nonkonformismus und freiem Entscheidungswillen – kann vor GMF schützen. Neben Hauptschulen sind hier fast ebenso sehr Realschulen und Berufsschulen gefragt, wenn es um Prävention geht.

Ferner erweisen sich autoritäre Einstellungen, welche ebenfalls eng verknüpft sind mit der Abwertung schwacher Gruppen, in Hessen wie auch im übrigen Deutschland als stark ausgeprägt. Die allermeisten Befragten stimmen den Aussagen der autoritären Aggression zu und eine Vielzahl ebenfalls denen der autoritären Unterwürfigkeit. Das bedeutet, eine Haltung des nach oben Buckelns und nach unten Tretens ist auch in Hessen stark ausgeprägt. Ausgehend von der Annahme, dass sich autoritäre Einstellungen im Sozialisationsprozess in der Familie oder als Reaktion auf soziale Bedrohungen entwickeln, ist hier vor allem ein demokratischer Erziehungsstil in Elternhaus und Schule anzustreben und zu fördern, der es Kindern und Jugendlichen ermöglicht eine starke Persönlichkeit zu entwickeln und sie befähigt die Gleichwertigkeit anderer zu respektieren.

In Hessen zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Gefühl sozialer Desintegration und relativer Deprivation auf der einen Seite und der Abwertung von schwachen Gruppen auf der anderen Seite. Wer sich depriviert fühlt, sich politisch machtlos fühlt und den Eindruck hat, feste soziale Beziehungen seien immer schwieriger zu knüpfen, äußert sich ablehnender gegenüber einer ganzen Reihe schwacher gesellschaftlicher Gruppen und insbesondere gegenüber Ausländern. Daraus folgt:

- Unsere Aufmerksamkeit, bezüglich der Verbreitung von Vorurteilen und Diskriminierung, sollte sich nicht auf die bereits bekannten, möglichen Adressatengruppen beschränken, sondern muss sich auch auf mögliche neue oder reaktivierte Gruppen richten.
- Integration bedeutet immer auch die Integration ganz unterschiedlicher schwacher Gruppen, die am Rande stehen, gefährdet sind aus der Gesellschaft heraus zu fallen oder denen Integration erschwert oder gar verweigert wird. Hierbei zielt Integration auf Minderheiten und Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gleichermaßen.

- Unbedachtes oder absichtliches Anheizen von Gefühlen der sozialen Desintegration in Verbindung mit dem Angebot von vermeintlichen Sündenböcken wie etwa Ausländern oder Hartz-IV-Empfängern ist gefährlich und unverantwortlich.
- Hier ist nicht allein die große Politik gefragt, sondern auch einflussreiche Eliten im sozialen Nahraum, wie etwa Bürgermeister, Vereinsvertreter, lokale Medienvertreter oder die Kirchen. Die Stärke von symbolischem Handeln und vorbildhaftem Verhalten ist auch die Vermittlung von Umgangsformen im Miteinander.

Die humane Qualität einer Gesellschaft entscheidet sich am Umgang mit schwachen Gruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf über die z. T. verdeckt ablaufenden Abwertungs- und Diskriminierungsprozesse gibt, bei denen größere wie kleinere Interventionen im Alltag genauso notwendig sind wie die deutlichen öffentlichen Stellungnahmen „kalkulationsfreier“ Eliten. Vor allem geht es um die Verhinderung von Desintegration und Stärkung schwindender Integrationspotentiale dieser Gesellschaft.

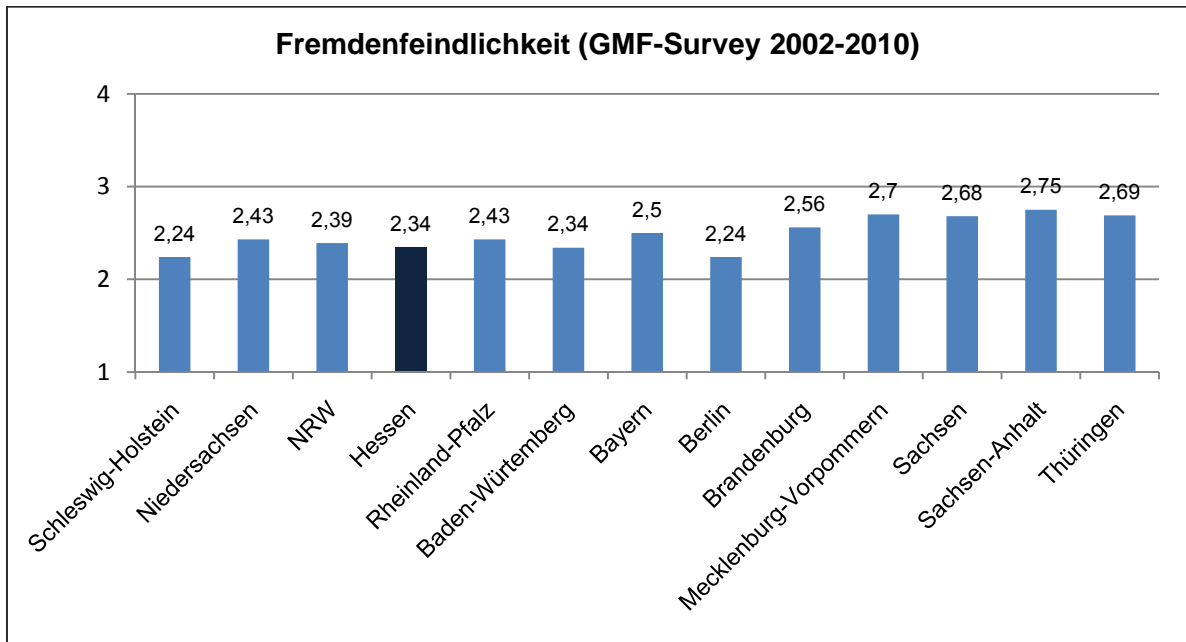
Literaturverzeichnis

- Adorno, T.W. (1973). Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Altemeyer, B. (1981). Right-wing authoritarianism. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Anhut, R./Heitmeyer, W. (2000). Desintegration, Konflikt und Ethnisierung: Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In W. Heitmeyer/ R. Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft (S. 17-75). Weinheim: Juventa.
- Babka von Gostomski, C./Küpper, B./ Heitmeyer, W. (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern: die schwierige Lage in Ostdeutschland. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 102-128). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Endrikat, K. (2006). Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 101-114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fromm, E. (1932). Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie. In: Zeitschrift für Sozialforschung, 1, S. 253-277.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2002). Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2005). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (S. 13-36). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2006). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 15-36). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer W./ Heyder A. (2002) Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1 (S. 59-70). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 2 (S. 78-99). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hopf, W. (1999). Ungleichheit der Bildung und Ethnozentrismus. Zeitschrift für Pädagogik, 6, 847-865.
- Hüpping, S./ Reinecke, J. (2007). Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 77-101). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Küpper, B./Heitmeyer, W. (2005). Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (108 – 127). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Küpper, B./Zick, A. (2006). Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 179-188). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Küpper, B., Zick A. (2008). Soziale Dominanz. Anerkennung und Gewalt. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 6 (S. 110-129). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lederer (1983). Jugend und Autorität. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Oesterreich, D. (1996). Flucht in die Sicherheit: zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen: Leske und Budrich.

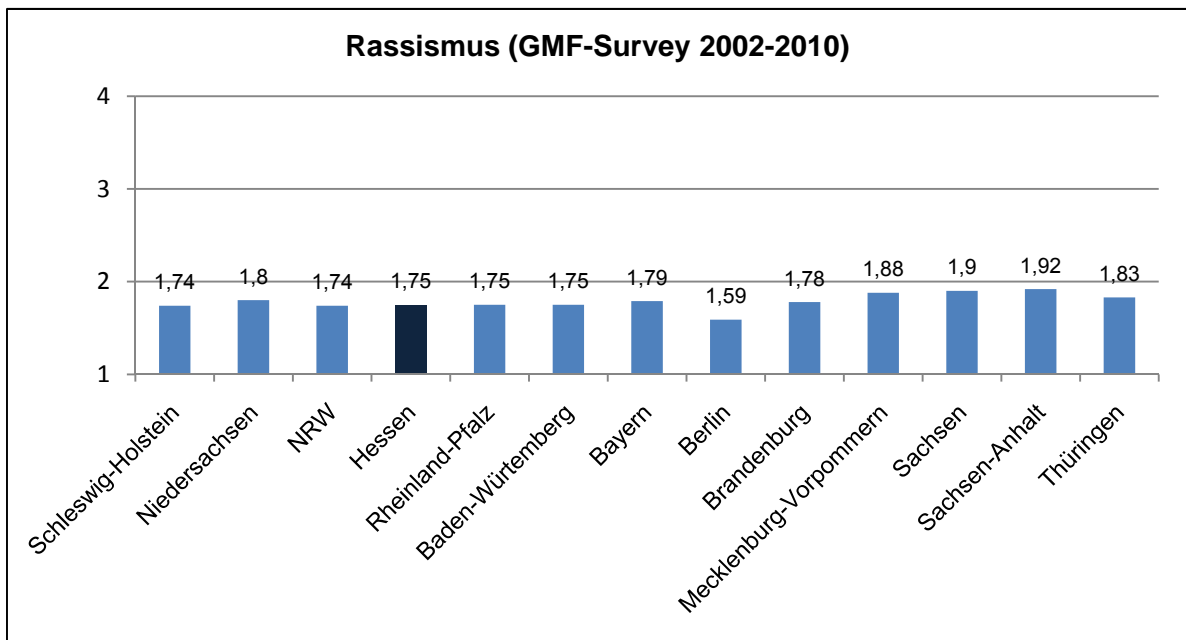
- Petzke, M./ Endrikat, K./ Kühnel, S.M. (2007). Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5 (S. 52-76). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Stöss, R. (2005). Rechtsextremismus im Wandel. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Sitzer, P./Heitmeyer, W. (2007). Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 37, S. 3-10.
- Tajfel, H./Turner, J. (1979). An integrative theory of intergroup conflict. In: W. G. Austin/ S. Worchel (Hrsgs.), The social psychology of intergroup relations (S. 33-47). Monterey, CA: Brooks/Cole.
- Wahl, K. (2001) (Hg.). Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern. Berlin: Bundesministerium des Inneren.
- Wolf, C./Schlüter, E./Schmidt, P. (2006). Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 67-85). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zick, A./Küpper, B. (2006a). Politische Mitte. Normal feindselig. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 115-134). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zick, A./Küpper, B. (2006b). Vorurteile, Diskriminierung und Rechtsextremismus: Phänomen, Ursachen und Hintergründe. In: K. J. Jonas, M. Boos/ V. Brandstätter (Hrsg.), Zivilcourage trainieren! Weinheim: Beltz.
- Zick, A. /Henry P.J. (2009). Nach oben buckeln, nach unten treten. Der deutsch-deutsche Autoritarismus. In: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 7 (S. 190-204). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity – theory and empirical test. Journal of Social Issues. Special Issue on „Ethnic Prejudice and Discrimination in Europe, 64, 363-383.
- <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsstand.psml> (19.10.2010; 11:19)
- <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Content100/Bildungsabschluss,templateId=renderPrint.psml> (19.10.2010; 11:19)

Anhang

1. Mittelwerte der GMF-Elemente nach Bundesländern⁹³

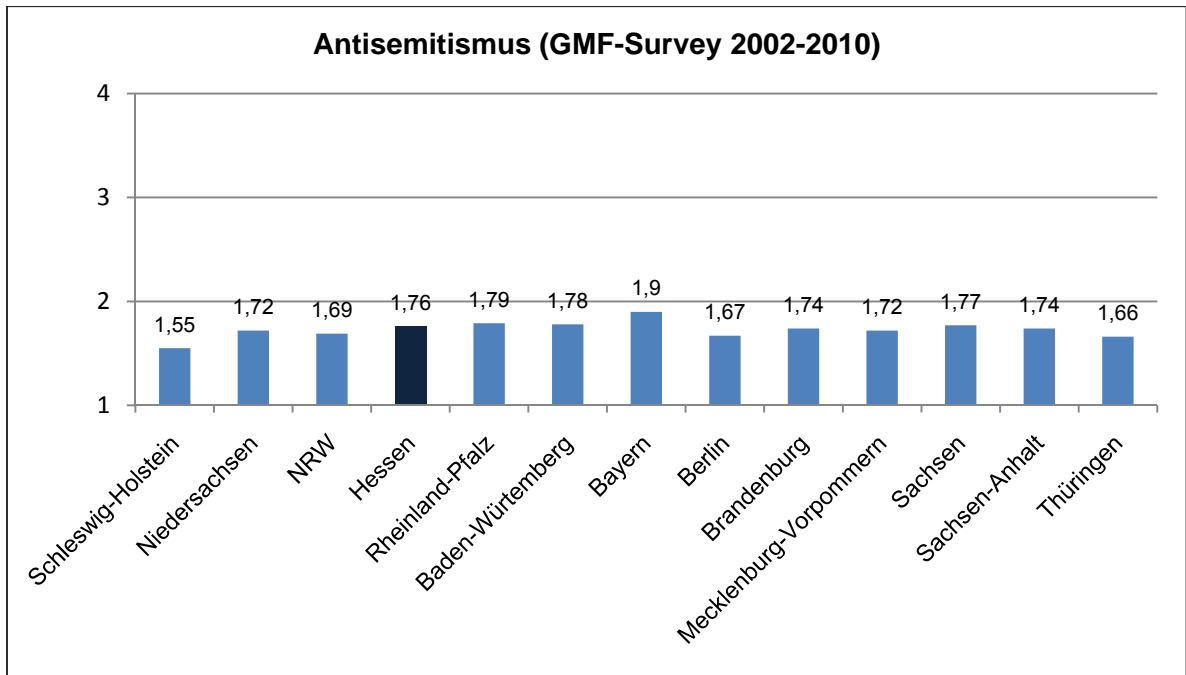


Hessen unterscheidet sich in den Mittelwerten für das GMF-Syndromelement Fremdenfeindlichkeit höchst signifikant von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ($p < .001$) sowie hoch signifikant von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ($p < .01$).

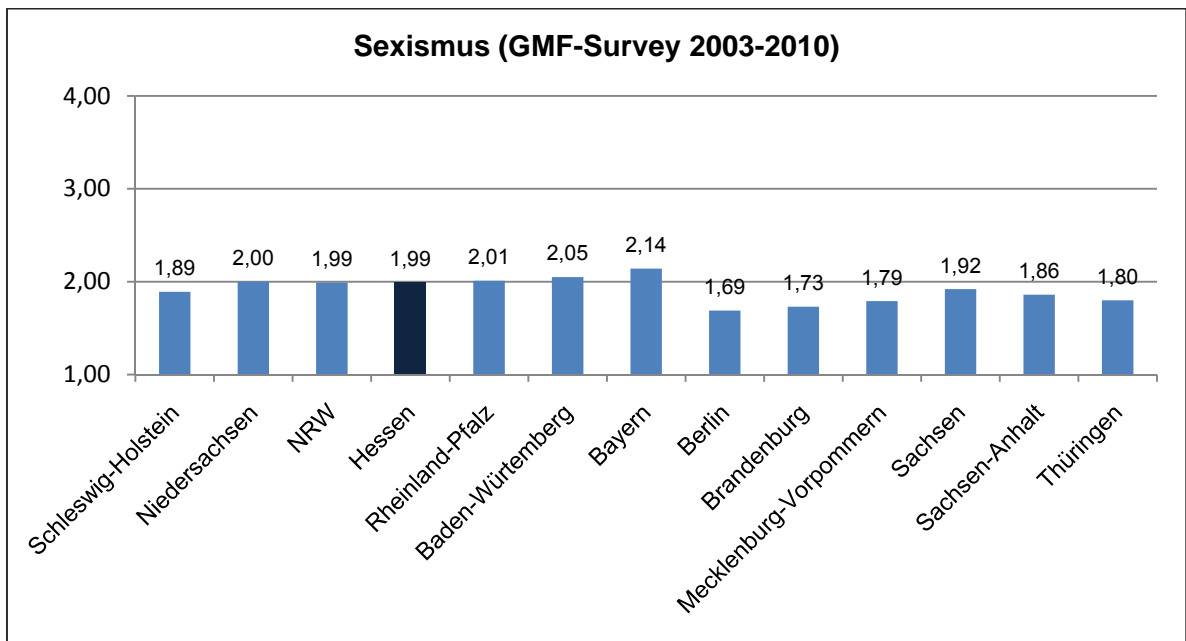


Im Bezug auf Rassismus erweist sich der Mittelwert für Hessen im Vergleich mit Sachsen ($p < .05$). und Sachsen-Anhalt als signifikant geringer ($p < .01$).

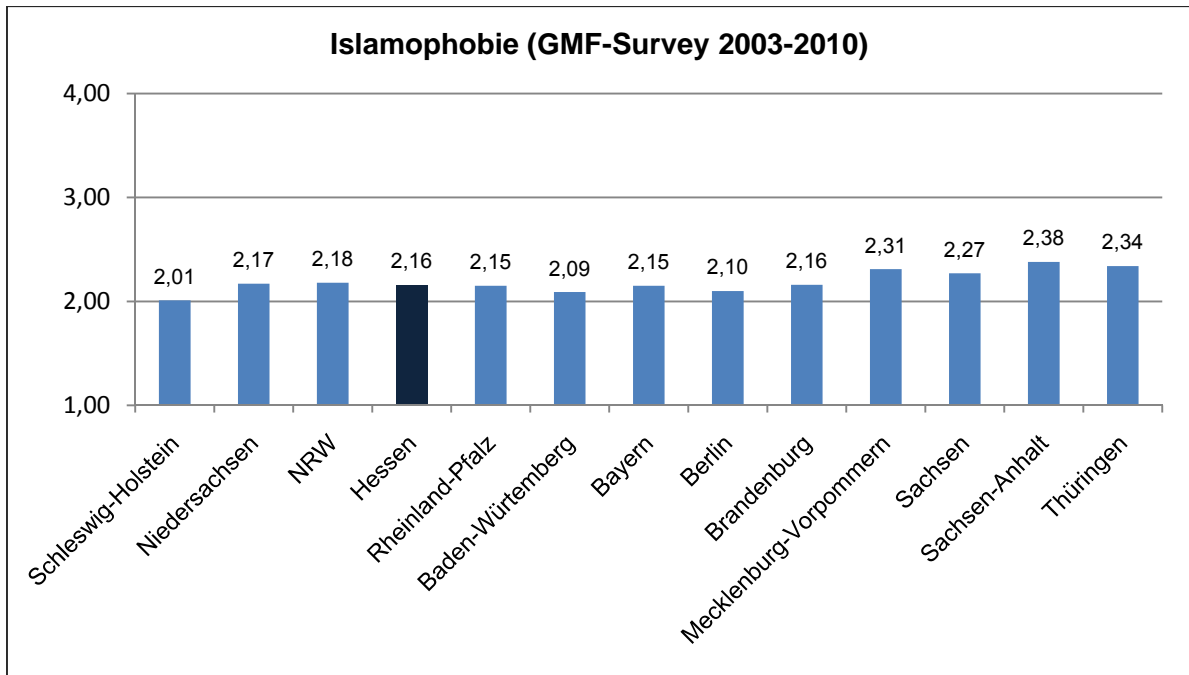
⁹³ Hamburg, Bremen und das Saarland werden im Weiteren nicht mit aufgeführt, da aufgrund der geringen Fallzahlen keine sicheren Aussagen über diese Bundesländer getroffen werden können.



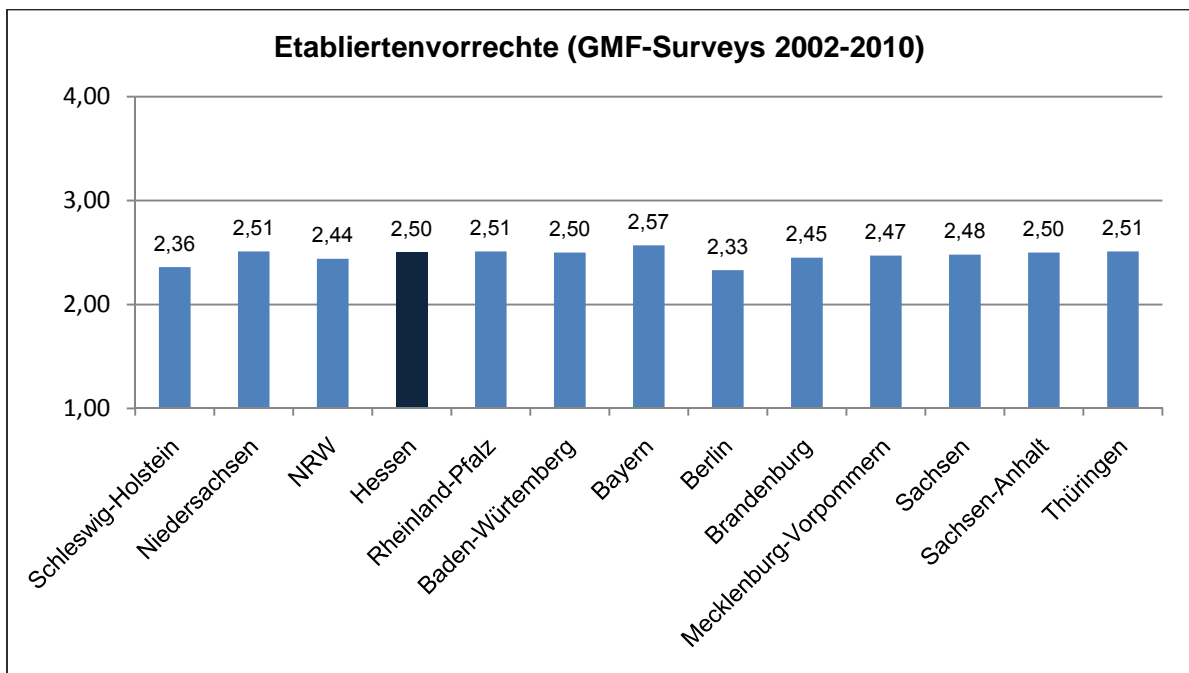
Für Antisemitismus erweist sich der Mittelwert in Hessen signifikant geringer als in Bayern ($p < .05$).

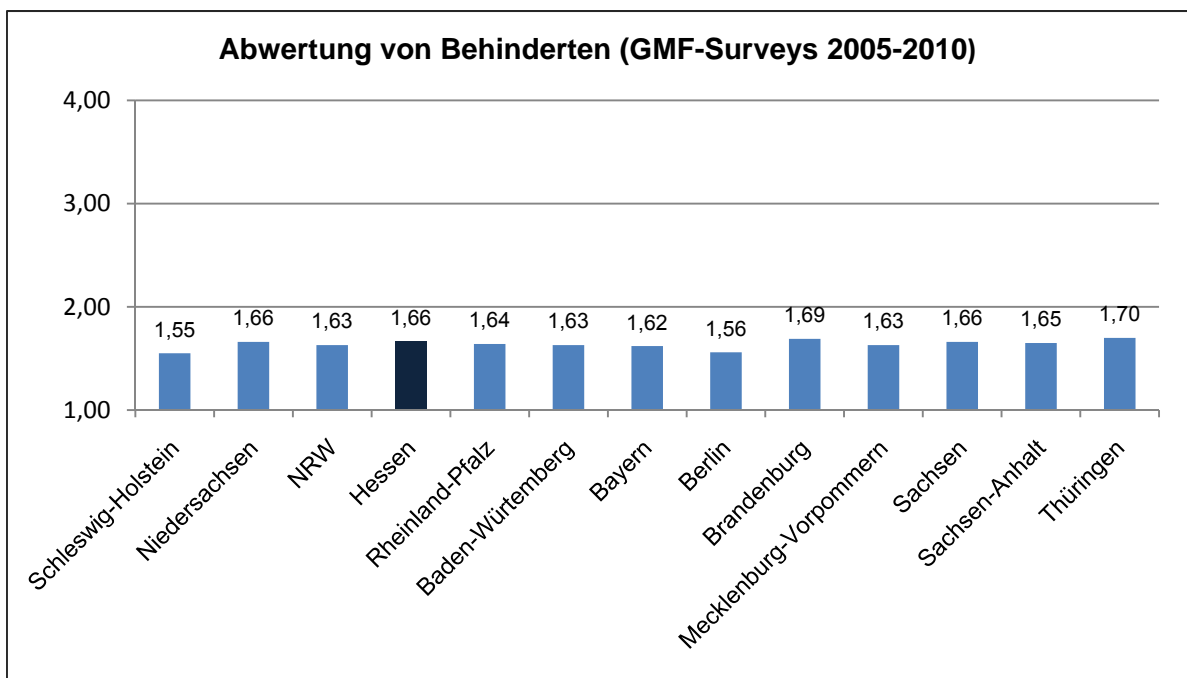
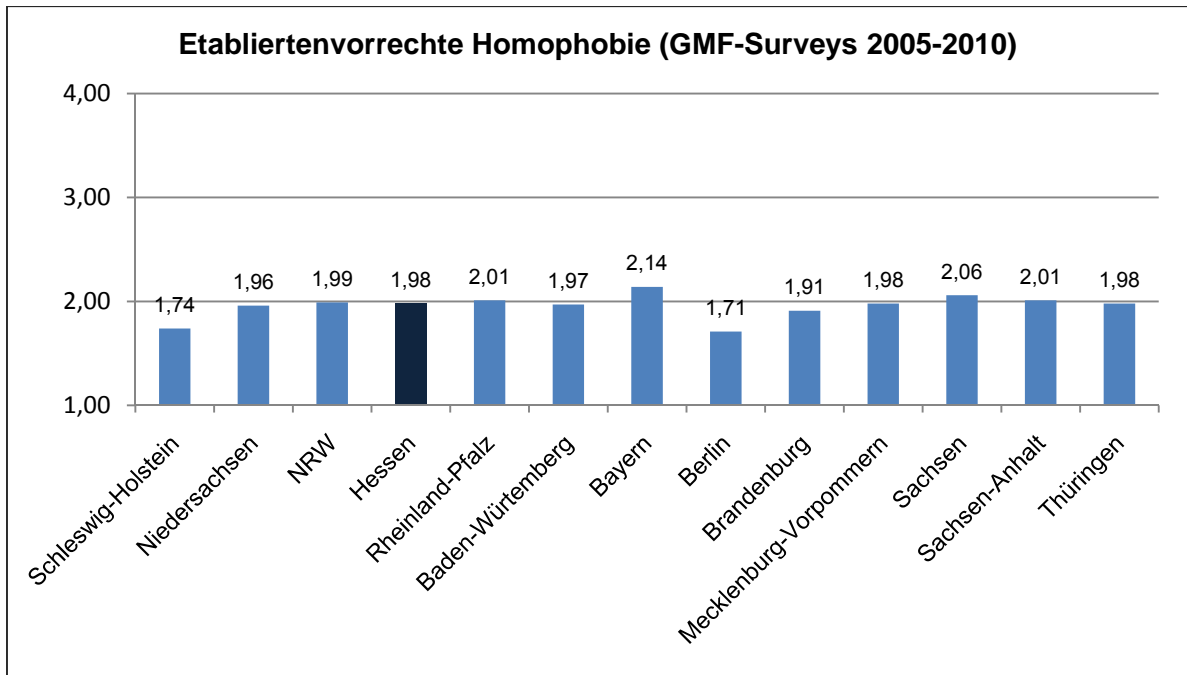


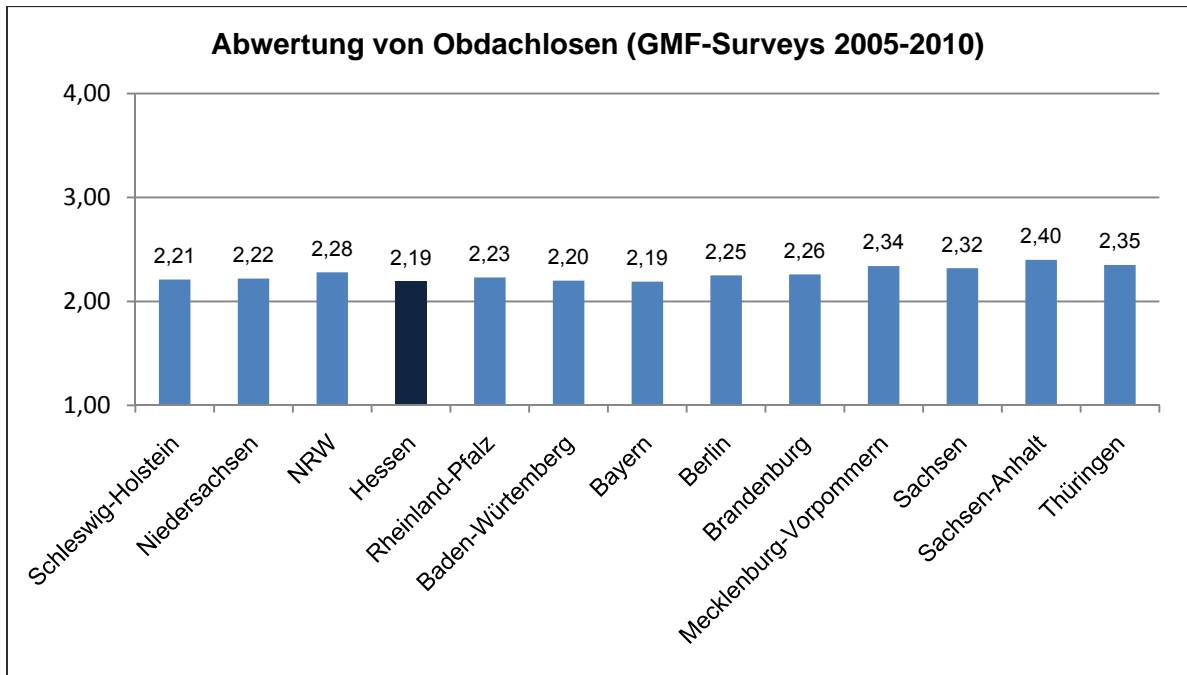
Der Mittelwert für Sexismus fällt für Hessen im Vergleich mit Berlin und Brandenburg signifikant höher aus ($p < .001$).



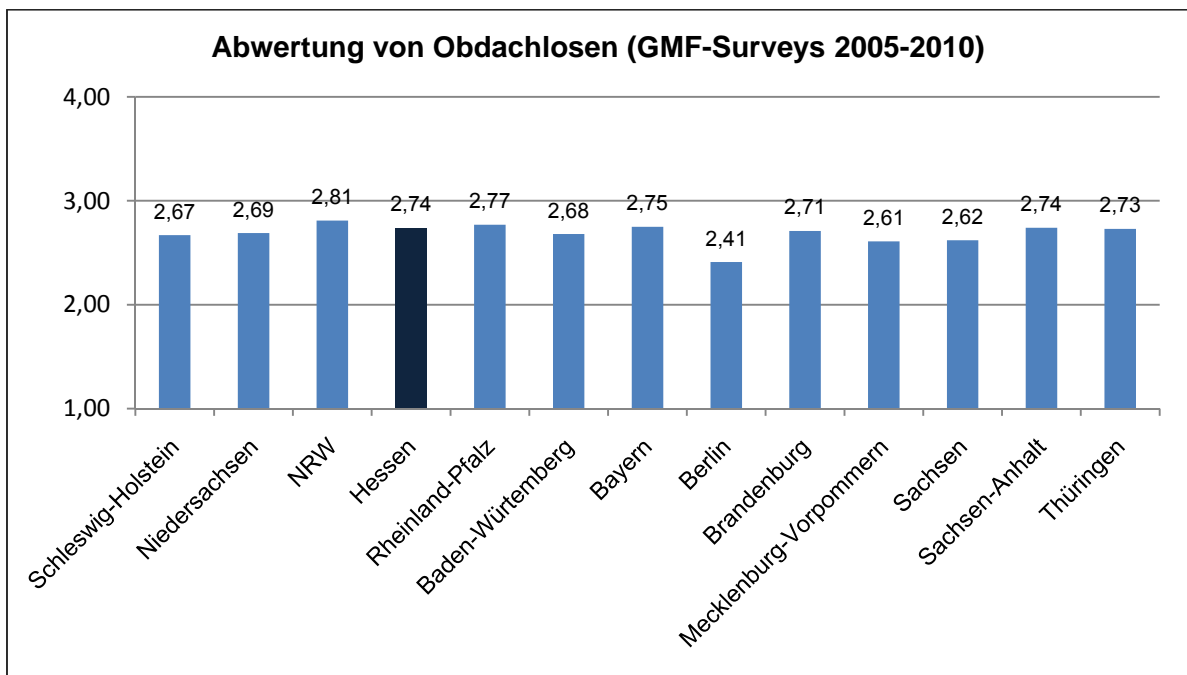
Für die Islamophobie erweist sich der Mittelwert in Hessen als höchst signifikant verschieden von denen in Sachsen-Anhalt und Thüringen ($p < .001$) sowie hoch signifikant verschieden von den Mittelwerten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ($p < .01$).







Der Mittelwert für die Abwertung von Obdachlosen fällt in Sachsen-Anhalt signifikant höher aus als in Hessen ($p < .05$).



2. GMF Mittelwerte und signifikante Unterschiede nach Altersgruppen in Hessen

GMF-Elemente	Altersgruppe	Mittelwert	Signifikant verschieden von
Fremdenfeindlichkeit	16-21 Jahre	2,2458	ab 65 Jahre *
	22-34 Jahre	2,0751	ab 65 Jahre ***
	35-49 Jahre	2,3237	ab 65 Jahre **
	50-64 Jahre	2,2440	ab 65 Jahre ***
	ab 65 Jahre	2,6192	
Rassismus	16-21 Jahre	1,6231	ab 65 Jahre ***
	22-34 Jahre	1,6058	ab 65 Jahre ***
	35-49 Jahre	1,6081	ab 65 Jahre ***
	50-64 Jahre	1,6372	ab 65 Jahre ***
	ab 65 Jahre	2,1323	
Antisemitismus	16-21 Jahre	1,3407	ab 65 Jahre ***/ 35-49 & 50-64 Jahre **
	22-34 Jahre	1,4759	ab 65 Jahre ***/ 35-49 & 50-64 Jahre **
	35-49 Jahre	1,7702	ab 65 Jahre **
	50-64 Jahre	1,7627	ab 65 Jahre **
	ab 65 Jahre	2,0008	
Sexismus (ab 2003)	16-21 Jahre	1,7018	ab 65 Jahre ***
	22-34 Jahre	1,8349	ab 65 Jahre ***
	35-49 Jahre	1,7630	ab 65 Jahre ***
	50-64 Jahre	1,9198	ab 65 Jahre ***
	ab 65 Jahre	2,4731	
Islamophobie (ab 2003)	16-21 Jahre	2,0311	ab 65 Jahre *
	22-34 Jahre	1,9961	ab 65 Jahre ***
	35-49 Jahre	2,1271	ab 65 Jahre **
	50-64 Jahre	2,0512	ab 65 Jahre ***
	ab 65 Jahre	2,4331	
Etabliertenvorrechte	16-21 Jahre	2,2359	ab 65 Jahre ***
	22-34 Jahre	2,2217	ab 65 Jahre ***/ 50-64 Jahre *
	35-49 Jahre	2,4195	ab 65 Jahre ***
	50-64 Jahre	2,5377	ab 65 Jahre *
	ab 65 Jahre	2,7711	
Homophobie (ab 2005)	16-21 Jahre	1,6139	ab 65 Jahre ***/ 50-64 Jahre **
	22-34 Jahre	1,4873	ab 65 Jahre ***/ 50-64 Jahre ***
	35-49 Jahre	1,5993	ab 65 Jahre ***/ 50-64 Jahre ***
	50-64 Jahre	2,2386	
	ab 65 Jahre	2,4625	
Behindertenabwertung (ab 2005)	16-21 Jahre	1,3876	ab 65 Jahre **
	22-34 Jahre	1,4816	ab 65 Jahre ***
	35-49 Jahre	1,5439	ab 65 Jahre ***
	50-64 Jahre	1,7177	
	ab 65 Jahre	1,8650	
Obdachlosenabwertung (ab 2005)	16-21 Jahre	2,1323	
	22-34 Jahre	2,2181	
	35-49 Jahre	2,0321	ab 65 Jahre **
	50-64 Jahre	2,1680	
	ab 65 Jahre	2,3563	
Abwertung von Langzeitarbeitslosen (ab2007)	16-21 Jahre	2,9662	
	22-34 Jahre	2,7630	
	35-49 Jahre	2,7309	
	50-64 Jahre	2,6843	
	ab 65 Jahre	2,7603	